

Band E III

Karlsruhe

angefungen: 19
beendigt: 19

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: 4326

1 Js 4/64 (RSHA)



Stolzenberg
Bestell-Nr. 1

Bei Behördenbezug
ist dies die Titelseite

Inhaltsverzeichnis

- 1 - 2 siehe jetzt Band E IV Bl. 150 - 151
- 3 - 175 Auszug aus den Akten VI Kls 2/62 Karlsruhe
(./ Dr. Faber)
Exekutionen im Bereich der Stapostelle Karlsruhe
- 176 - ~~176a~~ Schreiben des HSSPF Stuttgart vom 5.1.42
(Kozlowski) D II a -25-
- 177 - ~~177a~~ Schreiben des HSSPF Stuttgart vom 28.8.41
(Pagacz) D II a -22-
- 178 - ~~178a~~ Schreiben des HSSPF Stuttgart vom 24.10.41
(Puchelka) D II a -23-
- 179 - ~~179a~~ Schreiben des HSSPF Stuttgart vom 24.10.41
(Zenszykievics) D II a -24-
- 180 - ~~180a~~ Schreiben des HSSPF Stuttgart vom 18.4.41
(Skrypacz) D II a -21-
- 181 - ~~181a~~ Schreiben des HSSPF Stuttgart vom 3.1.42
(Podelaski) D II a -26-
- 182 Sterbeurkunde Orczynski
- 183 Sterbeurkunde Grudzien
- 184 Sterbeurkunde Krakowski
- 185 - 186 Schreiben des HSSPF Stuttgart v. 19.4.41
(panczak) C' II - 214-
- 187 - 189 Vermerk und Schreiben des HSSPF Stuttgart
v. 3.5.41 (panczak) C' II - 215-
- 190 Vermerk d. Aufz d. Hölzerwattung im Elsaß
v. 23.7.41 (bet. Jaslowski) C' II - 216-
- 191 Schreiben HSSPF Stuttgart v. 1.6.1942
(Szymanski, Provedowski)
- 192 - 198 Sterbeurkunden / Puchelka + Zenszykiewicz
- 199 - 204 " Prochacz m. Kulagen
- 205 - 211 " Janowski m. Anlagen
- 212 - 218 " Skrypacz
- 218a - 221 " Wojcik + Prochacz
- 222 - ~~222~~ 238 " Samarski + Wilgo + Ratz, Horowski
+ Horowski + Prochacz

1-2

Fehlblatt

Ereignismeldung des Reg.Präs. Magdeburg vom 7.4.1942

(Arkucz)

C II -2-

jetzt Band E IV Bl. 150-151

Der Generalstaatsanwalt
beim OLG
Karlsruhe

Zs 50215t VII KLG 2162 Karlsruhe 21

Düsseldorf, den 6. Nov. 1959 3

Gegenwärtig:

- Erster
1. Staatsanwalt Dr. Simon
als vernehmender Beamter
2.) Justizangestellte Gronau
als Protokollführerin

Auf Vorladung erscheint Herr Walter A l b a t h geboren 7.12.04 und erklärt nachdem er mit dem Beweisthema bekanntgemacht worden ist:

Ich war von Ende 1941 bis Anfang 1943 Leiter der Stapo - Leitstelle in Düsseldorf und wurde später Inspekteur der Sicherheitspolizei im Wehrkreis 6. In meiner Eigenschaft als Leiter der Stapo-Leitstelle bin ich auch mit der Materie der Sonderbehandlung von Polen, die Geschlechtsverkehr mit deutschen Mädchen oder Frauen gehabt haben, in Berührung gekommen. Mir wurde Einsicht in Teile der Erlasse des Reichsführers SS vom 3.9.1940 und 5.7.41 gegeben, ferner wurde mir die Aussage Pancke vorgelesen. Ich kann hierzu wie folgt Stellung nehmen:

Den Erlaß vom 3.9.1940 hat Heydrich in seiner Eigenschaft als Vertreter von Himmler als Innenminister unterschrieben. Die auf dem Erlaß vom 5.7.1941 verzeichnete Unterschrift rührt von dem Leiter der Abt. IV des Reichssicherheitshauptamtes her. Es handelt sich um den Gruppenführer Müller, der in dieser Eigenschaft das Amt der Geheimen Staatspolizei hatte. Die einzelnen Referatsleiter im RSH kenne ich nicht. Es handelte sich meist um Kriminalräte oder Kriminaldirektoren.

Soweit ich mich entsinne, wurden von den örtlichen Stellen der Ordnungspolizei oder der Gendarmerie Meldungen über Geschlechtsverkehr von Polen mit deutschen Frauen oder Mädchen auf dem vorgeschriebenen Dienstwege der Staatspolizei zugeleitet. Die Ordnungspolizei muß also ihrerseits auch Weisungen für dieses Tätigwerden gehabt haben.

Auch nehme ich an, daß die ersten Vernehmungen in dieser Hinsicht bereits von der Ordnungspolizei oder der Gendarmerie getätigt wurden, was nicht ausschließt, daß seitens der Staatspolizei noch ergänzend Feststellungen getroffen wurden. Wie das Verfahren nachher weiterlief, kann ich mit Sicherheit zunächst nicht sagen. Mir schwebt vor, als wenn der jeweils höhere SS- und Polizeiführer zu einem Vorschlag dem RSHA gegenüber ermächtigt und verpflichtet war. Sicher ist, daß die Entscheidung über die Sonderbehandlung vom RSHA aus getroffen wurde, denn weder ein Leiter der Staatspolizeistelle noch ein höherer SS- und Polizeiführer hatte hierzu die Befugnisse.

Was das Schreiben der Staatspolizei - Leitstelle Düsseldorf - vom 20.6.1942 angeht, das von mir unterzeichnet worden ist, so vermag ich aus dem Stegreif die dort angeführte Verfügung vom 24.9.1941 nicht näher zu erläutern. - Da ich selbst wegen ~~der~~ einiger Fälle von Sonderbehandlung von Angehörigen der Ostvölker durch ein englisches Militärgericht zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde (1948), von denen ich 10 Jahre verbüßt habe, habe ich Unterlagen über die Sonderbehandlung bei meinen Akten. Ich werde diese Unterlagen im Hinblick zu obigem Beweisthema prüfen und eine weitere Erklärung schriftlich dazu abgeben.

Ich bin der Meinung, daß der Ausdruck Sonderbehandlung nicht ein Tarnname für ein Todesurteil und eine anschließende Exekution sein sollte, wenn natürlich in vielen Fällen auch ein Todesurteil die Folge war, sondern daß man durch diesen Ausdruck Sonderbehandlung klarstellen wollte, daß insbesondere die Angehörigen der Ostvölker anders behandelt werden sollte, als ~~die~~ andere Nationen. Der Ausdruck Sonderbehandlung geht auf einen Erlass zurück - wahrscheinlich vom Reichsführer SS - in welchem er zum ersten Male Richtlinien für die Behandlung von ausländischen Arbeitskräften aufstellte. Es ist möglich, daß ich noch Unterlagen hierüber besitze. Bei dem Durchlesen der oben genannten Erlasse fiel mir ein, daß die Arbeitsämter gehalten waren, den Ostarbeitern Handzettel auszuhändigen, durch die sie auf die Möglichkeit eines Todesurteils beim Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen oder Mädchen hingewiesen wurden. In dem gegen mich anhängig gewesenen Verfahren vor dem englischen Militärgericht haben meine Verteidiger Untersuchungen über die Rechtsgrundlagen der Sonderbehandlung angestellt. Sie haben dabei die einzelnen

Delegationen auf Grund deren die Erlasse ergingen, nachgeprüft.
Soweit es mir möglich ist, werde ich auch hierüber anhand meiner
Unterlagen Auskunft geben.

Selbst gelesen und genehmigt:

Walter Albatz

Der Generalstaatsanwalt
beim ~~SS~~OLG
K a r l s r u h e

Düsseldorf, den 6. Nov. 1959

Gegenwärtig:

- 1.) Erster Staatsanwalt
Dr. Simon
als vernehmender Beamter
- 2.) Justizangestellte Gronau
als Protokollführerin

Auf Vorladung erscheint Herr Reinhard B r e d e r und erklärt nachdem ihm das Beweisthema bekanntgegeben wurde:

Mir wurde die in den Akten befindliche sog. eidesstattliche Erklärung vom 14.7.1947 bekanntgegeben. Ich habe eine solche Erklärung im Rahmen des sog. Rasse- und Siedlungsprozesses abgegeben und halte sie im wesentlichen aufrecht. Ich wurde seinerzeit in Nürnberg von der amerikanischen Anklagebehörde über diesen Sachverhalt ohne Protokoll vernommen. Später, etwa nach 3 Tagen, wurde mir die Erklärung, wie sie jetzt vorliegt, zur Unterschrift vorgelegt.

Ich war von Juli 1940 bis Ende 1941 persönlicher Referent beim Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Hamburg. In dieser Eigenschaft las ich auch die Erlasse des RSHA an die untergeordneten Stapo- und Kripostellen und umgekehrt deren Berichte an das RSHA soweit sie dem Inspekteur zur Kenntnis gegeben worden waren. Von Ende 1941 bis Ende 1942 war ich Assessor bei der Staatspolizeistelle in Düsseldorf und gleichzeitig politischer Referent beim Regierungspräsident. Alsdann war ich ein Jahr in Rußland Soldat. Ab Sept. 1943 bis Kriegsende war ich Leiter der Staatspolizeistelle in Frankfurt a.M. Während meiner Frankfurter Tätigkeit sind mir keine Fälle bekanntgeworden, in denen gegen Polen wegen Geschlechtsverkehrs Sonderbehandlung ^{durch Erhängen} angeordnet wurde.

Wenn mir heute die diesbezüglichen Erlasse vorgelegt werden, so möchte ich darauf hinweisen, daß die einzelnen Ausdrücke dieser Erlasse nicht überbewertet werden dürfen. Praktisch waren die Dinge so:

Wurde ein Fall des Geschlechtsverkehrs zwischen einem Polen und einer Deutschen gemeldet, so schritt zunächst die örtliche Gendarmerie ein und nahm den betreffenden Polen fest. Dann erfolgte eine Meldung - oft über deren Außenstellen - an die zuständige Staatspolizeistelle. Die Staatspolizeistellen mußten jede Inhaftnahme am 7. Tag (gegen Ende des Krieges meiner Erinnerung nach am 21. Tage) nach Berlin melden. Bis dahin lag das Ermittlungsergebnis ~~auch~~ in der Regel nicht vor, so daß Berlin schon Kenntnis hatte, bevor die Bedeutung des Vorfalles überhaupt übersehen werden konnte. ~~Als~~ Nach Prüfung der Unterlagen durch die Staatspolizeistelle ging die gesamte Akte nach Berlin, später nachdem sie auch dem höheren SS- und Polizeiführer vorgelegt worden war. Der Akte wurde ein Begleitschreiben mit einer Stellungnahme der örtlichen Staatspolizeistelle beigelegt, Entweder vom Leiter, seinem Vertreter, oder dem zuständigen Abteilungsleiter. Je nach dem Temperament des Stellungnehmenden wurde dann zum Schluß gesagt: "Ich schlage vor" oder "Ich berichte" oder "Ich bitte von dort aus zu entscheiden". Insofern ist das Wort "vorschlagen" in den diesbezüglichen Erlassen weit auszulegen. Wenn mir nunmehr die Erlasse gezeigt werden, nach denen dieser Stellungnahme ein Foto des Exekutionsortes beigelegt werden sollte, so dürfte dies eine theoretische Anweisung Berlins gewesen sein, die in der Praxis keine Bedeutung erlangt hat. Denn ich kann mir nicht vorstellen, daß man zu einem Zeitpunkt, zu dem ungewiß war, ob oder wann eine solche Exekution stattfinden sollte, vonseiten der Staatspolizeistelle schon entscheiden konnte oder wollte, wie sich Monate später die Durchführung gestalten sollte. Denn ich erinnere daran, daß eine solche Frage nur im Benehmen mit den zuständigen Polizei- Arbeits- und Parteistellen hätte geregelt werden können.

Wenn nunmehr die Frage aufgeworfen wird, ob uns als Juristen nicht damals Zweifel gekommen seien, ob diese Erlasse recht^{ig} gewesen seien, so darf ich auf folgendes aufmerksam machen: An sich war es zweifellos Aufgabe der Sicherheitspolizei, auch der Staatspolizei, für die Sicherheit des Staates oder der Öffentlichkeit zu sorgen. Wir haben daher nicht den Eindruck gehabt, daß unsere Entscheidungen im Namen des Rechtes mit Sühnecharakter ergingen, sondern im Namen der Sicherheit. Als uns allerdings die in den vorerwähnten Erlassen geregelten Funktionen übertragen wurden, haben wir hier angenommen, daß ein Sektor aus der Justiz mit deren Einvernehmen herausgelöst worden ist, so daß die Sicherheitspolizei

insoweit an die Stelle der Justiz getreten ist. M.E. war es hierzu nicht erforderlich, daß dieser Übergang im Gesetzblatt verkündet wurde. Es gibt eine ganze Reihe von Erlassen mit Gesetzeskraft oder Rechtsverordnungen, die im Kriege aus Verteidigungsgründen nicht veröffentlicht worden sind und die dennoch von Jedermann wie Gesetze behandelt wurden, sowohl von der Polizei wie den anderen Behörden, wie auch von der Justiz.

Ich kann mir ferner nicht vorstellen, daß die fraglichen Erlasse nicht mit der Justiz abgesprochen sein sollen. Auf jeden Fall weiss ich, daß die Justiz unterrichtet war und den unteren Stellen gegenüber keine Einwände erhob. Auch in späteren Fällen, in denen die Justiz berührt wurde, sind, bevor entsprechende Erlasse herausgegeben wurden, Erörterungen oder Abstimmungen im Justizministerium erfolgt. Die zuständigen Sachbearbeiter im Reichssicherheitshauptamt kenne ich nicht, da ich dort nie tätig gewesen bin. Einzelverfügungen oder Erlasse, die von Berlin kamen, trugen fast immer die Unterschrift: "In Vertretung Müller". Ich möchte annehmen, daß dies auch bei den zu Frage stehenden Einzelentscheidungen der Fall gewesen ist. Ich glaube jedoch nicht, daß die Einzelreferenten im Reichssicherheitshauptamt berechtigt waren, Entscheidungen auf Erhängen oder Erschießen auszusprechen. Soweit mir als Außenstehenden die Dinge im Reichssicherheitshauptamt bekannt sind, werden solche Entscheidungen von Himmler oder Müller getroffen worden sein. Unter Umständen natürlich auch von Kaltenbrunner.

Selbst gelesen und unterschrieben:

K. G. Müller

**Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Stuttgart**

16 Js 5069/58

Es wird gebeten, dieses Aktenzeichen und den
Betreff bei weiteren Schreiben anzugeben

Stuttgart-O, den
Olgastraße 7
Fernsprecher: Justizzentrale 299721
Durchwahl 29972
Apparat

23.11.1959

W/S

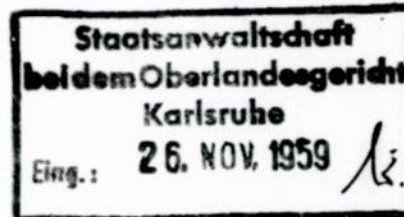
444

An die

Staatsanwaltschaft
bei dem Oberlandesgericht

K a r l s r u h e /Baden

Hoffstrasse 10



1. Herrn Generalstaatsanwalt
n. d. 3. am Kenntnisnahme
2. W.V. 10.12

zu Zs 502/57

Betr.: dort: Mord an Jan K o b u s
hier: Anzeige gegen Unbekannt wegen Mordes an zwei
Fremdarbeitern

Bezug: Dort. Schreiben vom 17.11.1959

Anl.: 0

In Beantwortung der dortigen Anfrage, ob eine Klärung der Rechts-
grundlagen für die Exekution erfolgt ist, teile ich mit, dass
ein hinreichend sicherer Überblick über die dem Vorgang seiner-
zeit zugrundeliegenden Vorschriften und Anordnungen bisher noch
nicht gewonnen werden konnte.

Die Kriminalhauptstelle der Landespolizeidirektion schreibt dazu
in ihrem Ermittlungsbericht vom 16.11.1959 - Geschäftszeichen
D 5 - I 2/1 - 72/59:

"Nach übereinstimmenden Zeugenaussagen waren Vorgänge dieser
Art seitens der Stapo-Leitstelle zur weiteren Entscheidung
dem RSHA Berlin vorzulegen. Auf Grund einer Vereinbarung

zwischen dem damaligen Reichsjustizminister und dem Reichsführer SS wurden die der Justiz zukommenden Aufgaben betreffend von Polen begangener krimineller Verfehlungen in vollem Umfange auf den Reichsführer SS übertragen.

Es wurde bisher vergeblich versucht, die entsprechenden gesetzlichen Unterlagen beizubringen, jedoch konnten im Landesarchiv Baden-Württemberg in den Entnazifizierungsakten mehrfach entsprechende Hinweise auf die oben erwähnte Vereinbarung festgestellt werden.

Auf die Vernehmungen R a f f , J o c h e m c z y k und des verheirateten Banksachbearbeiters

E n g e l b r e c h t , Hans,
ehem. Kriminaldirektor und Gestapo-Angehöriger,
bis 1.4.1944 Stellvertreter des Leiters der
Stapo-Leitstelle Stuttgart,

wird verwiesen. "

Der erwähnte ehemalige Kriminaldirektor Engelbrecht sagt diesbezügl. aus:

" Auf Grund der bekannten Vereinbarung zwischen Reichsjustizminister und Reichsführer SS wurden die der Justiz zukommenden Aufgaben in vollem Umfange auf den Reichsführer SS übertragen. Kriminelle Verfehlungen jeder Art, begangen von Polen, schieden damit aus dem Bereich der Justiz aus und wurden durch den Reichsführer SS geahndet.

Wenn nun also die Klärung des Sachverhalts ein schwerwiegendes Verschulden dieser beiden Polen ergeben haben sollte, so dürften von der sachbearbeitenden Dienststelle IV 1 c 1 die Akten mit einem Vorlagebericht an den Reichsführer SS bzw. das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) Amt IV übersandt worden sein. Ob dabei ein Vorschlag, in diesem Falle Exekutionsvorschlag oder nicht angefügt wurde, bleibt offen, da je nach Art der Dinge beide Fälle möglich wären. Auf diesem Vorlagebericht müsste dann eine Entscheidung des RSHA ergangen sein, welche auf Vollzug der Todesstrafe durch Erhängen gelauteet haben müsste.

Ich kann mir persönlich in dem vorliegenden Falle nicht vorstellen, dass zwei Todesurteile wegen einfacher Hühnerdiebstähle ergangen sein sollen. Sollte die Tatsache dieser Todesurteile bzw. deren Vollstreckung gegeben sein, so möchte ich annehmen, dass ausser dem Tatbestand des Diebstahls noch weitere, schwerwiegende Momente etwa Aufhetzung usw. sonstiger Fremdarbeiter, Sabotage usw. vorgelegen haben müssten.

Auf keinen Fall kann ich annehmen, dass etwa die Stapoleitstelle oder gar einzelne Beamte in diesem Fall eine Handlung vorgenommen haben könnten, welche nicht durch einen Befehl des RSHA in dieser Weise angeordnet worden wäre. Dazu war die Disziplin in Stuttgart viel zu streng."

Der frühere Dolmetscher der Gestapo-Leitstelle Stuttgart, Paul J o c h e m c z y k bestätigt die Aussage Engelbrecht's sinngemäss wie folgt:

" Zu den mir bekannten Hinrichtungen lag in jedem Falle ein schriftlicher Befehl des Reichsführers SS vor. Meiner Ansicht nach konnte ein solches Urteil auch nur von dort ausgesprochen werden. Ich kenne keinen Fall, dass der Leiter der Stapostelle Stuttgart oder ein anderer Angehöriger dieser Dienststelle in eigener Machtvollkommenheit ein Todesurteil ausgesprochen oder eine Exekution angeordnet hat."

Entsprechend lautet auch die diesbezügliche Aussage des früheren Gestapobeamten Gustav R a f f :

" Nach Durchführung der Ermittlungen musste der Vorgang an das RSHA in Berlin abgegeben werden. Auf Grund des vorliegenden Straftatbestandes (Plünderung unter Ausnützung eines Fliegerangriffs) stand es von vornherein fest, dass aus Berlin nur das Todesurteil zu erwarten war. Auf Plünderung stand, das war damals allen bekannt, die Todesstrafe.

Ein Einfluss auf das Urteil durch die Stapoleitstelle Stuttgart war unmöglich. In solchen Fällen war es auch nicht möglich, entsprechende Vorschläge

- 5 -

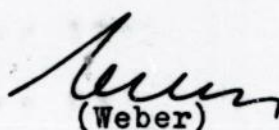
seitens meiner Person als Sachgebietsleiter oder durch den Stapoleiter (Mußgay) bei der Vorlage der Akten nach Berlin zu machen.

Mir ist weiter noch in Erinnerung, dass bald nach Vorlage der Akten in Berlin von dort das Urteil mit dem Befehl übermittelt wurde, das Todesurteil sofort zu vollziehen. An Einzelheiten vermag ich mich allerdings nicht mehr zu erinnern. Wenn ich mich aber nicht ganz täusche, dann war durch Anweisung des RSHA weiter bestimmt, dass das Landratsamt Nürtingen die Exekutionsstätte zu benennen und für die Absperrung zu sorgen hat. Es war, glaube ich, auch bestimmt, dass die in Wendlingen stationierten Fremdarbeiter bzw. ein Teil davon an der Hinrichtung teilzunehmen hat. Mit Sicherheit kann ich mich aber daran erinnern, dass ich von M u ß g a y den Auftrag hatte, die Exekution in Wendlingen zu leiten bzw. das Urteil zu verlesen.

An den Wortlaut des Urteils kann ich mich nicht mehr erinnern. Erinnern kann ich mich aber daran, dass das Urteil im Namen des Reichsführers der SS und Chefs der Deutschen Polizei ausgesprochen war. Von wem das Urteil unterzeichnet war, weiss ich nicht mehr."

- 6 -

Sofern in dem Verfahren weitere Erkenntnisse in der betreffenden Hinsicht gewonnen werden, werde ich alsbald Mitteilung machen. Für eine entsprechende Äusserung von dort im gleichen Falle wäre ich dankbar.


(Weber)

Staatsanwalt

Karlsruhe, den 16.3.1960.

15 117

Ermittlungsergebnis.

Am 14.3.1960 erhielt ich von Herrn Kriminalrat H e r g t den Auftrag SK. ZSt. III/2-14/60 vom 11.3.1960 zur Erledigung. Regierungssekretär O b e r t vom Generallandesarchiv in Karlsruhe stellte am 14. und 15.3.1960 das verfügbare Aktenmaterial zur Verfügung.

Zunächst folgen die Ergebnisse zum Bezugsschreiben, Blatt 2 a) - m) .

a) 5.4.1941 in Pfullendorf:

Vom 3.4.-6.4.1941 Dienstreisen der KOAss Emil

✓ F e t z n e r und Kass Eugen ✓ W e b e r mit Schnellzug Karlsruhe-Konstanz-Pfullendorf.

Grund: Am 5.4.1941 Exekution des poln. Zivilarbeiters Jahn K o b u s, Akz: II H- 7279/40.

Vom 4.4.-5.4.1941 Dienstreise Dr. F a b e r und RR Dr. S c h i c k von Karlsruhe-Pfullendorf.

Grund: Angelegenheit K o b u s, Akz: II H- 7279/40.

KK ✓ H a h n aus Lörrach fuhr mit seinem beamteneigenen Pkw zur Exekution und nahm KOAss ✓ B ü h l e r als Fotograf mit.

b) 22.4.1941 in Oberschefflenz:

Vom 18.-22.4.1941 Dienstreise des KOS Fritz ✓ N a g e l von Karlsruhe - Mosbach - Oberschefflenz.

Grund: Vorbereitende Maßnahmen anlässlich der Exekution des Polen Wladyslaw S k r y p a c z, Akz.: II D - S 82/41.

Exekution am 22.4.1941 in Oberschefflenz.

c) 24.4.1941 in Donaueschingen:

Vom 23.-26.4.1941 Dienstreise des KOS Fritz N a g e l von Karlsruhe - Hüfingen (bei Donaueschingen).

Grund: Exekution des Polen Josef P o n c e k, Akz.II E-4724/40.

d) 26.8.1941 in Grenzach:

Vom 25.-26.8.1941 Dienstreise des KOAss. S t e i n h o f f von Konstanz nach Lörrach.

Grund: Vorbereitungen und Dolmetscher bei der Exekution des polnischen Zivilarbeiters Wladislaw W i e l g o in Lörrach und Grenzach.

Am 25.8.1941 Dienstreise des Dr. F a b e r nach Lörrach i.S. W i e l g o.

e) 27.7.1941 in Ruschweiler/Überlingen:

Am 22. und 24.7.1941 Dienstreisen des S t e i n h o f f von Konstanz nach Ruschweiler.

Grund: Vorbereitungen zur Exekution am 25.7.1941 Akz.: II-420/41.

f) 2.9.1941 in Salem:

Am 2. A u g u s t 1941 Dienstreise des S t e i n h o f f von Konstanz nach Radolfzell - Überlingen - Salem - Oberuhldingen - Birnau - Seefeld - Überlingen - Konstanz.

Grund: Ermittlungen und Besprechungen.

g) 16.10.1941 in Brombach/Waldshut:

Vom 15.-17.10.1941 Dienstreise des KOAss. Erich M ä r k e r mit der Bahn von Karlsruhe nach Lörrach.

Grund: Exekution des Polen Z a s a d a in Brombach,
Akz: II E - 2980/41.

h) 28.10.1941 in Saig:

Vom 27.-30.10.1941 Dienstreise des KOAss. Otto P r e i s s [†]
von Karlsruhe nach Lörrach.

Grund: Am 28.10.1941, 08,00 Uhr, Exekution des Polen
Emil P u c h e l k a in Saig und
am 29.10.1941, 08,00 Uhr, Exekution des Polen
Waclaw Z e n s z y k i e w i c z in Kandern.

KS. Karl G ü n t h e r in Freiburg war als Fahrer dabei.

i) 29.10.1941 in Kandern:

Siehe unter h).

k) 5.3.1942 in Villingen:

Vom 4.-5.3.1942 Dienstreise des S t e i n h o f f von
Konstanz nach Villingen.

Grund: Dolmetscher bei der Exekution des Polen
L i v i s k i in Villingen.

l) 29.5.1942 in Mimmehausen/Überlingen:

Am 27.5.1942 Dienstreise des KOAss. Eugen W e b e r ^{lebt}
von Karlsruhe - Konstanz - Meersburg - Mimmehausen und
am 29.5.1942 zurück.

Grund: Exekution des Polen Ludwig M a l c z y n s k i n
in Mimmehausen.

m) 5.6.1942 in Tennenbronn:

Keine Hinweise gefunden.

Graser
Graser
Kriminalmeister

Bei der Überarbeitung der Reisekostenbelege wurden weitere einschlägige Vorgänge bekannt, die gemäß Weisung von Herrn Kriminalrat H e r g t ebenfalls herausgezogen wurden. Es sind dies für:

S t e i n h o f f:

Jamaziaki

- ✓ 7.5.1941 = Exekution in Karlsruhe-Durlach zu Akz II E.
- 30.6.1941 = Exekution in Karlsruhe
- 1.7.1941 = Exekution in Gernsbach
- 8.8.1941 = Exekution in Homberg ? (Raum Eigeltingen-Radolfzell) Akz: II-5/41.
- 17.2.1942 = Dolmetscher anlässlich Exekution in Haslach/Kinzigtal.
- 8.3.1942 = Exekution in Hartheim (Bauland)
- 17.3.1942 = Dolmetscher bei Exekution in Freiburg/Br.
- 9.4.1942 = Dienstreise Karlsruhe-Eppingen mit Dr. F a b e r, Dolmetscher bei der Exekution des Polen Wladyslaw S z e m e h l i k in Eppingen, Akz II E - 6411/41.

RR Dr. Walter S c h i c k:

Gumulka

- 12.2.1942, 09,00 Uhr = Exekution eines Polen bei Gundelfingen,
- 13.2.1942, 09,00 Uhr = Exekution eines Polen bei Ovingen,
- 14.2.1942, 09,00 Uhr = Exekution eines Polen bei Kreenhainstetten.

Kass. Eugen W e b e r und Fahrer Krim. Angest. Heinrich Hödl.

Kobus

- 4.4.1941 = Dienstreise von Karlsruhe-Konstanz-Meersburg-Salem-Pfullendorf.

= Kobus! f.

Grund: Überführung des Polen Jean K u b a n zur Exekution, B Nr. II - 1433/40.

Kass. Fritz M a h r l e:

- 2.9.1941 = Dienstreise von Konstanz - Meersburg - Mimmhausen - Konstanz.

Grund: Exekution zu Akz: II 128/41.

Hinfahrt: Fahrer ✓ D e l l, Rückfahrt: Fahrer H ö d l
Teilnehmer: H a u g, Teilnehmer: M e h d e r.

KOAss Walter ✓ W e r n e r und Kass z.Pr. ✓ Franz N ü s s l e
aus Singen:

Am 16. 9.1942 = Dienstreise von Singen nach Watterdingen.

Grund: Exekutionssache Ludwig
S z y m a n s k i, lt. Auftrag vom
15.9.1942, Nr. II E - 442/42.

Kass Franz Z i n n e r aus Singen:

Am 6.10.1942 = Dienstreise von Singen - Watterdingen.

Grund: Vorbereitung zur Exekution des
Polen S z y m a n s k i.

KK ✓ S t a n g e aus Singen:

Am 5.10.1942 = Dienstreise nach Watterdingen.

Grund: Exekutionssache S z y m a n s k i,
Vorbereitung, Tgb.Nr. 442/42.

KOAss Walter ✓ W e r n e r:

Am 5.10.1942 = Besprechung mit Kreisleiter, Gendarmerie,
Arzt, Bürgermeister in Watterdingen wegen
Exekution S z y m a n s k i, laut FS-Auftrag
vom 4.10.1942, Nr. II E - 442/42.

Am 8.10.1942 = nach Watterdingen mit eigenem Motorrad i.S.
Exekution S z y m a n s k i.

Kass Georg S c h ü b e l ✓ aus Waldshut:

Am 9.10.1942 = Dienstreise von Waldshut nach Jestetten-
Dettighofen und zurück.

Grund: Exekution des Polen B e s t r y in
Jestetten.

Am 10.10.1942 = Dienstreise von Waldshut-Untereggingen und
zurück.

Grund: Exekution des Polen S t e m p n i a k
in Weizen.


Graser
Kriminalmeister

Der Generalstaatsanwalt
beim Oberlandesgericht
Karlsruhe

20 131
Hamm, den 25. März 1960

Gegenwärtig:

Erster Staatsanwalt Dr. Simon

Auf Vorladung erscheint Herr Dr. Heinrich F a b e r und erklärt, nachdem er mit dem Gegenstand der Vernehmung bekannt gemacht wurde:

Im Jahre 1938 kam ich von Tilsit zur Gestapo-Leitstelle Karlsruhe und wurde Leiter der Abteilung II. Dies war ich bis zu meiner Versetzung nach Osnabrück im Jahre 1944. Ich war Kriminalrat und seit 1940 Kriminaldirektor. Diese Stellung als Kriminaldirektor ist nicht der eines Regierungsdirektors gleichzusetzen. Es handelt sich vielmehr um eine Stellung des gehobenen Dienstes. Ich weise auch darauf hin, daß ich kein Jurist bin. Meine Stellung in der SS war ^{als Sturmbannführer} die eines Sturmbannführers. Damals gab es bei der Leitstelle Karlsruhe drei Abteilungen, nämlich Abt. I Verwaltung, Abt. II befaßte sich mit allen innenpolitischen Sachen und Abt. III betraf die Spionageabwehr. Die Abteilungen waren in Kommissariate aufgegliedert, So gab es in meiner Abteilung ein Kommissariat, das Hochverrat bearbeitete -. Ein weiteres Kommissariat befaßte sich mit den Kirchen, ein drittes mit ausländischen Arbeitern, und dann gab es noch ein Schutz-kraftreferat. Dieses unterstand aber zumindest teilweise dem Vertreter des Dienststellenleiters. In meiner Abteilung arbeiteten etwa 25 Leute, davon waren aber wohl 10 weibliche Angestellte, die mit der Aktenverwaltung und dem Karteiwesen usw. befaßt waren. Der Dienststellenleiter war seit 1940 Dr. Schick und sein Vertreter war ein Regierungsassessor Elchlepp. Dieser wurde etwa 1940 nach Straßburg versetzt und später eingezogen. Seitdem gab es auf der Dienststelle keinen Hauptamtlichen Vertreter mehr. Diese Funktion habe ich dann, ohne zum Vertreter ernannt zu sein, als dienstältester Beamter wahrgenommen.

Solange Elchlepp Vertreter war, befaßte dieser sich nicht nur damit, die Funktion des Dienststellenleiters auszuüben, wenn Dr. Schick abwesend war, sondern es war so geregelt, daß beinahe sämtliche Vorgänge, die für den Chef bestimmt waren, auch durch seine Hand liefen. Daher mußten wir meist, wenn wir etwas mit dem Dienststellenleiter besprechen wollten, dies mit seinem Vertreter tun. Als ich dann Vertreter des Chefs wurde, beschränkte sich meine Vertretungstätigkeit im großen ganzen auf eine Abwesenheitsvertretung.

Im wesentlichen hat Dr. Schick die gesamte Korrespondenz mit dem RSHA persönlich gezeichnet. Natürlich habe ich als Vertreter hin und wieder Korrespondenz mit dem RSHA unterschrieben, aber in allen wichtigen Sachen habe ich es so eingerichtet, daß das Schriftstück bis zur Rückkunft des Chefs liegenblieb. Während des Krieges war sowieso der Chef nicht häufig, und wenn, dann nur kurze Zeit, dienstabwesend. Korrespondenz mit dem Generalstaatsanwalt und den badischen Ministerien blieb im allgemeinen liegen, bis der Chef die Unterschrift leistete. Niemals habe ich Schriftstücke in Personalsachen unterschrieben.

Über Verfahren, die polnische Arbeiter betreffen, ist mir folgendes bekannt: Zunächst weise ich darauf hin, daß ich über diese Materie in der Voruntersuchungssache, die seinerzeit beim Landgericht Heidelberg anhängig war, Bekundungen gemacht habe. Inzwischen habe ich mir allerhand Gedanken über diese Polenverfahren gemacht, daher sehe ich meine damaligen Angaben als ^{teilweise} überholt an. Diese entsprachen nur meiner damaligen Erinnerung. Insbesondere halte ich meine damaligen Ausführungen über die SS- und Polizeigerichte nicht aufrecht. Vielmehr war Grundlage der damals von uns betriebenen Verfahren ein Erlaß aus dem Jahre 1940, der wahrscheinlich vom RSHA oder vom Reichsführer-SS durch das RSHA herausgegeben wurde und in dem es hieß, daß der Geschlechtsverkehr zwischen Polen und deutschen Mädchen verboten ist.

In diesem Erlaß war auch das Verfahren geregelt und waren Anweisungen für die Behandlung der Vorgänge durch die Gestapo enthalten. Der Erlaß war ~~am~~ offen, er hatte Gesetzeskraft und war auch allen Außenstellen zugewandt. Der Gang des Verfahrens war dann etwa folgender: Wenn die Außenstelle eine Meldung erhielt, oder wenn eine Anzeige einging oder ein Pole sich an einem deutschen Mädchen vergangen hatte, oder, auch ohne daß ein Sittlichkeitsverbrechen vorlag, wenn er mit einem Mädchen Geschlechtsverkehr hatte, dann mußte die Außenstelle den Polen festnehmen und den Sachverhalt ermitteln. Es war nicht so, daß Beamte von sich aus rumgehört hätten, ~~es~~ um Gesetzesverstöße festzustellen, sondern die Beamten wurden nur auf Meldungen hin tätig. Bei der Ermittlung des Falles mußten die Beamten der Außenstelle auch prüfen, ob der Pole über die Strafbarkeit seines Tuns vorher belehrt worden war. Es war nämlich angeordnet, daß die Polen vor ihrem Einsatz beim Bürgermeisteramt eine Erklärung unterschreiben mußten, wonach sie im Falle des Geschlechtsverkehrs mit deutschen Frauen die Todesstrafe zu erwarten hätten. Die Außenstellen mußten gleichzeitig mit den Ermittlungen beim Schutz-Haftreferat der Leitstelle einen Schutzhaftantrag stellen, die Leitstelle konnte von sich aus bis 21 Tage Schutzhaft verhängen, bei allen Fällen, in denen längere Schutzhaft erforderlich war, mußte nach Berlin berichtet werden.

Die Ermittlungen der Außenstelle kamen nach ihrem Abschluß in das entsprechende Kommissariat meiner Abteilung. Dabei ging der Posteingang über mich zum Sachbearbeiter. War der Fall noch nicht ganz geklärt, dann veranlaßte der Sachbearbeiter weitere Ermittlungen. Ein solches Ersuchen um weitere Ermittlungen wird wohl der Sachbearbeiter selbst unterschrieben haben. War der Vorgang ausermittelt, wurde er wieder der Leitstelle vorgelegt. Der Sachbearbeiter prüfte nun insbesondere, ob ein Geständnis vorlag, ob im Generalgouvernement Rückfrage wegen der Eindeutschungsfähigkeit gehalten worden

war und ob die Belehrung erfolgt war. Dann verfügte der Sachbearbeiter gemäß dem erwähnten Erlaß die Sache nach Berlin ab. Der Vorgang kam vom Sachbearbeiter zu mir, ging dann zum Chef und wurde dort unterschrieben. Ich kann mich nicht darauf besinnen, daß der Sachbearbeiter dabei gehalten war, einen besonderen Bericht den Akten beizufügen, weil ja die Akten einen Schlußbericht der Außenstelle enthielten. Ich glaube vielmehr, daß auf die Akten nur geschrieben wurde: Urschriftlich an das RSHA.

In verschiedenen Fällen habe ich eine solche Weiterleitung nach Berlin unterlassen. Das waren z.B. Fälle, in denen der Sachverhalt nicht klar war, die Rechtsbelehrung des Polen nicht erfolgt war oder kein Geständnis vorlag. Wenn ich gefragt werde, ob ich dazu die Machtbefugnis hatte, so kann ich dazu nur sagen, daß ich sehr wohl aus eigenem Entschluß häufig Dinge unter den Tisch fallen ließ, die man hätte weiterleiten müssen und das ist auch so bei einzelnen Polenfällen geschehen. Ich habe z.B. von mir aus verfügt, daß solche Beschuldigte unter örtlicher Schutzhaft fielen. In solchen Fällen habe ich von meinem Vorgehen den Chef nicht verständigt. Zum Beispiel habe ich in der Heidelberger Angelegenheit, die mir in der Voruntersuchungssache vorgeworfen wurde, versucht, den Polen zu retten, indem ich einfach ihn in das KZ nach Dachau einweisen ließ. In diesem Falle habe ich die Schutzhaftabteilung ~~veranlaßt~~ des RSHA veranlaßt, die Einweisung auszusprechen. Das tat ich ohne Verständigung meines Chefs. Es handelte sich dabei um einen kurzen Bericht nach Formular, mit dem ich beim RSHA dies zugunsten des Polen veranlaßte.

Wenn ich nun tatsächlich Vorgänge, die Polen betrafen, weiterleiten mußte, so kann es sein, daß ich vor der Weiterleitung durch den Chef ein paar Worte mit dem Chef gesprochen habe. Es kann aber auch sein, daß der Vorgang auf dem Geschäftswege über mich zum Chef gelangte. Eine Stellungnahme habe ich nie abgegeben. Im übrigen handelte es sich nur um ganz wenige Fälle, in denen überhaupt Maßnahmen gegen Polen ergriffen

wurden. Meistens waren es solche Fälle, in denen die Polen echte Sittlichkeitsdelikte begangen hatten.

Vom RSHA kam dann in einzelnen Fällen die Weisung, den Polen hinzurichten. Ich glaube, daß der Hinrichtungsbefehl vom Reichsführer-SS persönlich stammte und dessen Befehle hatten, so wie ich glaubte, Gesetzeskraft. In diesen Fällen wurde der Leiter der Leitstelle beauftragt, das Urteil bzw. den Befehl dem Polen zu verlesen, und zwar an der Hinrichtungsstelle. Einmal mußte auch ich, wie aus dem Heidelberger Verfahren bekannt ist, bei einer solchen Hinrichtung anwesend sein, da Dr. Schick verhindert war. Sonst habe ich nie an Exekutionen teilgenommen. Der Befehl des Reichsführers-SS zur Hinrichtung kam wohl über den Chef auch an mich. Wahrscheinlich ging er gleichzeitig auch unmittelbar an die betreffende Außenstelle. Die eigentlichen Vorbereitungen zur Hinrichtung wurden von der Außenstelle getroffen.

selbst gelesen und unterschrieben



z. Z. Dr. Simon

II.

Nach einer Mittagspause wurde mit der Vernehmung fortgefahren. Herrn Dr. Faber wurden die Erlasse des Reichsführers-SS vom 3.9.1940 und 5.7.1941 sowie 10.3.1942, soweit sie "Sonderbehandlungen" betreffen, vorgehalten, Teile dieser Erlasse wurden ihm zum Lesen überlassen. Er erklärte hierauf: Ob ein Vorschlag auf Sonderbehandlung in den infrage kommenden Fällen von unserer Dienststelle gemacht wurde, weiß ich nicht. Auf die Frage, ob wir uns denn nach den Erlassen nicht gerichtet hätten, kann ich erklären, daß die Erlasse natürlich für uns maßgebend waren, wahrscheinlich wurden die Vorschläge bereits von den Außenstellen gemacht und wenn sie dann in den Akten drin waren, brauchten wir nichts mehr dazuschreiben. Wenn in dem Erlaß vom 3.9.1940 steht, die Vorschläge müßten mit Schnellbrief eingereicht werden, so kann es sein, daß wir solche Schnellbriefe verwendeten.

Es wurde mir die Aussage des Herrn Märker vorgehalten. Seine Schilderung ist nur zum Teil richtig. Wenn er als Sachbearbeiter der Abt. II E einen besonderen Bericht fertigen mußte, so war das ein für die Verhängung der Schutzhaft erforderlicher Bericht. Die Akten selbst wurden für Schutzhaftmaßnahmen nicht benötigt, die Sonderbehandlung wurde im RSHA von einer anderen Abteilung bearbeitet als die Verhängung der Schutzhaft. Wie ich schon heute morgen sagte, wurden die Akten mit dem Schnellbrief dann nach Berlin übersandt, wenn Sonderbehandlung in Frage kam. Natürlich hat der einzelne Sachbearbeiter nicht mit Berlin selbst korrespondiert, sondern das ging über den Chef, bevor der Vorgang dem Chef vorgelegt wurde, mußte er ordnungsgemäß fertiggemacht werden und das war die Sache des Leiters der Abteilung II E. Es ist nun möglich, daß ich die Akten, die dann über mich liefen, dem Chef in die Hand gegeben habe. An Einzelheiten kann ich mich aber nicht mehr besinnen. Selbst habe ich wohl keinen Bericht an das RSHA gemacht,

ich hatte nämlich zuviel zu tun, um mich in die Bearbeitung von Einzelfällen einzulassen.

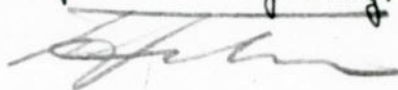
Mir wurde vorgehalten, daß Reisekostenrechnungen aus der damaligen Zeit ergeben, daß ich an mehreren Exekutionen teilgenommen habe. Ich kann mich daran nicht besinnen und müßte erst mal die Originale der Reisekostenrechnungen sehen, ehe ich weiter dazu Stellung nehme. Ich habe mich mit diesem Problem seit 20 Jahren nicht mehr befaßt. An einen Fall Kobus, Pfullendorf, kann ich mich nicht besinnen. Vielleicht bin ich damals nach Konstanz gefahren. Auch daß ich in Grenzach am 26.8.1941 an der Hinrichtung Wielgo laut Kostenrechnung teilgenommen haben soll, ~~ist mir nicht bekannt~~ kann ich aus meiner Erinnerung nicht bestätigen. Ferner habe ich keine Erinnerung daran, einer Exekution bei Durlach beigewohnt zu haben.

Mir wurde eine Liste der Fälle vorgelesen, in denen Polen in Baden durch die Gestapo hingerichtet wurden. Ich höre, daß es sich um 30 bis 35 Fälle allein in den Jahren 1941 und 1942 handelt und daß in den meisten Fällen den Polen lediglich vorgeworfen wurde, mit deutschen Frauen ^{ganz} verkehrt zu haben. Wir haben seinerzeit über solche Fälle keine Statistiken geführt, ich halte die Zahl für viel zu hoch und bin davon sehr überrascht. Immerhin kann ich sagen, daß ich die Anordnungen von Hinrichtungen damals für rechtmäßig hielt. Eine abschreckende Wirkung dürften die Hinrichtungen gehabt haben und die Polen, denen vorher die ~~Feder~~ Androhung der Todesstrafe auf Geschlechtsverkehr bekannt gegeben worden war, waren an ihrem Schicksal selbst schuld. Ich hatte immer geglaubt, daß es sich bei dem sog. Todesurteil, das den Polen verlesen wurde, bevor sie hingerichtet wurden, um ein gesetzmäßig zustande gekommenes Urteil handele. Es wurden mir nun einige Hinrichtungsbefehle des Reichsführers-SS verlesen. Dazu kann ich sagen, der Wortlaut dieser Dokumente bestätigt meine Ansicht, der Reichsführer-SS war oberster Gerichtsherr. Mir kamen keine Zweifel, daß er berechtigt war, Hinrichtungen von Personen zu befehlen. Wenn

mir vorgehalten wird, daß der Reichsführer-SS nur in Disziplinarsachen oberster Gerichtsherr war, so kann ich darauf sagen: Nach meiner Auffassung hatte für die Polenfälle Himmler durch den Führer Vollmacht. Das ergibt sich auch aus den mir vorgehaltenen Erlassen. An einzelne Fälle von Sonderbehandlungen kann ich mich deswegen nicht besinnen, weil ich die Fälle nur vom Schreibtisch aus kenne und nicht erlebt habe. Daher kann ich mich heute daran nicht mehr besinnen.

Mir wird das Schreiben der Gestapo Karlsruhe vom 7.11.1941 vorgehalten. Aus diesem Schreiben, das ich selber unterschrieben habe, ergibt sich, daß hinsichtlich der hier erwähnten Polen keine Sonderbehandlung, d.h. Hinrichtung, vorgenommen wurde, sondern daß diese in ein KZ eingewiesen wurden. Hier dürfte es sich um einen Fall handeln, in welchem es mir gelungen ist, die Sonderbehandlung abzuwenden. Bezeichnenderweise ist dieses Schreiben nicht von meinem Chef, sondern von mir unterschrieben. Sonst habe ich an solch hohe Stellen wie den Generalstaatsanwalt, nicht unterschrieben. Mir wurde auch der Schriftwechsel zwischen Generalstaatsanwalt und meiner Dienststelle vom 10. und 15. 4. 1942 vorgehalten. Es ist möglich, daß ich das Schreiben vom 15.4. wegen der Eilbedürftigkeit unterschrieben habe oder, weil es sich um eine kleine Sache handelte.

Ich kann mir nicht vorstellen, in wieweit man mir wegen meiner Tätigkeit einen Vorwurf macht. Ich habe die Überzeugung, daß ich nicht anders handeln konnte. Ich unterstand ja seit Kriegsbeginn der Militärgerichtsbarkeit.

selbst gelöst und genehmigt


**Staatsanwaltschaft
Karlsruhe**

22 Js. 520 / 60

Karlsruhe, den
Stefanienstraße 5
Fernsprecher Nr. 20141

28
161
25. Apr. 1960



An den
Herrn Untersuchungsrichter
beim Landgericht

in Karlsruhe

mit 13 Bänden Beiakten
und mit dem Antrag auf

Eröffnung und Führung der gerichtlichen Vorunter-
suchung

gegen

den am 25. 4. 1900 in Bernkastel geborenen, in Oelde,
Warendorferstrasse 22 wohnhaften, verheirateten Ver-
treter und früheren Kriminaldirektor

Dr. Heinrich Rudolf Maria F a b e r

Beschuldigung :

Dr. Faber ist verdächtig, zu den durch den Reichsfüh-
rer SS befohlenen rechtswidrigen Tötungen polnischer
Zivilarbeiter bei Geschlechtsverkehr mit deutschen
Frauen dadurch Hilfe geleistet zu haben, daß er in den
Jahren 1941 und 1942 in an Zahl noch nicht festgestellten
Fällen als Vertreter des Leiters der Geheimen Staats-
polizei Karlsruhe und als Leiter der Abteilung II,
teils seinem Vorgesetzten Dr. Schick in Karlsruhe,
teils unmittelbar dem Reichssicherheitshauptamt in

- 2 -

Berlin Hinrichtungsvorschläge von Polen gemacht habe, obwohl nach den bestehenden Richtlinien eine mildere Behandlung der Polen möglich gewesen wäre.

Er habe somit in an Zahl noch nicht festgestellten Fällen bei vorsätzlichen Tötungen von Menschen wissentlich durch Rat und Tat Hilfe geleistet. >

Die Taten sind Verbrechen, strafbar nach den §§ 212, 49, 74 StGB.

Die Notwendigkeit der gerichtlichen Voruntersuchung ergibt sich aus § 178 Abs. I der StPO.

Ergebnis der bisherigen Ermittlungen :

Wie sich aus den im Band " Dokumente I " in Fotokopie befindlichen Erlassen des Reichsführers SS vom 3. 9. 1940, vom 5. 7. 1941 und vom 10.3.1942 ergibt, war polnischen Zivilarbeitern, die im damaligen Reichsgebiet im Arbeitseinsatz standen, der Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen verboten. Den Zivilarbeitern wurden Merkblätter ausgenündigt oder vorgelesen (siehe Dokumentensammlung), in welchen ihnen für Geschlechtsverkehr oder unsittliche Annäherung an deutsche Frauen die Todesstrafe angedroht war. Eine gesetzliche Grundlage hierfür gab es nicht.

Die als Beiakten beigefügten Verfahren 22 Js. 512 - 517 / 60 befassen sich mit Erhängungen von solchen polnischen Zivilarbeitern im Raume der Landgerichtsbezirke Konstanz und Waldshut, die in den Jahren 1941 und 1942 durch die Geheime Staatspolizei vorgenommen wurden. Weitere drei Verfahren mit gleichgelagerten Fällen, nämlich die Verfahren 22 Js. 499/60; 22 Js. 500/60 und 22 Js. 511/60 werden nachgereicht. Ausserdem konnten durch Auswertung von Unterlagen der früheren Geheimen Staatspolizei Karlsruhe beim Generallandesarchiv in Karlsruhe weitere Erhängungen von polnischen Zivilarbeitern im Lande Baden ermittelt werden. Folgende Fälle, in denen durch die Stapo - Leitstelle Karlsruhe polnische Zivilarbeiter der Sonderbehandlung und damit der Hinrichtung durch den Strang zugeführt wurden, sind dadurch bisher bekannt geworden:

1. Emil P u c h e l k a, hingerichtet am 28. 10. 1941 in Saig
(S. 20 der Generalakten und 22 Js. 499/60 der Staatsanwaltschaft Karlsruhe),
2. Marian L e w i c k i, hingerichtet am 5. 3. 1942 in Villingen
(AS. 29 der Generalakten und 22 Js. 500/60 der StA. Karlsruhe),
3. Eugen P a g a c z, hingerichtet am 2. 9. 1941 in Salem (Dokumentensammlung II und 22 Js. 511/60 der StA. Karlsruhe),

4. Ludwig H a l c z y u s k i, hingerichtet am 29. 5. 1942 in Salem (Akten 22 Js. 512/60 der StA. Karlsruhe),
5. Jan K o b u s, hingerichtet am 5. 4. 1941 in Pfullendorf (AS. 1 der Generalakten und 22 Js. 513/60 der StA. Karlsruhe),
6. Mieczysław G a w l o w s k i, hingerichtet am 25. 7. 1941 in Ruschweiler bei Ilmensee (Akten 22 Js. 514/60 der StA. K'he),
7. Josef B e s t r y, hingerichtet am 9. 10. 1942 in Jestetten (Akten 22 Js. 515/60 der StA. Karlsruhe),
8. Josef K r a k o w s k i,) hingerichtet am 15.4.1942
Bruno O r t s c h i n s k i,) in Herrischried (Akten 22 Js.
Marian G u d z i e n,) 516/60 d.StA. Karlsruhe),
Kr. Sickingen
9. Josef S t e m p n i a k, hingerichtet am 10. 10. 1942 in Weizen/Landkrs. Waldshut (Akten 22 Js. 517/60 der StA. Karlsruhe),
10. Josef P a n c z e k, hingerichtet am 24. 4. 1941 in der Nähe Donaueschingen (AS. 2 der Generalakten und AS. 119 der Akten 22 Js. 520/60 StA. K'he),
11. Stefan D a m i a s k i, hingerichtet am 9. 5. 1941 im Rittnertwald bei Durlach (AS. 3 der Generalakten und AS. 123 der Akten 22 Js. 520/60 StA. Karlsruhe),
12. Ladislaus S k r y p a c z, hingerichtet am 22. 4. 1941 in Oberschefflenz (AS. 4 der Generalakten und AS. 117 der Akten 22 Js. 520/60 StA. Karlsruhe),
13. Stanislaus J a n a s z e k, hingerichtet am 1. 7. 1941 in Gernsbach (AS. 5 der Generalakten),
14. Stanislaus W i e l g o, hingerichtet am 26. 8. 1941 in Grenzach (AS. 6 der Generalakten und AS. 119 der Akten 520/60 StA. Karlsruhe),
15. Stanislaus Z a s a d a, hingerichtet am 16. 10. 1941 in Brombach (AS. 119, 127 f der Akten 22 Js. 520/60 und AS. 10 der Generalakten),
16. Waclaw Z e n y k i e w i c z, hingerichtet am 29. 10. 1941 in Kandern (AS. 12 der Generalakten),
17. Wladislaw S z e m e l i k, hingerichtet am 9. 4. 1942 in Eppingen, hierwegen war bereits eine Voruntersuchung gegen Dr.Faber anhängig, die mit einer Ausserverfolgungsetzung endete .
18. S z y m a n s k i, hingerichtet am 8. 10. 1942 in Watterdingen (AS. 125 der Akten 22 Js. 520/60 Staatsanwaltschaft Karlsruhe).
19. Wladislaus R e b e t o w s k i, hingerichtet am 5.6.1942 in Tennenbronn (AS. 36 der Generalakten).

Stand ein polnischer Zivilarbeiter im Verdacht, mit einer deutschen Frau intime Beziehungen zu unterhalten, wurden die Ermittlungen ausschliesslich von der Geheimen Staatspolizei durchgeführt. Zuständig hierfür war im Lande Baden die Stapo-Leitstelle Karlsruhe mit ihren Aussenstellen, die über das ganze Land verteilt waren. <Im allgemeinen erfolgte zunächst die Festnahme der Beteiligten durch die zuständige Gestapo-Aussenstelle. Gegen die beteiligte Frau wurde ein Verfahren nach § 4 Abs. I der VO zum Schutze der Wehrkraft des deutschen Volkes vom 25. 11. 1939 eingeleitet. Meist erfolgte dann eine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe durch ein ordentliches Gericht (siehe Akten 4 KMs 4/40 und 4 KMs 10/41). In anderen Fällen wurde die Frau bzw. das Mädchen ohne gerichtliches Verfahren als Erziehungsmassnahme in ein KZ eingewiesen. Gegen den Polen wurde kein gerichtliches Verfahren eingeleitet. Vielmehr übersandte die Stapo - Aussenstelle zunächst einen Bericht in seiner Sache an die Stapo - Leitstelle in Karlsruhe, die aufgrund dieses Berichtes vom Reichssicherheitshauptamt in Berlin eine Schutzhaftanordnung besorgte. Nach Abschluss der Erhebungen legte die Stapo Karlsruhe die von der Aussenstelle eingereichten Akten dem RSHA mit einem Vorschlag für die weitere Behandlung des Polen vor. Entweder lautete der Vorschlag auf Sonderbehandlung, d.h. auf Hinrichtung durch Erhängung oder auf Einweisung in ein Konzentrationslager. Vom RSHA wurde der Vorgang dem Reichsführer SS unterbreitet, der einen Hinrichtungsbefehl erliess. Dieser gelangte zurück an die Stapo - Leitstelle Karlsruhe, welche die Hinrichtung durchführte. > In der Dokumentensammlung befinden sich Abschriften von Mitteilungen solcher Hinrichtungsbefehle und zwar in den Fällen P a g a c z, P u c h e l k a und K o c z l e w s k i.

3

1

<Die Hinrichtung ging in der Weise vor sich, daß der Pole aus dem Gefängnis durch Beamte der Stapo - Leitstelle oder einer der Aussenstellen an den Ort gebracht wurde, an welchem er

zur Zeit seiner Tat stationiert war. In Anwesenheit der in der Umgebung stationierten polnischen Zivilarbeiter, von denen einige die Hinrichtung selbst vornehmen mussten, wurde dann der Täter an einem Baum aufgehängt. Bei der Hinrichtung waren ausser dem Leiter der Stapo - Leitstelle, seinem Vertreter oder einem anderen Beauftragten meistens die Spitzen der örtlichen Behörden und Parteiorganisationen anwesend. Einzelheiten über die Ausführung der Exekution ergeben sich aus den Beiakten 22 Js. 512 - 517 / 60.

Von 1942 ab wurden immer weniger Polen der sogenannten Sonderbehandlung unterworfen. Man ging nun vielmehr dazu über, die Polen auf "Eindeutschungsfähigkeit" zu überprüfen und bei positivem Ausfall der Untersuchung sie "einzudeutschen". Einzelheiten in der Durchführung der sogenannten Sonderbehandlungsfälle ergeben sich aus den Vernehmungen Albath und Breder (AS. 21 und 27) sowie aus der Aussage Pancke in der Dokumentensammlung.

Es wird davon ausgegangen, dass die Hinrichtung von polnischen Zivilarbeitern wegen Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen oder sonstiger unsittlicher Annäherung an deutsche Frauen rechtswidrig war, da diese Hinrichtungen ohne gesetzliche Grundlage und ohne Gerichtsurteil aufgrund eines einfachen Befehls durchgeführt wurden. Die Befehlsgeber und Täter der Tötungen sind der ehemalige Reichsführer SS Heinrich Himmler und der Amtschef IV im Reichssicherheitshauptamt, der frühere SS-Obergruppenführer Josef Müller, die beide nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden können. Himmler hat nach Kriegsende im Jahre 1945 Selbstmord begangen, Müller ist verschollen.

Bei der Stapo - Leitstelle Karlsruhe wurden die vorgenannten Fälle in der Abteilung II - Referat E - bearbeitet. Der Referatsleiter, Kriminalobersekretär Anton Schmitz ist im Jahre 1955

verstorben (vgl. AS. 153), Leiter der Abteilung II war der Beschuldigte. Chef der gesamten Stapo - Leitstelle Karlsruhe war Dr. Schick, der im Jahre 1944 verstorben ist, sein Stellvertreter war Regierungsrat Elchlepp, der im Jahre 1940 oder 1941 wegversetzt wurde und der später im Kriege gefallen ist. Nach seiner Versetzung war der Beschuldigte neben seiner Tätigkeit als Abteilungsleiter II auch Vertreter des Chefs Dr. Schick. Nach dem bisherigen Ergebnis der Ermittlungen muß der Beschuldigte in den Fällen der Zuständigkeit der Gestapo - Leitstelle Karlsruhe teils seinem Vorgesetzten Dr. Schick, teils dem Reichssicherheitshauptamt Vorschläge gemacht haben, die beschuldigten Polen der Sonderbehandlung zu unterziehen, d.h. sie aufzuhängen.

Eine Aufstellung der Beamten der Stapo - Leitstelle Karlsruhe mit ihren Aussenstellen befinden sich im Umschlag AS. 51. Bei der Staatsanwaltschaft Wuppertal ist unter dem Aktenzeichen 12 Js. 278/59 ein Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Höheren SS- und Polizeiführer Gutenberger anhängig, welches ebenfalls einen Fall der Sonderbehandlung (Erhängung des Polen Tomacz Brostowicz) zum Gegenstand hat, (vgl. AS. 57).

Es wird gebeten, den Beschluss über die Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung uns in vierfacher Fertigung zu senden.


(Dr. Eglin)
Oberstaatsanwalt

A u f s t e l l u n g

der durch Auswertung der Reisekostenrechnungen ehem. Angeh.
der Stapoleitstelle Karlsruhe erfassten Exekutionen von
Polen im Bereich der Stapoleitstelle Karlsruhe in den
Jahren von 1940 - 1942.

lfd. Nr.	Name, Vorname	Tag d.Exek.	Ort d.Exek.	Aktenzeichen	
22 Ja 545/60 1	B e s t r y Josef	9.10.1942	Jestetten	II 244/41 u. 567/41	Waldfchut
2	B o r o w s k i	13.2.1942	Hohenbodmann	II E 656/41 u. 741/41	Hohenbodmann
3	Ciechanowski, Jan,	23. od. 24. 11. 42	Karlsruhe Haslach	II E 1-2122/42	
4	Damaziak, Stanislaw, geh. 26.4.1911	7.5.1941	Durlach	II E 6147/40 (Karlsruhe) (6047 ?)	
514 5	G a w l o v s k i Mieczyslaw	25.7.1941	Ruschweiler	II 420/41	Hohenbodmann
546/60 6	G r u d z i e n Marian	15.4.1942	Säckingen	Hennrichs	Säckingen
7	G u m u l k a , Johann	11.2.1942	Freiburg Gündelfingen	2 E 3905/41	



lfd. Nr.	Name, Vorname	Tag d.Exek.	Ort d.Exek.	Aktenzeichen
513/60 8	K o b u s , Jan	5.4.1941	Pfullendorf, Kr.Überl.	II H 7279/40 (Karlsruhe) II 438/41 u.II 1434/40
9	K o l e t z k i , Franz	17.3.1942	Bollschweil oder Kirchhofen	1277/42
10	K o z l o w s k i , Stefan	15.1.1942	Hinterzarten	II E 4478/41
516/60 11	K r a k o w s k i Josef	15.4.1942	Säckingen	
500/60 12	L i v i ſ k i , Marian	5.3.1942	Villingen / Pfaffenweiler	
13	M a k u c h , Josef	4.8.1942	Helmsheim, Krs.Bruchsal	
inakt. Biff. 14	M a l c z y n i s k , Ludwig	27.5.1942	Mimmenhausen (Konstanz)	
15	M r o e z e k , Jan	17.7.1942	Freiamt Otteschwanden/Baden	147/42 ADSt-Freiburg/Br.
516/60 16	O r c z i n s k i , Bruno	15.4.1942	Säckingen	II 550/41 (Greko-Waldshut)
511 17	P a g a c z Eugen	2.9.1941	Santenhard oder Mimmenhausen	II 128/41, Greko Konstanz
18	P i a s k o w s k i , St.	9.3.1942	Hardheim	II E 5042 und 1858/41 d.Stapoleitst.Karlsruhe
Neuburg 817/60 19 vorhand.	P o d z i e n s k i , Bernhard	14.1.1942	Schiltach	1371/41

lfd. Nr.	Name, Vorname	Tag d.Exek.	Ort d.Exek.	Aktenzeichen
20	P o n c z e k , Josef	24.4.1941	Hüfingen, Krs. Donau- eschingen	II E 4724/40 (K'ruhe)
21	P r o c e l	7.8.1941	Homberg <i>von Hrochad</i>	5 -41 <i>Abteilung od. Wochsch</i>
499/60 22	P u c h e l k a , Emil	28.10.1941	Saig üb. Titsee <i>Neustadt</i>	1165/41 (Freiburg/Br.)
23	R a k	14.2.1942	Kreenhainstetten <i>Stöckach</i>	II E 656/41 und 741/41
24	R e b e t o w s k i , Wladislaus	5.6.1942	Tennenbronn	II E 2155/42 <i>Villingen</i>
25	S k r z y p a c z , Wladislaw	22.4.1941	Oberschefflenz, Krs. Mosbach	II E 8343/40 (Karlsruhe)
26	S z m e h l i k , Wladislaw	10.4.1942	Rohrbach <i>ab. Lippmann h. St. Sinsheim</i>	2005/51 und 549/42 d.A.D.-Stelle Heidelberg u. II E 6411/41 (Karlsru.)
27	S z y m a n s k i , Ludwig	8.10.1942	Watterdingen, Krs. Singen	II E 442/42
28	S t e m p n i a k <i>Josef</i>	10.10.1942	Weizen, Krs. Waldshut	II 244/41 und 567/41 II 564/41 (Greko Waldsh.)
29	S t r o j o w s k i , Franz	13.10.1942	Ichenheim, Krs. <i>Bahr</i> Offenburg	II 951/42 (Offenburg)
30	W i e l g o , Stadislaw	25.8.1941	Grenzach	<i>Idstein</i>

*Heidelberg
517
vol. S-155*

lfd. Nr.	Name, Vorname	Tag d.Exek.	Ort d.Exek.	Aktenzeichen
31	W o j z e k (Wojzik), Josef	13.10.1942	Lahr Ichenheim Krs.Offenburg,	II 951/42 (Offenburg)
32	W r o z e k , Andrey	12.2.1942	bei Gundelfingen Hnsbach/brach	II 2253/41 Tbg.
934/60 33	Z a s a d a	16.10.1941	Brombach b.Lörrach/Bd.	II E 2980/41 (K'ruhe)
34	Z e n s y k i e c i , Wacław	29.10.1941	Kandern	II 1401/41 (Lörrach Grek)
35	Krocz Jan	19. 5. 1942	Brötzingen	II 1432/41
512/60 36	Halczynski Ludwig	29. 5. 42	Fulda	II 1432/41
37	Tanaszek Stanislaus	1. 7. 41	Gernsbach	
Andereigth vorhand. 38	Unbekannter verft. 22 7. 812/60 (M 7)	24. 11. 42	Haslach	nach ermittelten Verur. am 18.2.42
816 39	Biechowski Jan Salsowsky Franz beschäftigt in Öflingen	15. 4. 42	Lauterburg / Elzaf.	

VU 5/60

,den 3. Mai 1960.

An das
Landeskriminalamt
-Sonderkommission, Zentrale Stelle -
Ludwigsburg

Voruntersuchung
gegen
Dr. Heinrich F a b e r

Zu: Tgb.Nr. SK ZSt I/2-14/60

Ich bestätige den Empfang Ihrer an die Staatsanwaltschaft Karlsruhe gesandten Aufstellung vom 4. Mai 1960, aus der hervorgeht, dass auf Grund der Reisekostenrechnungen die Hinrichtung von 34 Polen im Bezirk der Gestapo Karlsruhe festgestellt werden konnte. Nicht in dieser Aufstellung enthalten sind folgende bereits anderweit festgestellte Hinrichtungen:

- (35) Ludwig H a l c z y u s k i
hingerichtet am 29.5.1942 in Salem
(Akte 22 Js 512/60 der StA Karlsruhe)
- (36) Stanislaus J a n a s z e k, geb. 15.9.15
hingerichtet am 1.7.1941 in Gernsbach
(befand sich in Schutzhaft im Gerichtsgefängnis
Karlsruhe und wurde von hier lt. Mitteilung des
Gefängnisvorstands am 1.7.41 abgeholt und in
Gernsbach erhängt). - AS 5 der Generalakte 9170 -

Für das weitere Verfahren ist es sehr wesentlich, für alle diese 36 und für die sich evtl. noch herausstellenden Fälle urkundliche Unterlagen über die Vorschläge und Anordnung der "Sonderbehandlung" zu beschaffen, insbes. also die Akten, die Hierüber bei der Gestapo Karlsruhe und beim Reichssicherheitshauptamt und bei dem für Karlsruhe bzw. Baden zuständig gewesenen "Höheren SS- und Polizei-Führer" (letzterer wurde wohl eingeschaltet, wenn der betreffende Pole/eingedeutscht werden sollte) nach Vorschlag der Gestapo vorhanden gewesen sein müssen.

Das Document-Center Berlin hat solche Unterlagen für die obigen 36 Fälle aller Wahrscheinlichkeit n i c h t, denn es hat auf eine Anfrage der Staatsanwaltschaft bei dem OLG Karlsruhe am 6.1.60 mitgeteilt (AS 77), dass Unterlagen über den Fall Jan K o b u s nicht im Archiv seien; andererseits hat es

Fotokopien der Akten von 3 Sonderbehandlungsfällen
übersandt, welche von anderen Gestapostellen bearbeitet
worden sind, nämlich der Akten von

1. Barcikowski (Stapo Frankfurt)
2. Cziskon (verstorben im KZ) -Stapo Nürnberg -
3. Luczak (eingedeutscht) -Stapo Stettin -

Entsprechend dem soeben mit Herrn Krim.Oberkommissar
S c h a i b l e geführten Ferngespräch bitte ich zu
zu ermitteln,

ob die Akten über die obigen 36 im Bezirk der
Gestapoleitstelle Karlsruhe hingerichteten Polen,
die bei den nachstehend aufgeführten Dienststellen
geführt worden sein müssen oder können, bei Kriegs-
ende vernichtet oder erhalten geblieben sind; soweit
letzteres der Fall ist, bitte ich diese Akten oder
Ablichtungen davon zu beschaffen.

1. Gestapoleitstelle Stuttgart
2. Gestapoleitstelle Karlsruhe
3. Aussenstellen der Gestapoleitstelle Karlsruhe
4. Höherer SS-und Polizeiführer ,der für Baden zuständig
war.

1

41' 183a

22 83 517/60

**Beglaubigte Abschrift aus dem Sterbebuch
des Standesamts Weizen**

Nr. 9 Weizen, den 10. Oktober 1942 C c

Der polnische Zivilarbeiter Josef Stempniak, katholisch

wohnhaft in Weizen

ist am 10. Oktober 1942 um 8 Uhr 06 Minuten

in Weizen verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 16. Februar 1916

in Bnin, Kreis Posen

(Standesamt _____ Nr. _____)

Vater: Andreas Stempniak, Arbeiter, verstorben

Mutter: Maria geborene Gournu, wohnhaft in Bnin

Der Verstorbene war — nicht — verheiratet

Eingetragen auf mündliche — schriftliche — Anzeige der Geheimen Staats-
polizei in Waldshut

Der Anzeigende

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Der Standesbeamte

Hamburger

Todesursache: _____

Eheschließung de _____ Verstorbenen am _____ in _____

(Standesamt _____ Nr. _____)

Die Übereinstimmung der Abschrift mit den Eintrag im Sterbebuch wird hiermit beglaubigt.



Weizen, den 23. März 1960

Der Standesbeamte

i.V.

[Handwritten signature]

Vernehmungsniederschrift

Auf Vorladung erscheint am 21.5.1960 in den Räumen des Stadt- und Polizeiamtes Bremen

S t e i n h o f f, Bernhard,
geb. 9.10.1913 in Schwientochlowitz/OS.,
verh. Kaufmann,
wohnhaft in Bremen, Alten Eichen 3a,

und sagt, mit dem Gegenstand der Vernehmung vertraut gemacht, zur Wahrheit ermahnt, auf Befragen folgendes aus:

Zur Person:

"Ich habe vom 6. - 14. Lebensjahr die Volksschule besucht. Im Anschluß daran habe ich 2 Jahre Schornsteinfeger gelernt. Mein Lehrmeister gehörte führend der Zentrumsparterie an und ich war zur Hitlerjugend gekommen. Es gab Spannungen, die zur Auflösung des Lehrverhältnisses führten. Im Anschluß daran war ich in der elterlichen Gastwirtschaft tätig. 1933 übersiedelte ich nach Berlin und wurde dort in der Reichsbetriebsgemeinschaft 10 als Kassierer beschäftigt. 1935 ging ich nach Oberschlesien zurück und arbeitete bei meinen Eltern, die inzwischen ein Lebensmittelgeschäft übernommen hatten. 1937 bewarb ich mich auf Anraten eines Freundes meiner Eltern bei der Grenzpolizei und wurde meines Wissens zum 2.1.1938 zur Grenzpolizeischule Pretzsch einberufen. Der Lehrgang dauerte 2 Monate. Von dort kam ich ins Grenzpolizeikommissariat Hindenburg/Oberschles. Beim Einmarsch in Oesterreich wurden alle damaligen Angehörigen der Grenzpolizei in München zusammengefaßt und ebenfalls nach Oesterreich an die tschecho-slowakische Grenze geschickt. Der Einsatz in Oesterreich dauerte einige Monate. Von dort kam ich zunächst zurück nach Oberschlesien, und nach kurzer Zeit nach Konstanz/Bodensee. Den Zeitpunkt kann ich nicht mehr sagen.

Während meiner Konstanzer Zeit wurde mir vom Dienststellenleiter eröffnet, daß es Wunsch des Reichsführers SS sei, alle slawisch klingenden Namen von Angehörigen der SS und Polizei einzudeutschen. Meine Schwester, die damals noch in Oberschlesien lebte, hatte damals schon auf Anraten irgendwelcher Behörden ihren Namen in S t e i n h o f f ändern lassen. Deshalb stellte ich den Antrag

mir den gleichen Namen zu geben. Die Namensänderung mag 1940/41 erfolgt sein.

Etwa im Jahre 1942 wurde ich auf Grund einer persönlichen Bitte von Dr. S c h i c k nach Karlsruhe versetzt und bekam kurze Zeit später einen Einsatzbefehl, der mich zum Begleitkommando des Reichskommissars T e r b o v e n nach Norwegen abrief. Bevor ich jedoch in Norwegen eingesetzt worden bin, war ich eine kurze Zeit in Berlin und machte Sicherungsdienst beim Reichsminister D a r r é e. Mein Aufenthalt in Norwegen mag 2 - 4 Monate gedauert haben. Ich kam danach nach Karlsruhe zurück und blieb dort bis Kriegsende.

Ich bin im Jahre 1929 zur Hitlerjugend gekommen, im Jahre 1932 zur Partei und SA. 1935 bin ich von der SA wieder zur Hitlerjugend zurückgegangen. Durch meinen Eintritt zur Grenzpolizei wurde ich automatisch Angehöriger der SS.

Meine Eltern sind zwischenzeitlich beide gestorben. Ich selbst lebe seit 1947 in Bremen. Hier habe ich 1949 zum zweiten Mal geheiratet, nachdem ich 1942 in Berlin die erste Ehe einging. Diese Ehe wurde jedoch rechtskräftig nach Kriegsende geschieden. Aus der ersten Ehe habe ich einen Jungen, aus zweiter Ehe sind nunmehr 3 Kinder vorhanden. Ich bin im Besitz eines deutschen Personalausweises Nr. HB I A 099375, ausgestellt am 29.5.1957 vom Stadt- und Polizeiamt Bremen. Vorbestraft bin ich nicht.

Nach Beendigung meines Entnazifizierungsverfahrens, bei der ich in die Gruppe der Entlasteten (Gr. V) eingestuft wurde, trat ich bei der Firma Wills & Merker, Hamburg, in eine kaufmännische Lehre und machte mich dann 1951 selbständig. Die damals gegründete Firma besteht heute noch.

Ich habe von 1945 - 1947 unter einem falschen Namen gelebt. 1947 stellte ich mich hier in Bremen freiwillig der CIC. 1948 wurde ich von der Entnazifizierungsbehörde in Bremen festgenommen und ca. 3 Monate im Internierungslager Riespott/Bremen untergebracht.

Zur Sache:

Wie ich bereits erwähnt habe, kam ich im Jahre 1938 von Hindenburg zum Grenzpolizeikommissariat Konstanz. Die Versetzung erfolgte seinerzeit auf Anordnung des RSHA zur Sicherung der Bauten am Westwall. Mein Einsatzort blieb bis zum Jahre 1942 Konstanz. Meine Tätigkeit beim GPK. Konstanz war in den ersten Jahren die eines Paßprüfers an den verschiedenen Grenzübergängen in die Schweiz.

Später, wann kann ich nicht genau angeben, wurde ich in den Innendienstgeholt. Zuerst wurden mir kleinere Ermittlungen übertragen, später wurde ich auch zu Vernehmungen herangezogen. Als ich nach Konstanz kam, wurde das GPK. von einem Beamten geleitet, der von der Kriminalpolizei, wo er schon vorher die politische Abteilung geführt hatte, gekommen war. Seinen Namen habe ich vergessen. Später übernahm die Leitung ein Kriminalkommissar N o a c k oder N o - w a c k. Er war ganz kurze Zeit in Konstanz. Nach ihm wurde Herr Emil H i n z Leiter des GPK, das der Staatspolizeistelle Karlsruhe unterstand.

Die Organisation der Stapoleitstelle Karlsruhe ist mir heute nicht mehr in Erinnerung. Ich kann heute auch nicht mehr angeben, wer zum damaligen Zeitpunkt Leiter der Stapoleitstelle war. Wenn mir in diesem Zusammenhang der Name L a n d g r a f genannt wird, so kann ich mich an diesen Namen erinnern und ich glaube, daß er seinerzeit Leiter der Stapoleitstelle war. Ich weiß nicht mehr, zu welchem Zeitpunkt Dr. S c h i c k die Leitung der Stapoleitstelle Karlsruhe übernahm. Sein Vertreter war ein gewisser Dr. F a b e r. Welche Aufgabengebiete diesen beiden Herren und den übrigen Abteilungsleitern der Stapoleitstelle zur Erfüllung zugeteilt waren, kann ich heute beim besten Willen nicht mehr angeben. Im Jahre 1944 verunglückte Dr. S c h i c k, er war meiner Erinnerung nach aber seinerzeit nicht mehr Leiter der Stapo in Karlsruhe, sondern irgendwo in Ostpreußen eingesetzt.

Mir werden einige Namen vorgehalten, und ich werde befragt, in welchem Zusammenhang mir diese Namen bekanntgeworden sind. H i n z habe ich bereits erwähnt, er war später Leiter des GPK. in Konstanz. Z a c h a r i a s war in derselben Abteilung wie ich beschäftigt, er war meiner Erinnerung nach Kriminaloberassistent. Der Name G e h r i n g e r besagt mir nichts. An K e i l , L e h m a n n und H ö d l kann ich mich ebenfalls noch erinnern, ich bin allerdings nicht mehr in der Lage, ihre damaligen Arbeitsgebiete im einzelnen zu schildern. Auch an den Krim.-Sekretär ^{H a u g} kann ich mich noch entsinnen. Er hatte seinerzeit die Einteilung der Grenzpolizeibeamten unter sich. Ich kann mich auch noch an einen Fahrer namens R o d r i a n erinnern, der zur selben Zeit wie ich beim GPK. in Konstanz war. Außer den genannten Personen kann ich mich noch an einen gewissen R i ß l a n d erinnern, der seinerzeit die Abteilung führte, in der ich im Innendienst tätig war. Rißland war seinerzeit Krim.-Sekretär. Auch kann ich mich noch an einen Wilhelm

M ü l l e r erinnern, der ebenfalls Krim.-Sekretär war. An weitere Personen kann ich mich nicht mehr erinnern und ich bin auch heute nicht mehr in der Lage, das genaue Arbeitsgebiet der bereits genannten Personen zu schildern. Mit den Angehörigen der übrigen GPKs.-Außendienststellen und mit der Stapoleitstelle Karlsruhe hatten wir wenig persönlichen Kontakt. Ich kann deshalb auch heute keinen der früheren Bediensteten dieser Dienststellen nennen.

Im Zusammenhang mit dem Einsatz polnischer Zivilarbeiter in Deutschland kamen Richtlinien über die Behandlung dieser Personen heraus. Hierin war enthalten, daß es ihnen verboten sei, sich mit deutschen Frauen und Mädchen einzulassen. Diejenigen, die diesem Verbot zuwiderhandelten, sollten zur Sonderbehandlung vorgeschlagen werden. Es wußte damals kein Mensch im Grenzpolizeikommissariat, was eine Sonder^{be}handlung zu bedeuten hat. Meines Wissens wußte das auch nicht der Dienststellenleiter. Wo diese Richtlinien abgedruckt waren, wer ihr Verfasser war und wessen Unterschrift sie trugen, ist mir heute nicht mehr in Erinnerung. Ich kann auch nicht mehr sagen, ob ich diese Richtlinien selbst irgendwo gelesen habe oder ob sie nur im Rahmen einer Dienstversammlung den Beamten mitgeteilt wurden. Ich kann heute auch nicht mehr angeben, ob diese Richtlinien etwa zum Gesetz wurden und im Reichsgesetzblatt abgedruckt worden sind. Welche Unterschiede seinerzeit zwischen einem Gesetz und einem Erlaß bzw. Befehl des Chefs der deutschen Polizei bestanden haben, war mir zum damaligen Zeitpunkt absolut nicht klar. Ich selbst war jedenfalls der Auffassung, daß die in dieser Hinsicht erlassenen Richtlinien des RF. SS und Chefs der deutschen Polizei Gesetzeskraft hätten. Welche Einstellung und vor allem welche Auffassung meine Vorgesetzten in dieser Beziehung hatten, kam mir nicht zur Kenntnis.

Als die ersten Verstöße gegen die Richtlinien bekannt wurden, erfolgten polizeiliche Ermittlungen, die zum Teil von der örtlichen Gendarmerie geführt worden sind und zum anderen Teil in Form einer Anzeige an das Grenzpolizeikommissariat Konstanz weitergeleitet wurden. Hier wurde dann ein Beamter mit den entsprechenden Ermittlungen bzw. Vernehmungen beauftragt. Die Bearbeitung aller Ermittlungssachen gegen polnische Arbeitskräfte lag nicht in einer bestimmten Hand. In Konstanz war es jedoch so, daß ich auf Grund geringer polnischer Sprachkenntnisse mehrfach herangezogen worden bin.

Das sagt jedoch nicht, daß ich ausschließlich bzw. daß ich allein Polensachbearbeiter war.

Was eine Sonderbehandlung bedeutete, wurde uns klar, als das erste Mal von der Staatspolizeileitstelle Karlsruhe mitgeteilt wurde, daß ein Pole durch Erhängen exekutiert werden soll. Wann und wo diese Exekution stattfand, ist mir aus der Erinnerung entfallen.

Wenn in einer Sache die Ermittlungen beendet waren, besprach der Sachbearbeiter den Vorgang mit seinem Abteilungsleiter, der Abteilungsleiter wiederum mit seinem Dienststellenleiter die Sache, und der Ermittlungsvorgang wurde mit dem entsprechenden Vorschlag der Stapoleitstelle Karlsruhe übersandt. Ob in jedem Fall und überhaupt ein Vorschlag gemacht worden ist, kann ich schlecht sagen. Es wird überhaupt schwer sein zu sagen, inwieweit die Beurteilung eines Vorfalles durch den Sachbearbeiter oder den Abteilungsleiter als Vorschlag anzusehen ist. Wenn ich in diesem Zusammenhang gefragt werde, ob der jeweilige Dienststellenleiter ein Vorschlagsrecht hatte, so möchte ich dies bejahen, mit Sicherheit kann ich es allerdings nicht behaupten. Die Anschreiben, mit denen die Vorgänge an die Stapoleitstelle weitergeleitet wurden, sind nach der schon erwähnten Rücksprache mit dem Abteilungs- und Dienststellenleiter zum Teil vom sachbearbeitenden Beamten, zum Teil vom Dienststellenleiter verfaßt, immer jedoch von letzterem unterschrieben worden. Es kann sein, daß in vielen Fällen Sonderbehandlung vorgeschlagen worden ist in Unkenntnis der Tatsache, daß ein solcher Vorschlag den Tod eines Menschen beeinflussen kann. Wenn ich in diesem Zusammenhang gefragt werde, ob nicht aus der Strafandrohung in den Richtlinien schon ersichtlich war, daß eine sogenannte Sonderbehandlung gleichbedeutend mit einem Todesurteil ist, so kann ich dazu angeben, daß wir keinen Moment in der Dienststelle in Konstanz auch nur im entferntesten daran gedacht haben, daß Sonderbehandlung Todesstrafe bedeutete. Ich weiß ganz genau, daß ich Herrn H i n z sehr eindringlich um Aufklärung über die Bedeutung der Sonderbehandlung gebeten habe. Er konnte mir keine Erklärung geben und ich hatte immer den Eindruck, daß er es auch nicht wußte. Als nach der ersten Exekution die Bedeutung einer Sonderbehandlung klar war, ist meines Wissens während meines Dortseins aus dem GPK. Konstanz kein Vorgang dieser Art herausgegangen, in dem von Sonderbehandlung gesprochen wurde.

Welche Vorschläge auf die Berichte des GPK. Konstanz von der Stapoleitstelle Karlsruhe gemacht wurden, entzieht sich meiner Kenntnis.

Zu wieviel Exekutionen ich von Konstanz aus beordert wurde, kann ich heute im einzelnen nicht mehr angeben. Es können möglicherweise zehn oder mehr gewesen sein. Meine Aufgabe bei den Exekutionen bestand lediglich darin, dem Delinquenten das Todesurteil, das ihm vorher in deutscher Sprache vom Leiter der Staatspolizeileitstelle Karlsruhe oder dessen Vertreter vorgelesen worden war, in polnischer Sprache zu übersetzen und den polnischen Zivilarbeitern der Umgebung, die zur Abschreckung an den Exekutierten vorbeigeführt wurden, in polnischer Sprache zu erklären, warum die Erhängung durchgeführt worden ist, und daß jeder das Gleiche erwarten müßte, der gegen die gegebenen Richtlinien verstößt. In einigen Fällen wurde mir auch zur Aufgabe gemacht, dem Delinquenten zu eröffnen, daß er am nächsten Tage exekutiert wird, und ihn nach seinen letzten Wünschen zu fragen. Das von uns als Urteil angesehene und dem Delinquenten jeweils vorgelesene Schreiben enthielt nach meiner Erinnerung den Wortlaut "...Sie werden Auf Befehl des Reichsführers SS und Chef der deutschen Polizei heute hier gehängt". Ich kann heute nicht mehr mit Sicherheit behaupten, jemals ein solches Schriftstück gesehen zu haben, und ob es jeweils vom RF.SS und Chef der deutschen Polizei kam. Verlesen wurde dieses "Urteil" auf alle Fälle durch den Leiter in deutscher Sprache, bzw. durch dessen Vertreter. So habe ich es wenigstens noch in Erinnerung.

Wenn ich aufgefordert werde, den Verlauf der Exekution eines polnischen Zivilarbeiters zu schildern, so kann ich heute noch folgendes dazu angeben. Soweit ich mich erinnern kann, war der Ablauf einer Exekution etwa folgender: Das zuständige ~~Stapoleitstelle~~ ^{Grenz}polizei-Kommissariat bekam von der Stapoleitstelle die Nachricht, daß an einem Tag und zu einer bestimmten Stunde eine Exekution durchgeführt wird. Hierzu wurden einige Behördenvertreter eingeladen. Welcher Kreis dies im einzelnen war, weiß ich nicht. Außerdem mußte das Grenzpolizeikommissariat dafür sorgen, daß die in der Umgebung wohnenden polnischen Zivilarbeiter in der Nähe des Exekutionsplatzes versammelt werden mußten. Soweit es mir noch bekannt ist, ließ die Staatspolizei diese Vorbereitungen von den zuständigen Gemeindeverwaltungen und Gendarmerieposten durchführen. Hierzu gehörte auch die Bereitstellung eines Fahrzeuges, von dem der Delinquent

beim Erhängen heruntergestoßen wurde. Das Anbringen des Strickes und das Herunterstoßen vom Wagen, also die eigentliche Erhängung, wurde von anderen polnischen Zivilarbeitern durchgeführt. Man hatte willkürlich andere polnische Zivilarbeiter gefragt, ob sie gegen eine Bezahlung die Exekution durchführen würden. Ich glaube, sie erhielten dafür 5 Mark. Es geschah immer auf freiwilliger Basis. Der immer hinzugezogene Kreisarzt stellte den Tod des Delinquenten fest, worauf dieser dann von irgendeiner Universität -pathologisches Institut- abgeholt worden ist. Bevor der Erhängte wieder abgehängt wurde, mußten die übrigen polnischen Zivilarbeiter daran vorbeidefilieren. Sie zogen stumm an ihrem toten Landsmann vorüber. Zu irgendwelchen Ausschreiten ist es nie gekommen. Ich habe nie erlebt, daß anlässlich einer solchen Exekution den Delinquenten ein Geistlicher hätte beistehen können. Ich glaube mich nur an einen Fall erinnern zu können, bei dem für die Exekution extra ein Galgen aufgestellt wurde. In allen übrigen Fällen geschah es in der bereits oben geschilderten Weise. Wenn ich befragt werde, ob auch von anderen Dienststellen, d.h. benachbarten GPKs. Beamte zu einer Exekution eingeladen wurden oder von der Stapoleitstelle Karlsruhe dahin beordert worden sind, so vermag ich hierzu keine Angaben zu machen. Eine solche Maßnahme lag zwar durchaus im Bereich des Möglichen, doch bekam hiervon nie Mitteilung.

Es ist mir nicht möglich anzugeben, wieviel Exekutionen von Polen im Bereich der Stapoleitstelle Karlsruhe durchgeführt wurden. Ich selbst wurde als Dolmetscher nur für einen Teil der Exekutionen angefordert und trat die jeweils erforderliche Dienstreise auf Anordnung der Stapoleitstelle Karlsruhe an. So ist auch die Teilnahme an den Exekutionen in Nord- und Südbaden erklärlich. In Fällen, in denen kein Dolmetscher erforderlich war, erhielt ich auch keine Kenntnisse von einer vorgenommenen Exekution.

Wenn ich aufgefordert werde, zu der am 5.4.1941 in Pfullendorf, Krs. Überlingen, durchgeführten Exekution des Polen Jan K o b u s zu machen, so ist mir dies heute nicht mehr möglich. Ich kann mich an diese Exekution beim besten Willen nicht mehr erinnern und deshalb auch nicht mehr angeben, wer die Vorbereitungen geleitet hat und wer an der Exekution teilnahm. Wenn mir vorgehalten wird, daß ich auf Grund einer sichergestellten Reisekostenrechnung (5 b 13 U 10 Teilnehmer dieser Exekution war, so mag dies seine Richtigkeit haben. Ich habe heute auch kein Erinnerungsvermögen daran, ob ich

jemals in der Ermittlungssache gegen K o b u s tätig war. Wenn mir vorgehalten wird, daß am 22.4.1941 in Oberschefflenz, Krs. Mosbach, der Pole S k r z y p a c z und am 24.4.1941 in Hüfingen, Krs. Donaueschingen, der Pole P o n c z e k hingerichtet worden sind und ich anlässlich dieser Exekutionen eine Dienstreise vom 20.4. - 24.4.41 von Konstanz aus unternahm, so ist dies durchaus möglich, ich kann mich jedoch an Einzelheiten nicht mehr erinnern. Wenn in meiner Reisekostenrechnung aufgeführt, daß ich zum Zwecke der Vorbereitungen dieser Exekutionen unterwegs gewesen bin, so möchte ich heute dazu angeben, daß ich mit dem Aussuchen des Exekutionsortes, der Bestellung von Arzt, Einladung von anderen Teilnehmern usw. nichts zu tun hatte. Nach meiner Erinnerung hatte ich die undankbare Aufgabe, dem Delinquenten am Abend vorher mitzuteilen, daß seine Exekution am darauffolgenden Morgen stattfinden werde. Die übrige Teilnahmehandlung an diesen Exekutionen dürfte wahrscheinlich wieder Dolmetschertätigkeit gewesen sein. Einzelheiten zu diesen Exekution^{en} wie auch die Benennung von Teilnehmern heute noch zu machen, ist mir nicht mehr möglich.

Über die Exekution am 7.5.1941, bei der der Pole D a m a z i a k aufgehängt wurde, kann ich keine näheren Angaben mehr machen, wenn auch hierüber eine Reisekostenrechnung von mir vorliegt, so werde ich wohl als Dolmetscher auch zu dieser Exekution zugezogen worden sein. Auch an die am 1.7.41 in Gernsbach durchgeführte Exekution kann ich mich nicht erinnern. Es ist durchaus möglich, daß ich auch dabei Dolmetschertätigkeit auszuüben hatte. Wenn eine Reisekostenrechnung meine Teilnahme an dieser Exekution ausweist, so dürfte dies seine Richtigkeit haben.

Wenn mir vorgehalten wird, daß ich zusammen mit H ö d l, D a n - g e l und Z a c h a r i a s in der Zeit vom 22. - 25.7.1941 eine Dienstreise von Konstanz nach Ruschweiler zwecks Vorbereitung und Exekution des Polen G a w l o v s k i unternommen habe, so kann dies schon stimmen. Ich kann mich jedoch auch an diese Dienstreise nicht mehr entsinnen und deshalb auch heute nicht mehr angeben, welche Aufgaben ich seinerzeit zu erledigen hatte. Wenn ich bei dieser Exekution und deren Vorbereitung eingesetzt war, so hatte ich wiederum Dolmetscheraufgaben zu erledigen und möglicherweise auch den Delinquenten auf seine Hinrichtung vorzubereiten. Welche Aufgaben die übrigen Herren durchzuführen hatten, weiß ich heute nicht mehr.

Wenn mir die weiteren Exekutionen am

7.8.41	in Homberg
2.9.41	Mimmenhausen
14.1.42	Schiltach
15.1.42	Hinterzarten
13.2.42	Hohenbodmann
14.2.42	Kreinhainstetten
18.2.42	Haslach
5.3.42	Villingen
9.3.42	Hardheim
16.3.42	Freiburg
27.5.42	Mimmenhausen
10.10.42	Weizen, Krs. Waldshut
13.10.42	Ichenheim

vorgehalten werden, so kann ich lediglich dazu noch angeben, daß mir die Ortschaft Mimmenhausen dem Namen nach in Erinnerung geblieben ist. Ob diese Erinnerung noch im Zusammenhang mit einer Exekution steht, kann ich heute nicht mehr angeben. Wenn mir gesagt wird, daß ich bei mehr als 20 Exekutionen auf Grund von Reisekostenrechnungen als Teilnehmer festgestellt wurde, so kann dies durchaus möglich sein. Ich selbst hätte jedoch nicht angenommen, daß die Zahl so hoch ist. Die häufige Teilnahme an der Hinrichtung von polnischen Zivilarbeitern rief bei mir eine sehr starke seelische Belastung hervor. Ich war innerlich mit diesen Maßnahmen nicht einverstanden und konnte nicht verstehen, daß ein Mensch wegen eines solchen "Deliktes" sein Leben verlor. Aus diesem Grunde entschloß ich mich, soweit ich mich erinnern kann, Ende des Jahres 1941, meine Entlassung zu erbitten. Dem wurde jedoch nicht stattgegeben. In meiner seelischen Bedrängnis wandte ich mich im Frühjahr 1942 an den damaligen Reg.Rat S c h i c k mit der Bitte, mich in Konstanz abzulösen und mich anderweitig zu verwenden. Ich wurde im Jahre 1942 -den Zeitpunkt kann ich heute nicht mehr angeben- durch Herrn Regt.-Rat S c h i c k nach Karlsruhe berufen und kam dort zunächst bei der Stapoleitstelle in das Referat für Russeneinsatz im Reichsgebiet. Meine Aufgabe bestand darin, Verbindung aufzunehmen mit verschiedenen Firmen, daß die russischen Arbeitskräfte den Vorschriften entsprechend eingesetzt und untergebracht würden. Diese Tätigkeit dauerte jedoch nur kurze Zeit, da Dr. S c h i c k recht bald meine Versetzung zum Begleitkommando Terboven nach Norwegen in die Wege geleitet hatte.

Mein Aufenthalt in Norwegen war auch nur kurz. Ich hatte verschiedene Mißstände in der Lebenshaltung des Reichskommissars

festgestellt und dagegen opponiert. Deswegen wurde ich mit Schimpf und Schande nach Karlsruhe zurückversetzt. Hier verfaßte ich einen Bericht an den Reichsführer SS, in dem ich die Zustände beim Reichskommissariat in Oslo so schilderte, wie sich meiner Sicht ergeben hatten. Zu diesem Bericht wurde ich auf Anordnung des Reichsführers SS in Karlsruhe noch einmal vernommen, doch hörte ich nichts über einen Erfolg der Sache.

In Karlsruhe gab mich Dr. S c h i c k zu Krim.-Kommissar K r a u t in das Referat N. Von diesem Moment an war ich nur noch im sogenannten "Gegner-Nachrichtendienst" tätig und wurde nie mehr zu Exekutionen herangezogen.

Die Verbindungen, die ich im Verlauf meiner Tätigkeit beim Referat N mit Betrieben, Ausländerlagern einerseits und mit den ausländischen Arbeitskräften andererseits bekam, konnte ich in sehr viel Fällen zugunsten der häufig schlecht untergebrachten, schlecht behandelten Ausländer nutzbar machen. In meinem Entnazifizierungsverfahren wurde aktenkundig gemacht, daß ich in Karlsruhe gegen den Willen und die Überzeugung des Leiters der Stapoleitstelle in Karlsruhe G m e i - n e r und gegen die Absicht der DAF den Oberlagerleiter H o f f - m a n n ablöste, weil er ausländische Arbeitskräfte mißhandelt hat. Ich riskierte damals allerlei.

Faber
Nach meiner Erinnerung gab es damals keinen Beamten oder Kameraden, der die Exekutionen von Polen für richtig hielt. Ich weiß es auch sehr genau von Herrn Dr. F a b e r und Herrn Dr. S c h i c k, daß sie nur ungern daran teilnahmen. Während Dr. F a b e r das nur durchblicken ließ, drückte sich Dr. S c h i c k, mit dem ich ein persönlich prächtiges Verhältnis hatte, ganz klar dagegen aus. Hieraus erklärt sich auch sein Verständnis für meine Bitte um Entbindung von der mir unangenehmen Dolmetschertätigkeit.

Inwieweit den zuletzt genannten Beamten möglich gewesen ist, durch Vorschläge bei der Weiterleitung von Akten oder durch Intervention, nachdem Exekutionen bereits angeordnet waren, eine Vergünstigung oder Vermeidung der Todesstrafe zu erreichen, kann ich nicht sagen. Da jedoch beide offensichtlich dagegen gewesen sind, möchte ich annehmen, daß beide taten, was sie konnten. Wenn ich gefragt werde, ob Dr. S c h i c k und Dr. F a b e r auf Grund der ihnen eigenen Stellung hätten erkennen müssen, daß der Befehl des Reichsführers SS ungesetzlich ist und die Erhängung eines Polen aus diesen Gründen ein Mord ist, so kann ich hierzu keine Angaben machen, weil mir

ein Urteilsvermögen hierzu fehlt. Ich möchte hierzu auch keine Stellung nehmen.

Wenn ich nochmals befragt werde, ob bei der Exekution eine polnischen Zivilarbeiters jeweils andere polnische Staatsangehörige freiwillig als Exekutionsshelfer tätig wurden, so kann ich mit ruhigem Gewissen darauf antworten, daß dies in der Mehrzahl der Fälle so gewesen ist. Ich erinnere mich jedoch auch an einen Fall, bei dem keine Polen, ~~xx~~ sondern ein Deutscher die Exekution durchgeführt hat. Es war jedoch kein Angehöriger der Sicherheitspolizei, ich weiß aber heute nicht mehr und habe es damals auch nicht gewußt, woher dieser Exekutionsshelfer kam und wie er hieß.

Ich werde noch aufgefordert anzugeben, ob ich mit früheren Angehörigen der Stapoleitstelle Karlsruhe und des GPK. Konstanz heute noch in Verbindung stehe. Von Angehörigen des GPK. Konstanz habe ich bis heute nie gehört und stehe auch mit niemand in Verbindung.

Von früheren Angehörigen der Stapoleitstelle Karlsruhe stehe ich mit folgenden Personen seit Kriegsende in loser Verbindung:

Hermann K r a u t,	wohnhaft Weinheim
Eugen K n e i s	" Untergrombach
Eugen W e i d i n g e r	" Karlsruhe
Dorle H a u s c h	" Karlsruhe
Gisela R a s t e t t e r	" Karlsruhe
Erika F r i c k	" Karlsruhe
Rosel J ü n g l i n g	" Karlsruhe.

Die Verbindung zu diesen Personen erstreckt sich auf einen Gruß, den wir stets Weihnachten und zum Neuen Jahr wechseln. Von diesen aufgeführten Personen ist an mich keine mit dem Hinweis herangetreten, daß gegen frühere Angehörige des GPK. Konstanz oder der Stapoleitstelle Karlsruhe möglicherweise ein Verfahren anhängig gemacht wird.

Die Namen der früheren Angehörigen der Stapoleitstelle Karlsruhe wurden mir soeben vorgehalten. Von all diesen Namen sind mir lediglich noch folgender in Erinnerung:

A l b r e c h t	Rudolf	gehörte zum GPK. Konstanz
B o s c h e r t		war bei Stapoleitst. Karlsruhe
D e l l		war beim GPK. Konstanz
F e t z n e r		" bei Stapoleitst. Karlsruhe
F i n k		" beim GPK. Konstanz
G a u l		" " " " , später bei Stapoleitst. Karlsruhe, Ref. N

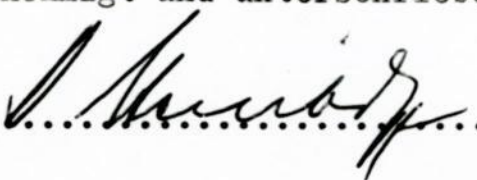
Gerhäuser
 Gerst
 Gindel
 Grethe
 Herberg, Walter
 Kalmbach
 Lehmann, Werner
 Mäder
 Metz, Eugen
 Müller, Wilhelm
 Nagel, Friedrich
 Preiß, Otto
 Schlagmüller
 Thumm
 Truckenbrod

GPK. Konstanz, Grenzdienst
 KK-Anw. in Karlsruhe
 Pol.-Rat (V) Stapo Karlsruhe
 KO-Ass. GPK. Konstanz, Innendienst
 Abt.-Leiter bei Stapoleitst. Karlsruhe
 GPK. Konstanz
 " " , später im Innendienst
 Stapoleitst. Karlsruhe, Ref. N
 dto.
 dto.
 dto.
 Stapoleitst. Karlsruhe
 dto.
 GPK. Konstanz
 dto. und Vertreter von Hinz

Nähere Einzelheiten über die Tätigkeit dieser Personen anzugeben ist mir heute nach so viel Jahren nicht mehr möglich.

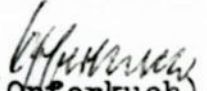
Sonst kann ich zur Sache keine weiteren Angaben machen. Meine vorstehende Vernehmung entspricht in allen Punkten der Wahrheit. Ich habe meine Angaben freiwillig, ohne Zwang oder Versprechen gemacht. Ich konnte meiner Vernehmung in allen Punkten folgen. Soweit ich meine Angaben nicht selbst diktiert habe, wurden sie richtig formuliert. Nach Durchlesen bestätige ich die Richtigkeit der Vernehmungsniederschrift durch meine Unterschrift."

genehmigt und unterschrieben:

..........

Geschlossen:


 (Schaible)
 Kriminaloberkommissar


 (Opferkuch)
 Kriminalobermeister

- 5 -

- ✓ 1.) Emil H a a s ,
geb. 2.7.1891 in Ebenscheid,
wohnhaft Karlsruhe, Cäcilienstr.
- Stapochef in Baden-Baden -,
- ✓ 2.) Willi H a h n ,
geb. 2.3.1903 in Wald,
wohnhaft Wald Krs.Sigmaringen, Haus Nr.21
- Stapochef in Lörrach -
- ✓ 3.) Emil H i n z ,
geb. 2.11.1897 in Bromberg,
wohnhaft Münster/Westfalen,
Stettinerstr. 24
- Stapochef in Konstanz -
- ✓ 4.) Hermann K r a u t ,
geb. 31.3.1906 in Weinheim/Bergstrasse,
wohnhaft daselbst, Schloßberg 18
-war Kriminalkommissar bei Leitstelle
Karlsruhe-.
- ✓ 5.) Hermann R ö s s n e r ,
geb. 2.4.1903 in Kronach,
wohnhaft Hamburg - 19,
Tornquichtsstr. 77,
-war Kriminalrat bei Stapoleitstelle
Karlsruhe-
- ✓ 6.) Emil T r u c k e n b r o d ,
geb. 17.12.1891 in Liptingen,
wohnhaft Kandern/Mühlheim, Waldeckstr. 6
- Stapoleiter in Villingen - .

Zu den nachstehend genannten Exekutionen wurden, entsprechend dem Erlass des Herrn Untersuchungsrichters, Zeugen vernommen, deren Vernehmungsniederschriften dem jeweiligen Aktenvorgang beigelegt sind:

- 1.) Josef M a k u c h ,
geb. 10.4.1902 in Letownia/Polen.

M a k u c h wurde am 4.8.1942 in Helmsheim exekutiert. Die Sterbeurkunde ist auf Seite 7 der Akten der StA Karlsruhe - 9 Js 390/59 - beigelegt.

M a k u c h wurde exekutiert, weil er mit der auf Seite 9 der genannten Akte, Hilda E i B l e r, ein geschlechtsvertrauliches Verhältnis hatte.

Aus dem Bericht der Kriminalpolizei Bruchsal vom 8.1.1959 Seite 48 R. geht hervor, dass der Bruder der Hilda E i B l e r, der seinerzeit Ratschreiber war, seine Schwester angezeigt hat. E i B l e r ist mittlerweile verstorben.

Die Akten der StA Karlsruhe bitten wir nach Auswertung direkt an diese zurückzugeben.

As 393

2.) Wladislaus R e b e t o w s k i ,
geb. 24.1.1924 in Jvokwa/Polen.

R e b e t o w s k i wurde am 5.6.1942 in Tennenbronn exekutiert. Die Sterbeurkunde ist beigelegt.

Die Exekution erfolgte, weil R. mit der Zeugin Agnes K u n z - deren Vernehmung beigelegt ist - ein geschlechtsvertrauliches Verhältnis hatte.

Der in diesem Verfahren genannte Zeuge Emil S c h ä f e r gab in seiner Vernehmung an, dass ihm der verstorbene Gestapo-Beamte W e r n e r ein Schreiben von Himmler gezeigt habe, wonach der Pole R e b e t o w s k i hinzurichten sei. Durch diese Aussage ist wiederum in einem Fall bewiesen, dass die Exekutionen von Himmler angeordnet wurden.

Im vorliegenden Fall wurde nicht bekannt, wer die Anzeige bei der Gestapo erstattet hat.

Über die, im Schreiben der Kriminalpolizei Villingen vom 1.3.1961 genannte Exekution L e w i c k i, liegen bereits Akten bei der dortigen Dienststelle vor, da dieser Fall, der unter Ziffer 12 der Aufstellung über die erfolgten Exekutionen im Bereich der Stapoleitstelle Karlsruhe, rot durchgestrichen ist.

As 411

3.) Wladislaw W i e l g o ,
geb. 22.6.1915 in Borucza/Polen.

W i e l g o wurde am 26.8.1941 in Grenzach exekutiert. Abschrift aus dem Sterbe-Register ist beigelegt.

W i e l g o hatte zu der jetzt in Basel wohnhaften und von der Staatsanwaltschaft in Basel vernommenen Berta L i e s e n f e l d ein geschlechtsvertrauliches Verhältnis. Die Vernehmung des Zeugen

Hermann H ü g e l schildert eingehend wie es zu der Festnahme des Polen W i e l g o kam. Demnach soll der Zollsekretär, der gleichzeitig SS-Untersturmführer gewesen ist,

Karl R i n k e l ,
geb. 20.2.1900 in Lahr/Baden,

eigenmächtig die Festnahme durchgeführt haben.

R i n k e l ist auch in der SS-Rangliste vermerkt.

Somit steht einwandfrei fest, dass für die Exekution W i e l g o nur der genannte R i n k e l verantwortlich ist. Er wurde auch dieserhalb vom Militärgericht Freiburg zu 6 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, die er auch verbüßt haben soll.

R i n k e l soll sich gegenwärtig im Raum Lahr aufhalten und dort wieder im Dienst der Zollverwaltung stehen.

Wir stellen es in das Ermessen des Gerichts, ob R i n k e l ermittelt und vernommen werden soll.

Bei dem Polen, der mit der von der Zeugin L i e s e n f e l d genannten, inzwischen verstorbenen Marie W i e s l e r , Verkehr hatte und exekutiert wurde, handelt es sich um den Fall Waclaw Z e n s y k i e c i . Über diesen Fall liegen bereits bei der dortigen Dienststelle Akten vor.

Bei der, auf der letzten Seite des Berichtes der Kriminalpolizei Lörrach vom 7.3.61 erwähnten Exekution in Bollschweil, handelt es sich um die Exekution des Polen K o l e t z k i . Die Akten über diesen Fall sind gesondert im heutigen Ermittlungsbericht beigelegt.

As 439

4.) Stanislaus D a m a z i a k ,
geb. 26.4.1911 in Grodzisk/Polen.

D a m a z i a k wurde am 8.5.1941 in Karlsruhe-Durlach exekutiert. Die Sterbeurkunde ist beigelegt.

Ausserdem sind die noch vorhandenen Unterlagen der Personenaktensammlung der Kriminalhauptstelle Karlsruhe, sowie Akten des Generalarchivs Karlsruhe, die im vorliegenden Fall eine Rolle spielen, beigelegt.

./.

Genannte Akten bitten wir nach Auswertung den entsprechenden Behörden direkt zu übersenden.

Da in diesem Verfahren das Sondergericht in Mannheim genannt wurde, wurde bei der Kriminalpolizei Mannheim nach evtl. noch vorhandenen Unterlagen des Sondergerichts angefragt. Anfrage verlief jedoch negativ.

Aus der beigelegten Vernehmung der Theresia H a n t s c h e r , geb. Kiefer, vom 20.3.61, geht hervor, dass der Pole nachts in das Zimmer der Zeugin eindrang und mit ihr geschlechtlich verkehren wollte, was daraus zu entnehmen ist, dass er sie anfasste und küsste.

Aus Angst, dass der Pole noch öfter in ihr Zimmer eindringen wird, erzählte die Zeugin den Vorfall ihrem Vater, der die Sache zur Anzeige brachte. Der Vater ist jedoch 1956 verstorben, so dass er nicht mehr vernommen werden konnte. In diesem Falle dürfte es sich einwandfrei um den Fall einer versuchten Notzucht handeln.

15 463

6.) Theodor B o r o w s k i ,
geb. 8.11.1911 in Argenau/Polen.

B o r o w s k i wurde am 13.2.1942 in Hohenbodmann exekutiert. Die Sterbeurkunde ist beigelegt.

B o r o w s k i hatte mit der 1942 im KZ-Auschwitz verstorbenen Monika R i n d e r l e ein geschlechtsvertrauliches Verhältnis.

Von diesem Verhältnis bekam die Gestapo vermutlich von der Gendarmerie Owingen Kenntnis, weil sich der 1957 verstorbene Landwirt R a u c h wegen der Arbeitsleistung des Polen B o r o w s k i beklagte. Sehr wahrscheinlich hat bei dieser Gelegenheit R a u c h auch Andeutungen von dem Verhältnis des Polen zu der Magd R i n d e r l e gemacht.

Bei diesen Feststellungen wurde auch bekannt, dass der unter Ziffer 14 der Aufstellung über exekutierte Polen im Gestapo-Bereich Karlsruhe aufgeführte M a l c z y n i s k nicht in Wimmenhausen exekutiert wurde, und dass es sich dabei um eine Verwechslung mit dem unter Ziffer 36 dieser angefertigten Liste aufgeführten H a l c z y n s k i handelt.

Da die Ziffer 36 rot angestrichen ist, dürften die Akten über diesen Vorgang bereits bei der dortigen Dienststelle vorliegen.

As 471

- 7.) Stanislaus P i a s k o w s k i ,
geb. 14.11.1916 in Boleslaw/Polen.

P i a s k o w s k i , wurde am 9.3.1942 in Hardheim exekutiert. Die Sterbeurkunde ist beigelegt.

P i a s k o w s k i hatte Beziehungen zu der Tochter seines Arbeitgebers, namens Erna H e i d e n , geb. Appel. Frau H e i d e n war nicht bereit, Angaben über ihre Beziehungen zu dem Polen zu machen. Sie erwähnte jedoch gegenüber dem vernehmenden Polizeibeamten, dass der als Zeuge vernommene Andreas E i s e n h a u e r die Anzeige bei der Gestapo erstattet habe. E i s e n h a u e r bestritt jedoch, dies getan zu haben.

Da feststeht, dass P. nur wegen diesen geschlechtsvertraulichen Beziehungen erhängt wurde, dürften sich weitere Vernehmungen erübrigen, da in diesen Fällen, wie bekannt ist, der Exekutions-Befehl von Himmler kam.

Die Gestapobeamten der Gestapoleitstelle Karlsruhe, die auch in diesem Fall die Exekution durchführten, erhielten auch dazu den Auftrag ihrer Dienststelle.

Bei dem von der Zeugin K ä f l i n genannten Major der Gestapo, handelte es sich um Dr. F a b e r .

- 8.) Johann K r o l l ,
geb. 22.5.1899 in Jelnia/Polen.

K r o l l wurde am 19.5.1942 in Bötzingen exekutiert. Die Sterbeurkunde ist beigelegt.

K r o l l hatte mit der als Zeugin vernommenen Anna A m b s ein geschlechtsvertrauliches Verhältnis. Nach ihren Angaben dürfte der seinerzeitige Ortsgruppenleiter von Bötzingen L a C o s t e , der im Krieg gefallen ist, die Anzeige erstattet haben.

- 9.) Franz K o l e t z k i ,
geb. 2.2.1906 in Romen/Polen.

K o l e t z k i wurde am 17.3.1942 in Bollschweil exekutiert. Die Sterbeurkunde ist beigelegt.

K o l e t z k i soll nach Angaben der Zeugin Else S c h i e m e r t , geb. Guth, diese vergewaltigt haben. Der in dieser Sache vernommene Zeuge Franz S c h w e i z e r nimmt an, dass der inzwischen verstorbene Ortsgruppenleiter von Bollschweil, namens Bernhard S c h n e i d e r , die Anzeige bei der Gestapo erstattet hat.

- 10.) Johann G u m u l k a ,
geb. 8.2.1909 in Wierzbice/Polen.

G u m u l k a wurde am 12.2.1942 in Gundelfingen
exekutiert. Die Sterbeurkunde ist beigelegt.

G u m u l k a arbeitete als Schuhmacher bei der
als Zeuge vernommenen Luise L e i m s t o l l .
Nach Angaben dieser Zeugin habe G. fortwährend
versucht, die Zeugin L e i m s t o l l mit
Gewalt zu notzüchtigen. Dieser Zustand wurde
so unerträglich, dass sie darüber zuerst dem
Bürgermeister M ü l l e r und dann dem Arbeits-
amt Freiburg, an das sie von dem Bürgermeister
Müller verwiesen wurde, Kenntnis gab. Kurz nach
dieser Mitteilung beim Arbeitsamt Freiburg wurde
der Pole festgenommen. Es ist daher nicht bekannt,
wer die Gestapo von diesem Vorfall unterrichtet
hat. Die Zeugin L e i m s t o l l war wegen
dieser Sache 1946 3 Monate in französischer Haft.
Sie wurde jedoch vom franz. Gericht in Freiburg
freigesprochen.

Die entsprechende Bescheinigung in Fotokopie ist
beigelegt.

- 11.) Ludwig S z y m a n s k i ,
geb. 25.8.1917 in Litzmannstadt/Polen.

S z y m a n s k i wurde am 8.10.1942 in Watter-
dingen exekutiert. Die Sterbeurkunde ist beigelegt.

S z y m a n s k i hat mehrfach versucht, die
Zeugin Hermine M a i e r , deren Vernehmung bei-
gelegt ist, zu notzüchtigen. Nach dem diese laufen-
den Belästigungen von seiten des Polen nicht nach-
gelassen haben, hat der Vater der Zeugin, August
P r e t e r , die Angelegenheit auf dem Rathaus
in Watterdingen gemeldet. Daraufhin wurde der
Pole sofort festgenommen.

P r e t e r ist 1948 verstorben.

- 12.) Josef P o n c z e k ,
geb. 18.7.1920 in Mogile/Polen.

P o n c z e k wurde am 24.4.1941 in Hüfingen
exekutiert. Sterbeurkunde (beglaubigte Abschrift)
ist beigelegt.

./.

Der Grund dieser Exekution konnte nicht einwandfrei geklärt werden. Einerseits ergaben die Ermittlungen, dass der Pole einem deutschen Vorarbeiter eine Schaufel auf den Kopf geschlagen haben soll, während andererseits festgestellt wurde, dass der Pole mit einem deutschen Mädchen Geschlechtsverkehr ^{gehabt} haben soll.

Nach den bisherigen Erfahrungen dürfte wohl letzteres zutreffen. Durch wen die Anzeige erstattet wurde, war nicht mehr feststellbar.

13.) Wladyslaw S k r z y p a c z ,
geb. 18.10.13 in Krawze/Polen.

S k r z y p a c z wurde am 22.4.41 in Oberschefflenz exekutiert. Die Sterbeurkunde ist beigelegt. Ebenfalls ist eine Fotokopie aus dem Gefangenenbuch in Mosbach und eine Aufstellung der in dieser Sache entstandenen Kosten der Kriminalpolizei Mosbach angeheftet.

Nach Aussagen der Zeugin Marie S c h e l l versuchte der Pole mit Gewalt sie geschlechtlich zu missbrauchen. Allerdings habe sie das nicht zur Anzeige gebracht, sondern habe nur mit ihrem Mann darüber gesprochen. Etwa 2 Tage nach diesem Vorfall soll der Pole Wäsche gestohlen haben, weshalb er inhaftiert wurde. Vermutlich kam in diesem Zusammenhang auch die Sache mit dem Notzuchsversuch heraus. Sehr wahrscheinlich hat der Ehemann der Geschädigten, der mittlerweile verstorben ist, die Angelegenheit erzählt.

14.) Stefan K o z l o w s k i ,
geb. 25.5.1921 in Melanek.

K o z l o w s k i wurde am 15.1.1942 in Hinterzarten exekutiert. Die Sterbeurkunde ist beigelegt. Ebenfalls sind verschiedene Unterlagen über die Behandlung von Polen beigelegt. Bei diesen Unterlagen befindet sich auch ein Schreiben des Landratsamtes von Neustadt vom 6.1.1942 an den Bürgermeister in Hinterzarten, in welchem er dem Bürgermeister von der bevorstehenden Exekution des Polen Kenntnis gibt. Zu erwähnen wäre fernerhin das beigelegte Schreiben des Landrats von Neustadt vom 5.12.1941. Aus Ziffer 7 dieses Schreibens geht hervor, dass der Landrat an die früher schon ergangenen Vorschriften über die Behandlung von Zivilarbeitern erinnert. Dabei ist unter der bereits angegebenen Ziffer 7 besonders erwähnt, dass der Geschlechtsverkehr mit Frauen und Mädchen streng verboten ist und dass solcher, wo er festgestellt wird, anzeigepflichtig ist.

K o z l o w s k i , der bei dem Landwirt Adolf S c h e l b tätig war, hatte mit der ebenfalls bei Schelb arbeitenden Magd Hildegard B ä u e r l e , sowie mit der Nachbarin Amanda F r ä B l e , ein geschlechtsvertrauliches Verhältnis.

Die Anzeige darüber erfolgte von Josef S t e u e r n - t h a l e r . Steuerntaler bekam von diesem Verhältnis durch seine Schwiegermutter Berta S c h e l b Kenntnis. Davon unterrichtete er gelegentlich auf der Strasse den Bürgermeister Albert F e s e r .

Der Pole wurde dann von dem Polizeibeamten K e l l e r ertappt, als er in der Wohnung der Amanda F r ä B l e diese und die Hildegard B ä u e r l e in den Armen hatte.

Aus der Vernehmung der Hilda W e b e r , geb. Bäuerle, vom 16.3.61 geht hervor, dass ihr der Amtsgehilfe des Rathauses Hinterzarten, Paul B i r k e n b e r g e r , der mit dem Gendarm K e l l e r die Festnahme durchführte, im Rathaus mit einer Schere die Haare abgeschnitten hat. Birkenberger tat dies aus eigenem Antrieb, ohne dazu von der Polizei aufgefordert worden zu sein.

Frau W e b e r gibt weiter an, dass Birkenberger den festgenommenen Polen auf dem Wege zum Rathaus heftig schlug und nebenbei sowohl dem Polen als auch ihr drohte, sie am nächsten Baum aufzuhängen. Daraus kann geschlossen werden, dass mehr oder weniger B i r k e n b e r g e r die Triebfeder gewesen ist.

Aus dem Bericht der Kriminalhauptstelle Freiburg vom 16.3.61 geht hervor, dass der obengenannte B i r k e n b e r g e r seine Angaben vor der Polizei verweigerte.

Falls von seiten des Gerichts die Vernehmung des B i r k e n b e r g e r für erforderlich gehalten wird, wäre es zweckmässig, diesen gleich durch den Richter vernehmen zu lassen, weil er vermutlich auch den Beamten der Sonderkommission keine Angaben machen würde.

15.) Jean M r o e z e k ,
geb. 6.11.1912 in Budzanow/Polen.

M r o e z e k wurde am 17.7.1942 in Freiamt
exekutiert. Die Sterbeurkunde ist beigelegt.

Den Akten ist fernerhin eine Abschrift des
Schreibens der Gestapo Freiburg an das Bürger-
meisteramt Freiamt, sowie eine Abschrift einer
Aktennotiz aus den Handakten zum Sterberegister
beigelegt. Letztere hat der verstorbene Rat-
schreiber R e i m b o l d , aufgrund eines
Telefonanrufes der Gestapo Freiburg, gefertigt.

M r o e z e k hatte mit einer Frau G r a m z a
aus Mannheim, die zu jener Zeit in Freiamt evakuiert
war, ein geschlechtsvertrauliches Verhältnis.
Dieses blieb nicht ohne Folgen und Frau Gramza hatte
zu jener Zeit einen Abgang, so dass sie in das
Krankenhaus Emmendingen eingeliefert werden musste.
Am Tag darauf erfolgte die Festnahme des Polen.
Wer der Gestapo davon Mitteilung gemacht hat,
konnte nicht festgestellt werden, zumal es schon
nach Aussagen des ehem. Bürgermeisters Otto
G i e s i m ortsbekannt war.
Frau G r a m z a wohnt nicht mehr in Freiamt
und konnte deshalb nicht gehört werden.
Eine Aufenthaltsermittlung wurde nicht veran-
lasst, weil auch die Angaben von Frau G. für
den Sachverhalt nicht von besonderer Bedeutung
sein dürften.

16.) Peter R a k ,
geb. 9.6.1905 in Morzicz/Polen.

R a k wurde am 4.2.1942 in Kreenheimstetten
exekutiert. Die Sterbeurkunde ist beigelegt.

Ausserdem ist noch eine Kostenrechnung der
Kriminalpolizei Sigmaringen angeheftet.

R a k hatte ein Verhältnis zu der als Zeugin
vernommenen Elisabeth T e u f e l , geb. Braun,
die ausserdem auch noch ein Verhältnis zu einem
Polen namens S t e n z e l hatte.

Von dem Polen S t e n z e l , der ebenfalls fest-
genommen worden sein soll, ist bisher noch nichts
bekannt geworden. Frau T e u f e l gab bei ihrer

STERBEURKUNDE

(Standesamt Tennenbronn _____ Nr. 16/1942 _)

Der polnische Zivilarbeiter Wladislaus R e b e -
t o w s k i , katholisch _____

wohnhaft in Tennenbronn, Josenbauernhof _____

ist am 5. Juni 1942 _____ um 8 Uhr 15 Minuten

in Tennenbronn _____

verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 24. Januar 1924 _____

in Ivkowa bei Krakau (Polen) _____

Der Verstorbene war _____



(Siegel)

Tennenbronn _____, den 21. Febr. 1961 _____

Der Standesbeamte
I.V.

Stäiger
(Staiger)

Gebührenfrei!

Nr.12

Grenzach, den 26. August 1941

Der polnische Landarbeiter Wladislaw Wielgo, ledig, katholisch,
wohnhaft in Grenzach, Rheinstraße, -----
ist am 26. August 1941 um 8 Uhr 14 Minuten in Grenzach-----
verstorben. -----

Der Verstorbene war geboren am 22. Juni 1915 in Borucza bei
Warschau -----

Standesamt -----Nr. -----

Vater: Jan Wielgo, Landwirt, wohnhaft in Borucza bei Warschau

Mutter: Felicia Wielgo, geborene Föres, zuletzt wohnhaft in
Borucza bei Warschau -----

Der Verstorbene war nicht verheiratet. -----

Eingetragen auf mündliche Anzeige des Kriminalsekretärs Johann
Mai in Lörrach -----

Der Anzeigende ist dem Standesbeamten bekannt. Er erklärte,--
aus eigener Wissenschaft vom Sterbfall unterrichtet zu sein.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Johann Mai

Der Standesbeamte:

I.V. Philipp

Todesursache: Gehängt, weil der Hure Liesenfeld geschlechtlich
verkehrte.

Die Übereinstimmung vorstehender Abschrift mit dem Eintrag
im Sterberegister des Standesamts Grenzach wird hiermit beur-
kundet. Es wird noch bemerkt, dass der Eintrag der Todesursache
als Bleistiftvermerk eingetragen ist.

Grenzach, den 28. Februar 1961.



Der Standesbeamte:
In Vertretung :

Lung

Karlsruhe-Durlach, den 8. Mai 1941

Der polnische Zivilgefangene Stanislaus Damaziak,
Schreiner, katholisch _____,
wohnhaft in Karlsruhe-Durlach, Eisenhafengrund 2 _____,
ist am 8. Mai 1941 _____ um 8 _____ Uhr 05 _____ Minuten
in Karlsruhe-Durlach im Rittnertwald _____ verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 26. April 1911 _____
in Grodzisk, Polen _____

(Standesamt _____ Nr. _____)

Vater: Josef Damaziak, zuletzt wohnhaft in Grodzisk, _____
Polen _____

Mutter: Paulina Damaziak, geborene Jasinska, wohnhaft in
Grodzisk, Polen _____

Der Verstorbene war — nicht — verheiratet. _____

Eingetragen auf mündliche — ~~schriftliche~~ — Anzeige des Kriminaloberse-
kretärs Friedrich Nagel, Karlsruhe, Kaiserallee 50 _____

Der Anzeigende ist dem Standesbeamten bekannt, er erklärte,
daß er beim Sterbefall zugegen gewesen sei. _____

Vorgelesen, genehmigt und _____ unterschrieben

Friedrich Nagel _____

Der Standesbeamte

Blum _____

Todesursache: _____

Eheschließung der Verstorbenen am _____ in _____

(Standesamt _____ Nr. _____).

Die Abereinftimmung der umseitigen Abfchrift mit den Eintragungen im Sterbebuch wird
hiermit beglaubigt.

_____ Karlsruhe _____, den 21. Februar 19 61 _____



Der Standesbeamte

Maurer

Beglaubigte Abschrift aus dem Sterbebuch

67

Cx 469

des Standesamts Hohenbodman

Nr. 2

Hohenbodman, den 13. Februar 1942

Der Polnische Zivilarbeiter Theodor Borowski

-----, katholisch

wohnhaft in Konstanz -----

ist am 13. Februar 1942 ----- um 9 Uhr 10 Minuten

in Hohenbodman -----

verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 8. November 1911 -----

in Argenau Kreis Hohensalza polnischer Staatsangehöriger

Der Verstorbene war nicht verheiratet -----

Eingetragen auf mündliche - schriftliche - Anzeige der Geheimen

Staatspolizei Karlsruhe - Greko Konstanz -----

persönlich bekannt - ausgewiesen durch -----

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

~~Herrmann~~

Der Standesbeamte

Herrmann

Die Übereinstimmung der Abschrift mit dem Eintrag im Sterbebuch wird hiermit beglaubigt.



Hohenbodman, den 19. Februar 1941

Der Standesbeamte

Geiya

LP-Kreiskommissariat Buchen
Landespolizei-Posten Buchen
Tgb.Nr. 429 / 61

Buchen, den 28. Februar 1961

I. E. S.
gegen Dr. Heinrich, Rudolf Maria
F a b e r, geb. am 25.4.1906 in
Bernkastel, wohnhaft in Oelde,
Warndorferstr. 22, wegen Beihilfe
zum Totschlag.

Auf mündliche Anweisung des LP-Kreiskommissariats Buchen wurden beim Landgericht in Mosbach Ermittlungen in der Todessache des Stanislaus Piaskowski durchgeführt. Beim Landgericht Mosbach sind im Fall P. keine Aktenvorgänge vorhanden.

Wie aus dem Gefangenenbuch 41/42 und 42/43 des Landgerichtsgefängnisses Mosbach unter der Lfd.Nr. 80 hervorgeht, wurde am 12.8.1941, um 21.30 Uhr, der polnische Zivilarbeiter Piaskowski Stanislaus, geb. am 14.11.1916 in Boleslaw bei Olkusz, durch die Gestapo zur Schutzhaft dort eingeliefert. Am 7.1.1942, um 14,30 Uhr, wurde P. in das Konzentrationslager Dachau überführt.

Aus einem mit Rotstift im Gefangenenbuch eingetragenen Aktenvermerk ist zu ersehen, daß der Fall P. der JRO gemeldet wurde. Mehr war in der Sache Piaskowski in Mosbach nicht zu ermitteln.

Glaus,

Pol.Obermeister

An das
Landespolizei-Kreiskommissariat
B u c h e n

525

G

STERBEURKUNDE

(Standesamt - - - - Bötzingen - - - - - Nr. 16/42)

Der polnische Landarbeiter Johann K r ó l

- - - - - - - - - - -römisch-katholisch -

wohnhaft in Bötzingen - - - - -

ist am - - 19. Mai 1942 - - - - - um 8. Uhr 10 Minuten

in - - - - - Bötzingen - - - - -

verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 22. Mai 1899 - - - - -

in Jelnia Verwaltungsbezirk Kozenice - - - - -

Der Verstorbene war nicht verheiratet - - - - -



Bötzingen, den 21. Februar 1961

Der Standesbeamte

Himmelm

Gebührenfrei !

527

G

STERBEURKUNDE

(Standesamt Bollschweil - - - - - Nr. 3/1942)

Franz Koletzki - - - - -

katholisch - - - - -

wohnhaft in Bollschweil - - - - -

ist am 17. März 1942 - - - - - um 9 Uhr 10 Minuten

in Bollschweil - - - - -

verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 2. Februar 1906 - - - -

in Romen - - - - -

Der Verstorbene war verheiratet mit Maria geborene -

Klinitzki - - - - -

Bollschweil , den 21. Februar 1961

Der Standesbeamte



[Handwritten signature]

83

70

529

G

STERBEURKUNDE

(Standesamt Gundelfingen, Ldkrs. Freiburg Nr. 2/1942)

Johann G u m u l k a, katholisch - - - - -

wohnhaft in Gundelfingen - - - - -

ist am 12. Februar 1942 - - - - - um 9 Uhr 10 Minuten

in Gundelfingen - - - - -

verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 8. Februar 1909 - - - - -

in Wierzbice / Polen - - - - -

Der Verstorbene war verheiratet mit Anna Gumulka ge-

borene Palka. - - - - -

Gundelfingen , den 23. Februar 1961



Der Standesbeamte

Limmy

Gebührenfrei
Nur zum amtlichen Gebrauch
Nur für Renten- und Wochenscheine
AGK-Verordnungsamt

84

Bestell-Nr. CM 251. Auch zum Vervielfältigen mit CM 1, 2, 3, 4 und 5.
Sterbeurkunde.
Verlag für Behördenbedarf, Baden-Baden.
Vertriebsstelle des Verlags für Standesamtswesen. — 10 — KStA / Tasche 63

CM 251

71

Sterbeurkunde

(Standesamt Watterdingen ----- Nr. 4 -----)

Der polnische, ledige Zivilarbeiter Ludwig Szymanski--katholisch-----

wohnhaft in Watterdingen -----

ist am 8. Oktober 1942 ----- um 8 Uhr ----- Minuten

in Watterdingen -----

verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 25. August 1917 -----

in Litzmannstadt /Generalgouvernement -----

Der Verstorbene war nicht verheiratet-----

Eingetragen auf schriftliche Anzeige der Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Karlsruhe vom 8. Oktober 1942 Grenz-
polizeikommissariat Singen a.H.

Watterdingen ---, den 27. Februar 1961----



Der Standesbeamte

In Vertretung :

[Handwritten signature]

75 554

- Geheime Staatspolizei -
Staatspolizeistelle Karlsruhe
Grenzpolizeikommissariat Singen

Singen a.H., den 8. Oktober 1942.

B.Nr.442/42.

An das
Bürgermeisteramt -Standesamt-
in W a t t e r d i n g e n .

Betrifft: Sterbefall des polnischen Zivilarbeiters Ludwig
S z y m a n s k i , ledig, geb.am 25.8.1917 in
Litzmannstadt/Generalgouvernement, zuletzt wohn-
haft gewesen in Watterdingen.

Vorgang: Dort bekannt.

Anlagen: Ohne.

Der polnische, ledige Zivilarbeiter Ludwig
S z y m a n s k i , geb.am 25.8.1917 in Litzmannstadt/General-
gouvernement, Sohn des am 25.1.1917 in Litzmannstadt verstorbenen
Kaufmanns Josef SZYMANSKI und der in Luwiza bei Krakau wohnhaften
Bronislawa geb.Maliszewska, ist am 8.Oktober 1942 vormittags 8⁰⁰
Uhr in Watterdingen, Amt Engen verstorben.

Jm Auftrage:



Kang

Ww.-

An
Geheime Staatspolizei - das Standesamt - Ortspolizeibehörde - Hüfingen.
behörde - Grenzpolizeikommission - Singen a.H.
(Krim.Ob.Ass. K. Barth)

Todesanzeige

gemäß §§ 34 u. 35 des Personenstandsgesetzes vom 3. 11. 1937.

| | | | | |
|---|---|---|------------|--|
| Des Verstorbenen
(bei Totgeburten der Eltern) | sämtliche Vornamen (Rufnamen unterstreichen) und Familienname (bei Frauen auch Geburtsname) | Josef P o n c z e k | | |
| | Beruf | Hilfsarbeiter für Straßenbau | | Organisation Dr. Todt |
| | Art des Betriebs | | | |
| | Geburtsort und -Ort (Kreis) | 18. Juli 1920 in Mogile, Kreis Krakau/Polen | | |
| | Geburtsstandesamt und Nr. des Geburtseintrags | 20 Jahre 9 Monate 6 Tage alt | | |
| | Religion | hat in einem früheren Zeitpunkt der jüdischen Religionsgemeinschaft - nicht - angehört | katholisch | Muttersprache (bei Kindern, die noch nicht sprechen, des Vaters bzw. der Mutter) |
| | Staatsangehörigkeit | Polen | | |
| | Wohnort und Wohnung | z. Zt. Hüfingen, Sammellager der Org. Fr. Todt | | |
| Des Ehegatten | Familienstand | ledig, verheiratet seit , verwitwet , geschieden | | |
| | Heiratsstandesamt und Nr. des Heiratseintrags | --- | | |
| | sämtliche Vornamen (Rufnamen unterstreichen) u. Familienname (bei Frauen auch Geburtsname); Beruf; bei überlebenden Ehegatten: Geburtstag | --- | | |
| Vor- und Familienname der Eltern des Verstorbenen sowie ihr Wohnort (wenn verstorben, letzter Wohnort) | Andreas Ponczek, Fuhrmann und dessen Ehefrau Sofie geb. Bobiolek in Krakau | | | |
| | Heiratsstandesamt und Nr. des Heiratseintrags d. Eltern bzw. Geburtsstandesamt u. Nr. des Geburtseintrags d. unehel. Mutter | | | |
| | --- | | | |
| Todeszeitpunkt, -Stunde und -Ort (Straße) | | 24. April 1941, vorm. 8,10 Uhr in Hüfingen | | |
| Todesursache (Bei gewaltsamem Tod Art und Weise und Ursache, bei Unfällen auch, ob Berufs- oder Betriebsunfall: a) Grund- leiden? b) Begleitkrankheiten? c) Nachfol- gende Krankheiten? d) Welches der ge- nannten Leiden hat den Tod unmittelbar herbeigeführt?) | | Erhängen durch Strick an einem Baum im Gewann Mönchswiese auf Gemarkung Hüfingen (zwischen Hüfingen und Sumpfohren) | | |
| Kinder (Zahl) des Verstorbenen: | | a) lebende
- vollj. - minderj. K.; darunter - ehel., - unehel., - adopt. K.
b) gestorben sind - Kinder - - Zahl der Kinder aus der letzten Ehe: | | |
| Wer hinterbleibt, falls Ehegatte oder Kin- der nicht mehr am Leben oder nicht mehr vorhanden? (Anschrift dieser Person) | | Die in Krakau lebenden Eltern | | |
| Ist ein Testament vorhanden und wo be- findet es sich? | | Nein als Amtsgericht Wohnung | | |
| Wer ist Testamentsvollstrecker? | | | | |
| Höhe der Hinterlassenschaft | | vermögenslos | | |
| Bezug der Verstorbene - der Ehegatte - der Vater Versorgungsgebühren von einem Versorgungsamt? | | Ponczek war polnischer Staatsangehöriger. Der Leichnam wurde sofort in die Anatomie nach Freiburg/Br. verbracht. | | |

Die Beteiligten sind mit der Veröffentlichung des Sterbefalls - nicht - einverstanden.

Für richtige Abschrift.

Hüfingen, den 18.3.61.

Der Bürgermeister:

~~Der Vorsteher der Anstalt~~ ~~der Verwaltung~~ ~~Die Polizeiverwaltung~~

Für die Geheime Staatspolizei Singen/H.

gez. Karl Barth, Kr.Ob.Ass.



Beglaubigte Abschrift

aus dem Sterbebuch des Standesamts Hüfingen
Landkreis Donaueschingen.

Eintrag Nr. 26 vom Jahre 1941.

Hüfingen, den 24. April 1941.

Der Hilfsarbeiter Josef P o n c z e k , katholisch, wohnhaft in Hüfingen (Sammellager), ist am 24. April 1941 um 8 Uhr 10 Minuten in Hüfingen, Gewann Mönchswiese gestorben.

Der Verstorbene war am 18. Juli 1920 in Mogile, Kreis Krakau (Polen) geboren.

Vater: Andreas Ponczek, Fuhrmann, wohnhaft in Krakau.

Mutter: Sofie Ponczek geborene Bobiolek, wohnhaft in Krakau.

Der Verstorbene war nicht verheiratet.

Eingetragen auf schriftliche Anzeige der Ortspolizeibehörde Hüfingen.

Der Standesbeamte:

Rudolf Müller

Todesursache: Erhängen durch Strick.

Alter: 20 Jahre 9 Monate 6 Tage alt.

Für die Richtigkeit der Abschrift.

Hüfingen, den 21. Februar 1961.

Der Standesbeamte:



R. Müller

76 575

Beglaubigte Abschrift aus dem Sterbebuch

des Standesamts Oberschefflenz.

Nr. 4.

C c

Oberschefflenz, den 22. April 19 41.

Der polnische Zivilarbeiter Wladyslaw Skrzypacz,
römisch-katholisch
wohnhaft in Hassmersheim, Landkreis Mosbach

ist am 22. April 1941 um 8 Uhr 10 Minuten
in Oberschefflenz verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 18. Oktober 1913
in Krawze, Polen.

(Standesamt _____ Nr. _____)

Vater: Jean Skrzypacz in Debica, ehemals Polen.

Mutter: Eva geborene Rychlak in Debica, ehemals Polen.

Der Verstorbene war — nicht — verheiratet mit Sofie geborene Drozd
in Krawze, Polen.

Eingetragen auf ~~mündliche~~ schriftliche — Anzeige der Ortspolizeibehörde
in Oberschefflenz.

D. Anzeigende

Vorgelesen, genehmigt und _____ unterschrieben

Der Standesbeamte

In Vertretung: Kälber

Todesursache: _____

Eheschließung de _____ Verstorbenen am _____ in _____

(Standesamt _____ Nr. _____)

Die Übereinstimmung der Abschrift mit dem Eintrag im Sterbebuch wird hiermit beglaubigt.



Oberschefflenz, den 22. Februar 1961.

Der Standesbeamte

i.V. Kälber

Mosbach, den 22. April 1941. ✓

J.Nr. 4141/40.

An die
Ortspolizeibehörde
~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~

O b e r s c h e f f l e n z .

Betrifft : Tod des poln. Zivilarbeiters Wladyslaw
S k r z y p a c z, geb. am 18.10.1913
in Krawzc, Polen.

Der polnische Zivilarbeiter

Wladyslaw S k r z y p a c z,
wohnhaft in Hassmersheim Landkreis Mosbach
r.katholisch, geb. am 18.10.1913 in Krawzc, Polen, verheiratet
mit der Sofie geb. D r o z d in Krawzc, Polen, Sohn des Jean
Skrzypacz und dessen Ehefrau Eva geb. Rychlak in Debica, ehem.
Polen, ist am 22. April 1941, 8,10 Uhr in Oberschefflenz, Land-
kreis Mosbach, verstorben.

Jch gebe hiervon Kenntnis.

-Horsch-



Kill E

,Krim.Sekr.

Oberschefflenz, den 22. April 1941.

Beschluss.

Urschrftl. an das Standesamt

Oberschefflenz

mit dem Ersuchen vorstehenden Todesfall in das Sterberegister
Oberschefflenz einzutragen.

Die Ortspolizeibehörde:

| Nummer des
Gefangenen-
buches | Annahmetag
und
Tageszeit | Angaben zur Person
Familiennamen, Vornamen, Beruf,
Geburtsort und -ort | Strafentscheidung | a) Vollstreckungsbehörde
oder sonstige um Auf-
nahme ersuchende Behörde
b) Geschäftszeichen |
|-------------------------------------|----------------------------------|---|-------------------|--|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| 58 P. | 23. 11. 40
13 Uhr
30 Min. | Schell Martin
geb. Bielor
Beruf: <u>Polsterer</u>
geboren am: 11. 5. 10.
in <u>Oberpfaffling</u>
bei | <u>Lebenslang</u> | <u>Lebenslang</u> |
| 59 P. | 23. 11. 40.
13 Uhr
30 Min. | Lkrszypacz
<u>allendisland</u>
Beruf: <u>Landarbeiter</u>
geboren am: 18. 10. 13.
in <u>Kranze</u>
bei <u>Leis Torow</u> | <u>Lebenslang</u> | <u>Lebenslang</u> |
| 68 P. | 18. 1. 41.
12 Uhr
30 Min. | Popirowsack
<u>Lebenslang</u>
Beruf: <u>Landarbeiter</u>
geboren am: 26. 2. 96.
in <u>Podnarka</u>
bei | <u>Lebenslang</u> | <u>Landarbeiter</u> |
| 70 P. | 19. 2. 41.
15 Uhr
30 Min. | Lürzen
<u>allendisland</u>
Beruf: <u>Landarbeiter</u>
geboren am: ?
in <u>Füsschen</u>
bei <u>Leis Füsschen</u> | <u>Lebenslang</u> | <u>Landarbeiter</u> |

| a) Art und soweit möglich Dauer bzw. Höchstbauer der zu vollstreckenden Strafe, Maßregel der Sicherung und Besserung oder sonstigen Freiheitsentziehung
b) Anzurechnende Untersuchungshaft. | Straf- oder Verwahrungszeit | | Unterbrechung | | Neues Ende der Straf- od. Verwahrungszeit | Austritts- tag und Tageszeit | 581 Grund des Austritts |
|--|-----------------------------|------------------------|--------------------------|------------------------|---|--|---|
| | Beginn Tag und Tageszeit | Ende Tag und Tageszeit | Beginn Tag und Tageszeit | Ende Tag und Tageszeit | Tag und Tageszeit | | |
| 6 | 7 | | 8 | | 9 | 10 | 11 |
| | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | 29.5.41
9 ⁰⁰ Uhr
— Min. | Abstrich auf
Festnahme
Anmeldung
Kriegsgefangenen
Lager in
Rosenbrunn |
| | Min. | Min. | Min. | Min. | Min. | | |
| | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | | |
| | Min. | Min. | Min. | Min. | Min. | | |
| | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | — Min. | |
| | Min. | Min. | Min. | Min. | Min. | | |
| | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | | |
| | Min. | Min. | Min. | Min. | Min. | | |
| | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | 22.4.41.
17 ³⁰ | abgefallen von
des Gefangenen.
Am 23.4.41.
fingerwisch
sind eingeworfen
I
in
Bewachung |
| | Min. | Min. | Min. | Min. | Min. | | |
| | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | | |
| | Min. | Min. | Min. | Min. | Min. | | |
| | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | 10.4.41.
15 ³⁰ | Festnahme.
abgefallen von
Anmeldung
Hofeater |
| | Min. | Min. | Min. | Min. | Min. | | |
| | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | | |
| | Min. | Min. | Min. | Min. | Min. | | |
| | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | 10.4.41.
15 ³⁰ | Festnahme.
abgefallen von
Anmeldung
Hofeater |
| | Min. | Min. | Min. | Min. | Min. | | |
| | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | | |
| | Min. | Min. | Min. | Min. | Min. | | |
| | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | 10.4.41.
15 ³⁰ | Festnahme.
abgefallen von
Anmeldung
Hofeater |
| | Min. | Min. | Min. | Min. | Min. | | |
| | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | | |
| | Min. | Min. | Min. | Min. | Min. | | |
| | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | 10.4.41.
15 ³⁰ | Festnahme.
abgefallen von
Anmeldung
Hofeater |
| | Min. | Min. | Min. | Min. | Min. | | |
| | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | Uhr | | |
| | Min. | Min. | Min. | Min. | Min. | | |

80 635

Beglaubigte Abschrift aus dem Sterbebuch

des Standesamts Hinterzarten

Nr. --- 1 ---

C c

Hinterzarten -----, den 15. Januar --- 19 42

Der polnische Zivilarbeiter Stefan Kozlowski -----

----- römisch katholisch -----

wohnhaft zuletzt in Hinterzarten -----

ist am --- 15. Januar 1942 ----- um --- 10 Uhr --- 5 --- Minuten

in Hinterzarten ----- verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 25. Mai 1921 -----

in Melanek/Polen -----

(Standesamt, ----- Nr. -----)

Vater: Tomas Kozlowski, Landwirt -----

----- wohnhaft in Melanek/Polen -----

Mutter: Marianne Kozlowski, geborene Wladarzyk -----

----- wohnhaft in Melanek/Polen. -----

Der Verstorbene war — nicht — verheiratet -----

Eingetragen auf mündliche — schriftliche — Anzeige der Geheimen Staats-
polizei - Staatspolizeileitstelle Karlsruhe - Außen-

-----Anzeigende dienststelle Freiburg/Br. vom 15. Ja-
nuar 1942. -----

Vorgelesen, genehmigt und ----- unterschrieben

Der Standesbeamte

In Vertretung: Zähringer -----

Todesursache: Hingerichtet durch Strang -----

Eheschließung de. ----- Verstorbenen am ----- in -----

(Standesamt ----- Nr. -----)

Die Übereinstimmung der Abschrift mit dem Eintrag im Sterbebuch wird hiermit beglaubigt.



Hinterzarten -----, den 6. März 1961 ---

Der Standesbeamte

Kern

Der Landrat
Neustadt / Schwarzwald
Fernruf 454-455

81 637
Neustadt/Schw., den 5. Januar 1942.

V e r t r a u l i c h !

Bürgermeisteramt
Hinterzarten
Empf. - 9. JAN 1942

An den

Herrn Bürgermeister

in *Hinterzarten*

Auf Verfügung des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern wird am

Donnerstag den 15. Januar 1942 bei Hinterzarten ein Pole gehängt.

Hierzu sind die in Ihrer Gemeinde beschäftigten polnischen Arbeiter -nur männliche- nach Hinterzarten zu verbringen, um der Exekution beizuwohnen.

Die polnischen Arbeiter sind geschlossen unter Aufsicht eines Beauftragten oder vom Bürgermeister selbst so rechtzeitig nach Hinterzarten zu verbringen, daß sie daselbst am Donnerstag den 15. ~~DEZEMBER~~ Januar 1942, um 8 Uhr vormittags, beim Rathause in Hinterzarten eintreffen.

Meldung derselben durch den Überbringer nach Zahl bei dem dort anwesenden Meister der Gendarmerie Keller. Dieser übernimmt dort die Polen zur weiteren Veranlassung.

Nach der Exekution sind die polnischen Arbeiter sofort geschlossen aus Hinterzarten abzutransportieren. Ein weiterer Aufenthalt oder gar Einkehr in Wirtschaften zu etwaiger Erfrischung ist verboten.

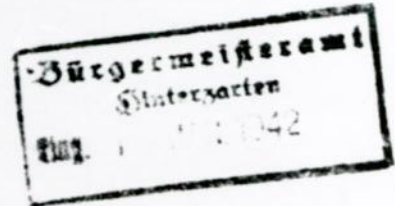
Der Zweck des Marsches nach Hinterzarten ist unter keinen Umständen bekannt zu geben; auch nicht der Bevölkerung bzw. den einzelnen Arbeitgebern.

Die Herren Bürgermeister mache ich für die reibungslose Durchführung dieser Anordnung verantwortlich.

Herrn

Freiburg, den 15. Januar 1942.

Geheime Staatspolizei-
Staatspolizeistelle Karlsruhe
Außenstellen Freiburg/Br.

Nr. 2322/41.

An die
Ortspolizeibehörde
in H i n t e r z a r t e n.

Betrifft: Polnischen Zivilarbeiter Stefan K o z l o w s k i,
ledig, r.kath. geboren am 25.5.1921 in Melonek/Polen,
zuletzt wohnhaft in Hinterzarten.

Vorgang: Ohne.

Anlagen: Ohne.

Der polnische Zivilarbeiter Stefan K o z l o w s k i,
ledig, r.kath. geboren am 25.5.1921 in Melonek/Polen, Sohn des
Landwirts Tomas Kozlowski und der Marianne geb. Wlodarzyk, wohn=
haft in Melonek, ist am 15. Januar 1942 vormittags 10⁰⁵ Uhr auf
der Gemarkung Hinterzarten verstorben.

Hiervon gebe ich Nachricht mit der Bitte um sofortige
Übersendung von zwei Sterbeurkunden.

J.V.

Luch
Krim. Sekr.

Fragebogen zum Sterbebuch Nr. 1 1942

Unterschrift:

Nur vom Standesbeamten auszufüllen.
Bfg.

- ~~1.~~ Beurkundung ist erfolgt.
- ~~2.~~ Mitteilung an die Polizei (Einwohner-Meldeamt).
3. Mitteilung an die Kirche.
4. Hinweis fertigen.
- ~~5.~~ Statistik fertigen. *zusammen 1. 10. 4. 42*
6. In das alphabetische Namensverzeichnis eintragen.
7. Mitteilung an das Vormundschaftsgericht evtl. Jugendamt.
8. Mitteilung an die Gemeindebehörde des auswärtigen Wohnsitzes.
9. Urkunde für das Versorgungsamt fertigen.
10. Sterbefallanzeige wegen des Testaments an das Amtsgericht
an den Notar
11. Sterbefallanzeige wegen des Testaments an das Amtsgericht Berlin.
12. Mitteilung an das Arbeitsamt.
- ~~13.)~~ Fertigung von 2 Sterbeurkunden für die Geheime Staatspolizei
- Aussendienststelle Freiburg -

Zu den Akten.

Hinterzarten , den 15. Januar 194 2.

Der Standesbeamte:
i. v. Röhner

Vertraulich! Nur für den
Dienstgebrauch.

Bestimmungen über die Behandlung
ausländischer Landarbeiter polni-
schen Volkstums.



An die Herren Bürgermeister des Landkreises:

Es wurde festgestellt, dass trotz der bereits wiederholt ergangenen Anordnung die Behandlung der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter- und arbeiterinnen polnischen Volkstums sehr mangelhaft durchgeführt wurde und ordne ich zusammenfassend unter Aufhebung aller früher ergangener Vorschriften die derzeit bestehenden Verordnungen und Bestimmungen nochmals zur Kenntnis und ersuche um strengste Beachtung und Durchführung.

1. Ein Beschwerderecht steht den Landarbeitern polnischen Volkstums grundsätzlich nicht mehr zu und dürfen solche auch von keiner Dienststelle entgegen genommen werden.

2. Die Landarbeiter polnischen Volkstums dürfen die Ortschaften in welche sie zum Einsatz gegeben wurden, nicht mehr verlassen und haben Ausgangsverbot vom 1. Oktober bis 31. März von 20 Uhr bis 6 Uhr und vom 1. April bis 30. September von 21 Uhr bis 5 Uhr.

3. Die Benutzung von Fahrrädern ist streng untersagt. Ausnahmen sind möglich für Fahrten zur Arbeitsstelle aufs Feld, wenn ein Angehöriger des Betriebsführers oder der Betriebsführer selbst dabei ist.

4. Der Besuch der Kirchen, gleich welcher Konfession, ist streng verboten, auch wenn kein Gottesdienst abgehalten wird. Einzelselbstsorge durch die Geistlichen ausserhalb der Kirchen ist gestattet.

5. Der Besuch von Theatervorstellungen, Kinos oder sonstigen kulturellen Veranstaltungen ist für die Landarbeiter polnischen Volkstums streng untersagt.

6. Der Besuch von Gaststätten für Landarbeiter polnischen Volkstums ist streng verboten mit Ausnahme einer Gaststätte im Ort, die vom Landratsamt hierzu bestimmt wurde, und nur an einem Tag in der Woche. Der Tag, welcher zum Besuch der Gaststätte freigegeben wurde, wird ebenfalls vom Landratsamt bestimmt. Bei dieser Bestimmung ändert sich an dem unter 2 verkündeten Ausgangsverbot nicht.

7. Der Geschlechtsverkehr mit Frauen und Mädchen ist streng verboten und wo solcher festgestellt wird, ist Anzeigepflicht gegeben.

8. Zusammenkünfte von Landarbeitern polnischen Volkstums nach Feierabend auf anderen Höfen, sei es in Stallungen oder in den Wohnräumen der Polen sind verboten.

9. Die Benutzung von Eisenbahnen, Omnibussen oder sonstigen öffentlichen Verkehrsmitteln durch Landarbeiter polnischen Volkstums ist verboten.

10. Bescheinigungen von der Ortspolizeibehörde (Bürgermeisteramt) welche zum Verlassen des Ortes berechtigen, dürfen nur in ganz grossen Ausnahmefällen ausgestellt werden. Keinesfalls aber, wenn ein Pole eigenmächtig eine Dienststelle, sei es ein Arbeitsamt oder die Kreisbauernschaft aufsuchen oder seinen Arbeitsplatz wechseln will.

11. Ein eigenmächtiger Stellenwechsel ist streng verboten. Die Landerbeiter polnischen Volkstums haben solange täglich zu arbeiten wie es im Interesse des Betriebes gelegen ist und vom Betriebsführer verlangt wird. Eine zeitliche Begrenzung der Arbeitszeit besteht nicht.

12. Das Züchtigungsrecht steht jedem Betriebsführer für die Landerbeiter polnischen Volkstums zu, sofern gutes Zureden und Belehrungen ohne Erfolg waren. Der Betriebsführer darf in einem solchen Fall von keiner Dienststelle deswegen zur Rechenschaft gezogen werden.

13. Die Landerbeiter polnischen Volkstums sollen nach Möglichkeit aus der Hausgemeinschaft entfernt werden und können in Stallungen usw. untergebracht werden. Jrgendwelche Hemmungen dürfen dabei nicht hindernd im Wege stehen.

14. Alle von Landerarbeitern polnischen Volkstums begangenen Schandtaten, die dazu angetan sind, den Betrieb zu sabotieren oder die Arbeiten aufzuhalten, z.B. durch Arbeitsunwille oder frechen Benehmen, unterliegen der Anzeigepflicht auch dann, wenn es sich um leichtere Fälle handelt. Ein Betriebsführer, welcher durch pflichtgemäße Anzeige seinen Polen, der daraufhin eine längere Haftstrafe verbüßen muss, verliert, erhält auf Antrag vom zuständigen Arbeitsamt bevorzugt eine andere polnische Arbeitskraft zugewiesen.

15. In allen anderen Fällen ist nur noch die Staatspolizei zuständig.

Auch für den Betriebsführer sind hohe Strafen vorgesehen, sollte festgestellt werden, dass der notwendige Abstand von den Landerarbeitern polnischen Volkstums nicht gewahrt worden ist. dasselbe gilt auch für die Frauen und Mädchen. Sonderzuwendungen sind streng untersagt. Nichteinhaltung der Reichsstrafe für Landerarbeiter polnischen Volkstums werden mit sofortiger Wegnahme der Arbeitskraft durch das zuständige Arbeitsamt bestraft.

Dr. Maly

STERBEURKUNDE

Freiamt, den 17. Juli 1942.

(Standesamt ----- F r e i a m t ----- Nr. 18)

Der polnische Zivilarbeiter Jean Mroczek, -----
 römisch-katholisch -----
 wohnhaft in B u c h h o l z -----

ist am 17. Juli 1942 ----- um 8 Uhr 15 Minuten
 in F r e i a m t -----
 verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 6. November 1912 -----
 in Budzanow -----

Der Verstorbene war verheiratet mit Stefanie, geborene
 Wienekowska. -----
 Eingetragen auf schriftliche Anzeige der Geheimen
 Staatspolizei, Außendienststelle Freiburg im Breisgau.

F r e i a m t , den 22. Februar 1961.



Der Standesbeamte

Kreinbold

Anlage zu Ziffer 1.) (einfach)

100

A b s c h r i f t

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Karlsruhe
Außendienststelle Freiburg Br.

Freiburg, den 17. Juli 1942

An das
Bürgermeisteramt - Standesamt
in F r e i a m t

Betrifft: Den verh. polnischen Zivilarbeiter Jean M r o e z e k
geboren am 6.11.1912 in Budzanow, Verwaltungsbezirk
Ploek, röm.kath. zuletzt wohnhaft in Buchholz.

Vorgang : Ohne


Anlagen : Ohne

Der polnische Zivilarbeiter Jean Mroezek ist am 17. Juli
1942, vormittags 8.15 Uhr, auf Gemarkung Freiamt verstorben.

Hiervon gebe ich Nachricht mit der Bitte um sofortige Über-
sendung einer Sterbeurkunde in doppelter Fertigung.

gez.: T r a u b

F.d.R.d.A.


(Bachner)
Polizeikommissar

A n l a g e: -2-

A b s c h r i f tHinrichtung:

Freitag, den 17. Juli 1942, vormittags 8.00 Uhr.

Hinrichtungsplatz: wie verabredet

Galgen muß um 7.00 Uhr fertig sein. Am Hinrichtungsplatz muß vorhanden sein eine Leiter, Hammer und einige Nägel. Der Zimmermann muß beim Galgen bleiben, damit nichts passieren kann. Die Polen von Freiamt, Ottoschwanden, Sexau und Maleck müssen um 6.45 Uhr am Rathaus in Freiamt sein. Die Polen von Freiamt müssen vom Herrn Bürgermeister auf diese Zeit an das Rathaus einbestellt werden.

Von 6.30 Uhr ab muß jemand auf dem Rathaus sein. Gegen 6.45 Uhr trifft ein Kriminalbeamter von Freiburg mit 2 Polen am Rathaus in Freiamt ein. Wenn möglich für diese beiden Polen etwas Schnaps. Die einbestellten Polen marschieren kurz nach 7.00 Uhr unter Begleitung von Gendarmeriebeamten an den verabredeten Platz. Zwischen 8.00 Uhr und 8.30 Uhr trifft am Rathaus der Leichenwagen der Anatomie ein. Dieser muß vom Ratsdiener an die Hinrichtungsstätte geführt werden. Die Gendarmeriebeamten treffen 6.45 Uhr am Rathaus ein.

Um 7.30 Uhr treffen am Rathaus ein: Der Landrat, Kreisleiter und der Medizinalrat.

Stimmungsbericht bis spätestens Montag.

Sterbeurkunde doppel ausstellen

Mroezek Jean poln. Zivilarbeiter, kath., geboren am 6.11.1912 in Budzanow, Verwaltungsbezirk Ploek - Polen, zuletzt wohnhaft in Buchholz, verheiratet mit Stefania geborene Wienekowska

Vater : Adam Mroezek, Arbeiter, wohnhaft in Wies-Motkowo

Mutter : Marianna geborene Miekalek

F.d.R.d.A.

[Signature]
(Bachert)
Polizeikommissar

Anlage 3: ~~Zu Ziffer 2 und 3~~

Rak 90 689
Stockach , den 26. Februar 1961

2. MRZ. 1961
Sk. 2H I 19-14/60

An das Landes~~pr~~iminalamt Baden-Württemberg

- Sonderkommission -

L u d w i g s b u r g

Betreff: Ermittlungsverfahren gegen Dr. Heinrich Rudolf Maria
B a b e r , verh. Vertreter u. ehem. Kriminaldirektor
geb. 25.4.06 in Bernkastel, wohnhaft in Oelde ,
wegen Beihilfe zum Totschlag - Tgb.Nr. SK.ZSt. I/19-14/60

Bezug : dortg. Ersuchen v. 16.1.1961

Nach dem in Abschrift beigelegten Auszug aus dem Sterbe-
buch des Standesamts Kreenheinstetten Lkr. Stockach wurde der pol-
nische Zivilarbeiter Peter R a k geb. 9.6.1905 , wohnhaft gewe-
sen zuletzt in Schwandorferhof Gemeinde Salem Lkr. Überlingen ,
am 14.2.1942 in Kreenheinstetten durch die Geheime Staatspolizei
erhängt. Über die näheren Umstände wurde der damalige Bürgermei-
ster von Kreenheinstetten

Theodor S c h e l l geb. 2.12.94 in Kreenheinstetten
und dort wohnhaft (Haus Nr. 109) befragt . Er gab an :

" Ich war in der Zeit von 1937 bis 1945 Bürgermeister der
Gemeinde Kreenheinstetten . Zu der damaligen Zeit waren in der
Gemeinde verschiedene Polen in der Landwirtschaft tätig . Ich
kann mich gut daran erinnern , daß im Jahre 1942 , -es war im Win-
ter - , im Walde bei Kreenheinstetten ein Pole namens Rak von
der Gestapo aufgehängt worden ist . Dieser Pole war meines Er-
innerns vom Frühjahr bis zum Herbst 1941 bei dem Landwirt Hermann
Maier beschäftigt . Im Herbst , als die Hauptarbeiten in der
Landwirtschaft vorbei waren , kam der Pole weg und zwar in die Ge-
gend von Heiligenberg . Hier in Kreenheinstetten sind über den
Polen keinerlei Klagen laut geworden . Man hat auch nichts davon
gehört , daß er mit deutschen Mädchen irgend etwas zu tun gehabt
hat . Der Pole Rak war meines Erinnerns schon mindestens 1 Jahr
von Kreenheinstetten weg , als plötzlich in unserm Dorf die Ge-
stapo erschien und die Elisabeth Braun festgenommen hat . Man hat
die Braun m. Wissens vom Felde weg geholt und mitgenommen . Von
den Gestapobeamten habe ich dann gehört , daß die ~~Rak~~ Braun
etwas mit einem Polen gehabt haben soll . In Kreenheinstetten hat
man davon nicht gemerkt und auch nichts gewußt . Die Braun wur-
de mitgenommen und eines Tages erfuhr man , daß sie mit 2 Jahren
Gefängnis bestraft worden sei . Nach etwa 1 Jahr kam die Braun
wieder zurück und man sagte , sie sei wegen guter Führung entlas-
sen worden . Die Elisabeth Braun ist heute in Kaiseringen bei
Ebingen wohnhaft . Sie hat sich dorthin verheiratet . Meines
Wissens ist ihr Mann verstorben und sie betreibt in Kaiseringen
eine kleine Landwirtschaft . Den jetzigen Familiennamen weiß ich
nicht . Er dürfte aber in Kaiseringen leicht zu erfahren sein .

Im Februar 1942 - es hatte sehr viel Schnee - kamen plötzlich

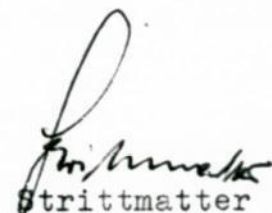
wieder einige Gestapoleute nach Kreenheinstetten . Der Höchste derselben war meines Erinnerns aus Karlsruhe . Man erklärte mir, daß am nächsten Morgen im Walde ein Pole aufgehängt würde und daß die Polen der ganzen Umgegend dabei anwesend seien . Ich mußte dafür sorgen , daß die Straße nach Meßkirch bis um 8 Uhr früh vom Schnee geräumt sein müsse . Ich mußte mit in den Wald hinausfahren und dort bezeichnete man mir die Stelle an der die Gemeindeverwaltung bis zu der angegebenen Zeit einen Querbalken zwischen 2 Bäumen anbringen müsse . An dem genannten Tag habe ich mich morgens auf das Rathaus begeben . Dort habe ich gewartet , bis die Gestapo mit einem Personenwagen und mit einem kleinen Lastwagen angefahren kam . Die Erhängung des Polen war schon vorüber . Auf Anweisung der Gestapo mußte ich jetzt den Eintrag in das Sterberegister machen . Ich eine schriftliche Anzeige über den Tod von der Gestapo vorgelegen hat , das weiß ich nicht mehr . Das muß ja auch auf dem Rathaus festzustellen sein . Ich habe noch aus Neugier in der kleinen Lastwagen hineingeschaut und habe gesehen , daß sich in demselben 2 Särge befanden . Daraufhin habe ich einen der Gestapoleute gefragt , ob sie bei uns 2 Polen aufgehängt hätten . Dieser erklärte mir nun , bei uns sei nur einer aufgehängt worden , der andere komme von Bodmann , der sei dort gehängt worden .

Wie die Hinrichtung bei uns im Walde vor sich ging und wer sie vorgenommen hat , das weiß ich nicht , denn ich war nicht dabei . Ich glaube mich sogar noch zu entsinnen , daß die auf dem Rathaus befindliche Sterbeurkunde von einem Gestapobeamten selbst ausgefüllt wurde und von mir nachher unterschrieben werden mußte .

Die Namen der einzelnen Gestapobeamten weiß ich nicht . Vielleicht kann die in Kaiseringen wohnhafte Elisabeth Braun , deren Familiennamen ich allerdings nicht weiß , hierüber Auskunft geben .

Ich mußte im Winter 1945 einmal mit etwa 10 Einwohnern nach Konstanz zu einer französischen Dienststelle und dort mußten wir den ganzen Sachverhalt schildern . Sonst kann ich z.S. nichts angeben . "

Schlußbericht . Die Sterbeurkunde wurde beim Standesamt Kreenheinstetten erhoben und ist angeschlossen . Beim zuständigen Amtsgericht Meßkirch befinden sich keine Aktenvorgänge . Das Verfahren gegen die Braun hat sicher bei einem Sondergericht stattgefunden . Polizeibeamte aus jener Zeit sind im Raum Meßkirch nicht mehr vorhanden . Beim Landratsamt Stockach und bei den Forstämtern Meßkirch und Stockach sind Akten oder sonstige Unterlagen über den in dem Ersuchen geschilderten Vorgang nicht vorhanden . Die Angaben des ehem. Bürgermeisters Schell sind glaubhaft . Sie wurden von älteren Einwohnern von Kreenheinstetten mehrfach bestätigt .


Strittmatter
Pol. Oberkommissar

Nr. 6

c

Kreenheinstetten, den 14. Februar 19 42

Der polnische Zivilarbeiter Peter R a k-----

----- katholisch-----

wohnhaft Schwandorferhof, Gde. Salem -----

ist am 14. Februar 1942 ----- um 9 Uhr 10 Minuten

in Kreenheinstetten Krs. Stockach ----- verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 9. Juni 1905 -----

in Morzies Kreis Kempen -----

(Standesamt ----- Nr. -----),

Vater: Valentin Rak, Landwirt, wohnhaft in -----

----- Kempen -----

Mutter: Antonia geb. Malecka, zuletzt -----

wohnhaft in Kempen -----

Der Verstorbene war ~~xxx~~ verheiratet mit Maria -----

geborene Kacinska, wohnhaft in Kempen -----

Eingetragen auf ~~xxxxxx~~ — schriftliche — Anzeige der Geheimen —

Staatspolizei, Grenzpolizeikommissariat Konstanz ---

D --- Anzeigende -----

Für die Richtigkeit der
Abschrift beurkundet der
Standesbeamte.

Kreenheinstetten, den 22.2.1961

Vorgelesen, genehmigt und ----- unterschrieben

Der Standesbeamte

Schell

Todesursache: -----

Eheschließung d. Verstorbenen am ----- in -----

(Standesamt ----- Nr. -----).



Gegenwärtig:

Landgerichtsrat Walter
als Untersuchungsrichter,
Justizangestellter Freimüller
als Urkundsbeamter.

Auf Ladung erscheint der nachbenannte Zeuge. Er
wurde gemäss § 57 StPO belehrt und gab an:

Zur Person:

Emil H a a s, geb. am 2.7.1891 in Ebenheid Kreis Tauber -
bischofsheim, verheiratet, Kriminalkommissar i.R., wohn -
haft in Karlsruhe, Cäcilienstrasse 22, mit dem Angeschul -
digten nicht verwandt und nicht verschwägert.

Zur Sache:

Von Mai 1933 bis Anfang September 1939 war ich als Kriminal-
sekretär bei der Staatspolizeileitstelle in Karlsruhe. An -
schliessend machte ich als Polizeibeamter den Einsatz in
Polen mit, wo ich am 15.2.1940 abgelöst wurde.

Von Februar 1941 bis März 1942 war ich Leiter der Aussen -
dienststelle der Geheimen Staatspolizei in Villingen. Vom
15.3.1942 bis Kriegsende leitete ich die Aussendienst -
stelle der Geheimen Staatspolizei in Baden - Baden.

Aus Erlassen des Reichssicherheitshauptamts (RSHA) war mir
bekannt, dass den polnischen Zivilarbeitern in Deutschland
jeder geschlechtsvertrauliche Umgang mit deutschen Frauen
und Mädchen bei Todesstrafe verboten war. Dieses Verbot
wurde den Polen bekanntgegeben, auf welche Weise, kann ich
heute nicht mehr sagen.

Trotz dieser Anordnung ist es vorgekommen, dass Polen sich an deutsche Frauen herangemacht ~~haben~~ und mit diesen auch Geschlechtsverkehr ausgeübt haben. Etwas derartiges blieb in den Dorfgemeinden, wo die Polen meist als landwirtschaftliche Arbeiter eingestellt waren, kaum verborgen. Es erstatteten daher Leute aus der Zivilbevölkerung, der SD, meist aber auch der Ortsgruppenleiter der NSDAP Meldungen über derartige Vorgänge an die Gestapo. Soviel ich weiss, wurden die Ortsgruppenleiter von den Kreisleitern dahin unterrichtet, dass sie Anzeige zu erstatten hätten. Ich glaube mich auch zu erinnern, dass die Ortsgruppenleiter, ehe sie Anzeige erstatteten, mit dem Kreisleiter Rücksprache genommen haben.

Ging dann eine solche Anzeige bei der Gestapo-Aussenstelle ein, so wurde der Pole und das Mädchen vernommen und der Vorgang, wie wir durch Erlasse angewiesen waren, der Staatspolizeileitstelle nach Karlsruhe übersandt. Ich kann nicht sagen, ob die Aussenstelle zu dem Vorgang Stellung genommen, insbesondere ob sie einen Vorschlag auf "Sonderbehandlung" der Leitstelle in Karlsruhe gemacht hat~~te~~. Ich selbst habe niemals einen derartigen Vorgang weder in Villingen noch in Baden-Baden bearbeitet. Ich muss mich berichtigen: dass bei meinem Amtsantritt in Baden-Baden in Bühl ein Pole im Gefängnis sass, gegen den bereits Sonderbehandlung unter meinem Vorgänger in Berlin beantragt war. Ich habe damals versucht, den Polen zu retten, was mir aber leider nicht gelang. Ich sprach wegen des Polen, der Stanislaus Janaczek geheissen haben kann, (Fall 37), bei Dr. S c h i c k vor, der jedoch mich abwies. Daraufhin verwandte ich mich ~~nach-~~
~~mals~~ bei Dr. F a b e r, der damals Leiter der Abteilung II (politische Abteilung) bei der Leitstelle in Karlsruhe war, für den Polen. Er zeigte Verständnis dafür, zumal der Pole noch verhältnismässig sehr jung war. Einige Zeit später teilte er mich jedoch mit, dass Dr. S c h i c k ihn abgewiesen habe. Die Sache müsse ihren Fortgang nehmen, da sie bereits in Berlin anhängig sei. Tatsächlich wurde der Pole

dann im Sommer 1941 in Gernsbach erhängt. In diesem Zusammenhang hat mir Dr. S c h i c k zum Vorwurf gemacht, dass ich der einzige Aussenstellenleiter sei, der für Polen noch keine Sonderbehandlung beantragt habe.

Ich bleibe dabei, dass ich mit Sicherheit heute nicht mehr sagen kann, ob bereits die Aussenstelle einen Vorschlag auf Sonderbehandlung der Leitstelle gemacht hat. Nach dem Vorwurf von Dr. S c h i c k müsste es der Fall gewesen sein, ich betone aber, dass ich selbst einen derartigen Fall praktisch nicht zu erledigen hatte.

Wenn der Vorgang bei der Leitstelle in Karlsruhe eingegangen war, so wurde er verschiedentlich wieder zu weiteren Ermittlungen zurückgegeben, wie ich gehört habe. Der Vorgang wurde genau untersucht. Falls sich Zweifel an der Täterschaft des Polen ergaben, wurde ~~er~~^{er} irgendwo untergebracht, jedenfalls nicht hingerichtet. Kam der Vorgang noch einmal zurück, so fand sich auch vielfach die Bemerkung der Leitstelle darin, dass sie beabsichtige, in Berlin Sonderbehandlung zu beantragen.

Die Erhängungen von Polen im Bereich von Villingen, wie sie im Verzeichnis vom 4. Mai 1960 angegeben sind (AS.179) sind nicht zu meiner Zeit bearbeitet worden. Die Vorgänge waren bereits von meinem Vorgänger nach Karlsruhe gegeben worden, sodass die Angelegenheit im Lauf war und dann lediglich die Exekutionen zu meiner Zeit vorgenommen wurden. In Villingen war ich nie bei einer Exekution dabei, lediglich bei der in Gernsbach. In Gernsbach war Dr. F a b e r nicht anwesend. Als die Anweisung zur Exekution des Polen in Gernsbach bei meiner Dienststelle in Baden-Baden eintraf, beauftragte ich meinen Vorgänger, einen KS Se~~ster~~ aus Stuttgart, die Vorbereitungen für die Hinrichtung zu treffen. Er berichtete mir, dass die Bevölkerung über die

Hinrichtung sehr aufgebracht sei. Die Besitzerin des Kirschbaums, an dem der Polen aufgehängt werden sollte, erklärte, sie wolle den Kirschbaum ^{vorher} absägen. Als ^{mir} ich dies nach Karlsruhe meldete, wurden die weiteren Vorbereitungen für die Hinrichtung aus der Hand genommen und ein Gestapobeamter namens N a g e l aus Karlsruhe hiermit beauftragt. Von Dr. S c h i c k erhielt ich dann lediglich den Befehl, der Hinrichtung beizuwohnen, was ich auch weisungsgemäss getan habe. Über die näheren Vorgänge die zur Erhängung des Polen J a n a c z e k führten, kann der in Baden-Baden, Gerolsauerstrasse wohnhafte Kriminalsekretär Franz B a u e r noch genauer Auskunft geben.

Der Vorgang wurde bei der Staatspolizeileitstelle in Karlsruhe bei der Abteilung II, der sog. politischen Abteilung, bearbeitet. Leiter der Abteilung II war Dr. F a b e r. Chef der Leitstelle der Geheimen Staatspolizei in Karlsruhe war zunächst ein SS-Obersturmbahnführer L a n d g r a f, welcher nach dem Westfeldzug nach Strassburg versetzt wurde. Sein Nachfolger war Dr. S c h i c k. Vertreter des Chefs war Regierungsassessor Dr. E l c h l e p p. Er sowie Dr. S c h i c k sind nicht mehr am Leben. Wer nach dem Weggang von E l c h l e p p Vertreter des Chefs wurde, kann ich nicht sagen, möglicherweise war es Dr. F a b e r.

Aus der Zusammenarbeit mit Dr. F a b e r habe ich diesen als einen gewissenhaften, stets hilfsbereiten, allerdings etwas ängstlichen Menschen kennen gelernt. Trotzdem er aus der katholischen Kirche ausgetreten war, litt er sehr darunter, wenn er etwas machen sollte, was gegen seine Überzeugung oder gegen seinen ausgeprägten Gerechtigkeits-sinn ging. Ich hatte auch das Gefühl, dass er dienstlich wegen seiner Einstellung beiseitegesetzt wurde. Dr. F a b e r möchte ich keineswegs als einen Nationalsizialisten bezeichnen, er ist eben als Kriminalbeamter vermutlich

ohne sein Zutun zur Geheimen Staatspolizei gekommen, wo er sich nicht wohlgeföhlt hat, wie er andeutungsweise in Gesprächen mit mir durchblicken liess.

Die Akten über das Verhältniss einen Polen mit einem deutschen Mädchen wurde von der Leitstelle in Karlsruhe an das RSHA nach Berlin gesandt. Beigefügt war ein Vorschlag, der auf Sonderbehandlung in jedem Falle lautete. Der Vorschlag wurde, wie ich von Dr. F a b e r weiss, immer vom Chef der Dienststelle unterschrieben. Ich glaube nicht, dass in seiner Abwesenheit der Vertreter unterzeichnet hat, weil die Sache nicht eilig war.

Das RSHA in Berlin entschied dann, ob die Sonderbehandlung, womit die öffentliche Erhängung des Polen gemeint war, durchzuführen, oder was seltener vorkam, der Pole in ein KZ einzuweisen war. Wenn die Sonderbehandlung abgelehnt wurde, ordnete dann die Leitstelle in Karlsruhe die Abholung des Polen aus dem Gefängnis, wohin er eingeliefert worden war, an. Der Pole wurde anschliessend in das nächste KZ verbracht.

Befahl das RSHA die Sonderbehandlung, so hatte die Leitstelle für ihre Durchführung Sorge zu tragen. Die Leitstelle in Karlsruhe selbst konnte keine Sonderbehandlung anordnen.

Dass in dieser Weise verfahren wurde, weiss ich aus Dienststellenleiterbesprechungen und Gesprächen mit Kameraden und Vorgesetzten.

Soweit ich unterrichtet bin, hat die Leitstelle in Karlsruhe alle Vorgänge dem RSHA in Berlin zur Entscheidung über die Anordnung der Sonderbehandlung vorzulegen. Der Abteilungsleiter Dr. Faber hatte von sich aus nicht die Möglichkeit, unter Umgehung von Berlin die Einweisung in ein KZ zu veranlassen. Ich kann hierzu aber nichts Bestimmtes angeben.

Da ich mit Dr. F a b e r sehr gut stand, beinahe mit ihm befreundet war, weiss ich, dass ~~er nicht lange nicht schlafen~~ sich sehr viele Gedanken darüber machte.

Wusste, wie er mir sagte, da die Übersendung des Vorgangs nach Berlin praktisch das Todesurteil für den Polen bedeutete. Dr. F a b e r hat unter diesem Zustand sehr gelitten, bei seinen Vorgesetzten ~~xxxxxxx~~ galt er als "Weichling". Wenn ich irgendwelche Schwierigkeiten hatte oder jemanden helfen wollte, so habe ich mich an Dr. F a b e r gewandt, der, wenn es nur irgendwie ging, half oder mindestens gute Ratschläge gab.

W Mit Bestimmtheit kann ich sagen, dass Dr. F a b e r nicht die Möglichkeit hatte, eine Sonderbehandlung von sich aus anzuordnen und dies auch nicht getan hat, soweit ich unterrichtet bin. Ich weiss nur, dass die Sonderbehandlung jeweils vom Reichssicherheitshauptamt in Berlin befohlen wurde

Wer die näheren Anweisungen zur Durchführung der Exekutionen in Karlsruhe befohlen hat, kann ich nicht angeben, ich meine es wäre immer nur die Unterschrift des Leiters Dr. Schick daruntergestanden. Zur Hinrichtung selbst erschienen dann ein oder zwei Gestapobeamte aus Karlsruhe.

Ich bin davon üb erzeugt, dass Dr. F a b e r in seinem Dienst vieles "abbiegen" konnte, mit dem er innerlich nicht einverstanden war. Bei der Sonderbehandlung von Polen konnte er aber nichts machen. Er war an die Weisungen des RSHA gebunden.

Selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben.

Korn. Korn. i. R.
Gruner

Wann

99 857

Landeskriminalamt
Baden-Württemberg
Sonderkommission -Zentrale Stelle-
Tgb. Nr.: SK.ZSt.I/19-14/60

Betr.: Ermittlungsverfahren
gegen

Dr. Heinrich, Rudolf,
Maria F a b e r ,
verh. Vertreter und fr.
Kriminaldirektor,
geb. am 25.4.1906 in Bernkastel,
wohnhalt in Oelde, Warendorfer
Straße 22,
wegen Beihilfe zum Totschlag

Ludwigsburg, den 25.4.1961

I.

Im Nachgang zu den dortigen Er-
suchen vom 8. und 9.11.60,
Az.: 22 Js 520/60, und unserem
Ermittlungsbericht vom 11.4.61,
legen wir das Ergebnis von
weiteren 6 Exekutionen der auf
Seite 20 unseres Berichtes er-
wähnten Fällen vor.

II.

Es handelt sich um die Exe-
kutionen folgender Personen:

1. Franz S t r o j o w s k i ,
geb. am 9.11.1916 in
Pakuly/Polen.

Strojowski wurde am 13. Oktober
1942 in Ichenheim exekutiert.

Sterbeurkunde ist auf Blatt 9
dieser Akten beigelegt.

2. Josef W o j e z i k ,
geb. am 16.6.1916 in
Rzasnia/Polen.

Wojezik wurde am 13. Oktober 1942
in Ichenheim exekutiert.

Sterbeurkunde ist auf Seite 11
dieser Akten beigelegt.

Dem

Landgericht
z.Hd.v. Herrn Untersuchungsrichter
Landgerichtsrat W a l t e r

K a r l s r u h e

vorgelegt.

Ludwigsburg, den 25.4. 1961

Landeskriminalamt
Baden-Württemberg
Sonderkommission -Zentrale Stelle-
I.A. *(Weida)*

Anlagen: Kriminalhauptkommissar
siehe Rückseite.

Vernehmungsniederschriften zu den 6 aufgeführten Exekutionen •
mit je 1 Mehrfertigung,

1 Beiakte des Landgerichts Offenburg, Az.: II O 108/50

Die Zeugin

Hilda H u s a d e r ,
verw. Laborde, geb. Schäfer,

Vernehmungsschrift siehe Seite 15 dieser Akten, wurde im März 1942 durch den Ortspolizeidiener N u ß b a u m auf das Bürgermeisteramt in Ichenheim einbestellt. Dort wurde sie von 2 Gestapobeamten (R i e t h und W ü r z) erwartet.

Der Zeugin, die zu jener Zeit in anderen Umständen war, hielt der Gestapobeamte R i e t h vor, daß sie mit den in Ziff. 1 und 2 genannten Polen ein geschlechtsvertrauliches Verhältnis gehabt habe und daraus ihr schwangerer Zustand entstanden sei. Dies bestritt die Zeugin.

Die Gestapobeamten hielten ihr vor, daß sie die Unwahrheit sage und nannten einen Zeugen namens

Eugen R o t h ,

der über ihr Verhältnis mit den Polen Angaben machen könnte.

Die Zeugin wurde vorläufig festgenommen und in das Landgerichtsgefängnis Offenburg verbracht. Nach ca. 3 Tagen habe man sie auf das Dienstzimmer des Gestapobeamten R i e t h in Offenburg gebracht. Nachdem auch hier wieder die Zeugin in Abrede stellte, mit den beiden Polen ein geschlechtsvertrauliches Verhältnis gehabt zu haben, schlug ihr der Gestapobeamte R i e t h mehrmals mit den Fäusten ins Gesicht und auf den Kopf, sodaß sie aus Mund und Nase blutete. Dabei nannte R i e t h die Zeugin "Lügnerin" und betonte, daß sie genauso lügen würde wie die beiden Polen.

Daraus ergibt sich, daß auch die Polen etwas Nichtgesehenes nicht zugeben konnten.

Um dem Gestapobeamten die Wahrheit ihrer Angaben zu

beweisen, übergab die Zeugin dem Gestapobeamten R i e t h einen Brief von einem deutschen Soldaten. Dieser Soldat erkannte darin seine Vaterschaft des zu erwartenden Kindes der Zeugin an. Gleichzeitig bat er sie jedoch, seinen Namen nicht zu nennen, weil er verheiratet sei. Der Beamte R i e t h zerrte diesen Brief aus den Händen der Zeugin und zerriß ihn vor ihren Augen. Anschliessend legte er der Zeugin ein Schriftstück zur Unterschrift vor, dessen Inhalt sie jedoch nicht lesen durfte. Die Zeugin weigerte sich, blindlings zu unterschreiben, weshalb ihr von R i e t h abermals Schläge in das Gesicht versetzt wurden.

Trotzdem mit ziemlicher Sicherheit feststand und sogar von der Zeugin mit dem erwähnten Brief bewiesen werden konnte, daß sie nichts mit den beiden Polen hatte, wurde sie unschuldig in das KZ eingeliefert.

Ebenso unschuldig wurden die beiden Polen S t r o j o w s k i und W o j e z i k am 13.10.1942 in Ichenheim gehängt.

Nach der bisherigen Sachlage dürfte einzig und allein die Schuld an der ungerechten KZ-Einlieferung und an dem Tod der beiden Polen der Gestapobeamte R i e t h tragen.

Vermutlich hat R i e t h eine Falschmeldung vorgelegt, denn trotz Schläge hat die Zeugin nicht zugegeben, mit den Polen ein geschlechtsvertrauliches Verhältnis gehabt zu haben. Nach den Aussagen der Zeugin haben auch die beiden Polen dies in Abrede gestellt, weil es ja auch nicht so war. Sollten die beiden Polen diese Beschuldigung zu einem späteren Zeitpunkt evtl. eingestanden haben, so entstand dieses Geständnis bestimmt nur auf Grund vorgenommener Mißhandlungen.

R i e t h wird von der Zeugin V o g t (Aktenseite 19 R) als "Sadist" bezeichnet.

Die Personalien des Rieth lauten:

Julius R i e t h ,
geb. am 19.7.1907 in Stuttgart,
wohnhaft in Stuttgart-Süd,
Alexanderstraße 59.

Er ist z.Zt. bei der Kriminalpolizei Stuttgart als
Kriminalobermeister tätig.

R i e t h wurde noch nicht vernommen. Wir stellen es
in das Ermessen des Gerichts, nach Prüfung des Tatbe-
standes entsprechend zu verfügen.

Mit diesen Akten legen wir gleichzeitig Akten des vor
dem Landgericht Offenburg anhängigen Zivilverfahrens
zu Az.: II O 108/50 vor.

Diese Akten bitten wir nach Auswertung dem Landgericht
in Offenburg zurückzusenden.

3. Stanislaw J a n a s z e k ,
geb. am 15.9.1915 in Wies-Sukow/Polen.

Janaszek wurde am 1.Juli 1941 in Gernsbach exekutiert.
Sterbeurkunde ist beigelegt.

Janaszek war in der Mühle Langenbach in Gernsbach be-
schäftigt. Er hatte mit der

Margot K r i e g , geb.Göbel,

(Vernehmung ist beigelegt), ein geschlechtsvertrauliches
Verhältnis. Nach Angaben dieser Zeugin habe der Knecht
der genannten Mühle namens K r i e g , der gefallen ist,
dieses Verhältnis weitererzählt.

Frau K r i e g wurde dieserhalb vom Amtsgericht Karlsruhe - 3 Ds 3/41 - wegen unterlaubten Umgangs mit Kriegsgefangenen zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt.

Bei einem Privatklageverfahren vor dem Amtsgericht Rastatt zu Az.: 3 G 26/59 nannte H u t z den Antragsteller S a x Schwindler und Kohlenhändler. In dem daraufhin vor dem Amtsgericht Rastatt zu Az.: 6 Es 11/60 anhängigen Verfahren wegen Beleidigung stellte sich heraus, daß H u t z nicht "Kohlenhändler" sondern "Polenhenker" dem S a x vorwarf. Auf Grund dessen wurde von der Staatsanwaltschaft Baden-Baden zu Az.: 3 Js 844/60 ein Verfahren gegen S a x wegen Beihilfe zum Mord eingeleitet, das jedoch am 17.10.1960 eingestellt wurde. Im Zuge dieses Verfahrens wurden von der StA Baden-Baden auch die Strafakten des Amtsgerichts Karlsruhe gegen Margot G ö b e l (jetzt verh. K r i e g) - 3 Ds 3/41 - sowie die Personalakten über Margot Göbel der Frauenanstalt Gotteszell Nr. 157/41 beigezogen.

Sämtliche Akten wurden von der StA Baden-Baden mit Schreiben vom 17. Oktober 1960, Az.: 3 Js 844/60, dem Herrn Generalstaatsanwalt in Karlsruhe vorgelegt. Eine Abschrift dieses Schreibens wurde gefertigt und ist beigelegt.

Daraus geht hervor, daß der Veranlasser des früheren Ermittlungsverfahrens gegen Margot G ö b e l - 5 Js 118/41 - der Staatsanwaltschaft Karlsruhe, der frühere Amtsgerichtsrat R e u s aus Gernsbach war.

c.
s. 925

R e u s soll jetzt Amtsgerichtsdirektor und Vorstand des Amtsgerichts Karlsruhe sein.

In dem erwähnten Schreiben der Staatsanwaltschaft Baden-Baden ist angeführt, daß R e u s Landgerichts-

direktor sei, was jedoch auf einem Irrtum beruht.

Aus den dem Herrn Generalstaatsanwalt übersandten Akten der Staatsanwaltschaft Baden-Baden - 3 Js 844/60 - geht hervor, daß ein Polizeibeamter als Zeuge vernommen worden sein soll, der eindeutig und klar behauptet, daß der frühere Amtsgerichtsrat R e u s , der früher in Gernsbach tätig war, die Anzeige bei der Polizei gegen die G ö b e l und den Polen erstattet hat.

Es soll sogar so gewesen sein, daß die Polizei zunächst überhaupt nichts veranlasste, jedoch dann nicht mehr umhin kam, nachdem R e u s wiederholt darauf drängte, Schritte zu unternehmen.

Es dürfte somit feststehen, daß R e u s am Tod des Polen J a n a s z e k schuldig ist.

4. Bernhard P e r z y n s k i ,
geb. am 10.6.1914 in Sierakowck/Polen.

Perzynski wurde am 14.1.1942 in Schiltach exekutiert.

Die Sterbeurkunde ist beigelegt.

P e r z y n s k i , der beim Metzgermeister S a u t t e r in Schiltach arbeitete und wohnte, hatte mit der im gleichen Anwesen wohnhaft gewesenen

Frau F i s c h e r

ein geschlechtsvertrauliches Verhältnis.

Nach den bisherigen Ermittlungen steht fest, daß Frau S a u t t e r dem Zeugen E s c h m a n n darüber Mitteilung machte. Eschmann wiederum teilte dies den Zeugen

M o r l o k und N ä g e r

mit. Beide waren Zellenwart ~~in~~ der NSDAP.

M o r l o k soll darüber dem Ortsgruppenleiter
N e u g a r d Mitteilung gemacht haben. Im Auftrage
von Neugard meldete Morlok die Vermutung der Genarmerie
in Schiltach. Der Gendarmeriebeamte K ü c h e r e r
ist verstorben, so daß nicht mehr überprüft werden
konnte, ob er die Angelegenheit der Gestapo gemeldet
hat.

5. Wladyslaw S z m e h l i k ,
geb. am 10.5.1923 in Gerny-Dnajec/Polen.

Szmehlik wurde am 10.4.1942 in Rohrbach exekutiert.
Sterbeurkunde ist beigelegt.

S z m e h l i k soll zu jener Zeit an dem 4 Jahre
alten Töchterchen seines Arbeitgebers K u h m a n n
unzüchtige Handlungen begangen haben.

Die Anzeige wurde von dem inzwischen verstorbenen
Josef W i c k e n h ä u s e r erstattet.

Aktenvorgänge über die Exekution waren bei der
Staatsanwaltschaft Heidelberg - 1 Js 2335/55 - anhängig.
Diese Akten liegen bereits dem ^{Herrn} Untersuchungsrichter
in Karlsruhe vor.

6. Jan G i e c h o n o w s k i ,
geb. am 6.8.1911 in Sendow/Polen.

Giechonowski wurde am 24.11.1942 in Haslach exekutiert.
Sterbeurkunde ist beigelegt.

G i e c h o n o w s k i. hatte mit der als Zeugin ver-
nommenen

Katharina B ü r g e r

ein geschlechtsvertrauliches Verhältnis.

Es konnte jedoch nicht festgestellt werden, wer darüber
der Gestapo Mitteilung gemacht hat.

III.

Um weitere Weisung über evtl. noch zu tätige
Ermittlungen, insbesondere zu den Exekutionen
S t r o j o w s k i , W o j e z i k und
J a n a c z e k , bei denen unter Umständen die
Personen R e u s und R i e t h als Beschuldigte
in Frage kommen könnten, wird gebeten.

Heidt
(Heidt), KM

Beglaubigte Abschrift aus dem Sterbebuch

des Standesamts Ichenheim

108

877

Nr. 24

C c

Ichenheim -----, den 13. Oktober 1942
Der polnische Landarbeiter Franz Strojowski -----

wohnhaft in Ichenheim, Wilhelmstraße 11 -----
ist am 13. Oktober 1942 ----- um -----8 Uhr -----15 Minuten
in Ichenheim ----- verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 9. November 1916 -----
in Pakuly, Kreis Kunki -----

(Standesamt Pakuly ----- Nr. -----)

Vater: Wladyslaw Strojowski, Landarbeiter, wohnhaft in
Pakuly -----

Mutter: Marianne geborene Damska, Landarbeiterin, -----
wohnhaft in Pakuly -----

Der Verstorbene war — nicht — verheiratet -----

Eingetragen auf mündliche — schriftliche — Anzeige des Krim. Sekret. ---
Julius Rieth, Gestapo Offenburg -----

Der Anzeigende hat sich durch Kennkarte ausgewiesen --
und ist dem Standesbeamten hinreichend bekannt. -----

Vorgelesen, genehmigt und ----- unterschrieben

----- Julius Rieth -----

Der Standesbeamte

In Vertretung: Heimbürger

Todesursache: -----

Eheschließung des Verstorbenen am ----- in -----

(Standesamt ----- Nr. -----)

Die Übereinstimmung der Abschrift mit dem Eintrag im Sterbebuch wird hiermit beglaubigt.



Ichenheim, den 2. März 1961

Der Standesbeamte

Gebührenfrei
nur für Dienstgebrauch

i.V. Wink

Beglaubigte Abschrift aus dem Sterbebuch

des Standesamts Ichenheim

109

874

Nr. 25

C c

Ichenheim -----, den 13. Oktober 19 42

Der polnische Landarbeiter Josef Wojezik -----

wohnhaft in Ichenheim, Rheinstraße 14 -----

ist am 13. Oktober 1942 ----- um 8 Uhr ----- 15 Minuten

in Ichenheim ----- verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 16. Juni 1916 -----

in Rzasnia, Kreis Wielun -----

(Standesamt Rzasnia ----- Nr. -----)

Vater: Michael Wojezik, Landarbeiter, wohnhaft in -----

Rzasnia -----

Mutter: Bronislawa geborene Dubak, Landarbeiterin, -----

wohnhaft in Rzasnia -----

Der Verstorbene war — nicht — verheiratet -----

Eingetragen auf mündliche — ~~schriftliche~~ — Anzeige des Krim. Sekret. ---

Julius Rieth, Gestapo Offenburg -----

Der Anzeigende hat sich durch Kennkarte ausgewiesen --

und ist dem Standesbeamten hinreichend bekannt. -----

Vorgelesen, genehmigt und ----- unterschrieben

----- Julius Rieth -----

Der Standesbeamte

In Vertretung: Heimbürger

Todesursache: -----

Eheschließung de ----- Verstorbenen am ----- in -----

(Standesamt ----- Nr. -----)

Die Übereinstimmung der Abschrift mit dem Eintrag im Sterbebuch wird hiermit beglaubigt.



Ichenheim -----, den 2. März 1961

Der Standesbeamte

Gebührenfrei
nur für Dienstgebrauch

i.V. *Wank*

Gernsbach, den 1. Juli 1941

Der polnische Zivilarbeiter Stanislaw
Janaszek, römisch katholisch
wohnhaft in Gernsbach, Klingelstraße 17
ist am 1. Juli 1941 um 8 Uhr 05 Minuten
in Gernsbach verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 15. September 1915
in Wies Suków
(Standesamt Nr.)

Vater: Jan Janaszek, Landwirt wohnhaft in Bileza, Post
Morawice, Kreis Kielce

Mutter: Stefanie Janaszek geborene Robak verstorben in
Suków

Der Verstorbene war ~~nicht~~ verheiratet mit Juliane Janaszek
geborene Nosek wohnhaft in Bileza, Post Morawice, Kreis
Kielce.

Eingetragen auf ~~mündliche~~ schriftliche - Anzeige der Polizeiverwaltung
Gernsbach vom 1. Juli 1941.

~~Der~~ Anzeigende

~~Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben~~

Der Standesbeamte
In Vertretung

Karl B i p p e s

Todesursache: Herztod

Eheschließung des Verstorbenen am in
(Standesamt Nr.).

Die Abereinftimmung der umseitigen Abfchrift mit den Eintragungen im Sterbebuch wird
hiermit beglaubigt.



Gernsbach, den 20. Februar 19 61

Der Standesbeamte

I.V.:

Für amtliche Zwecke
Gebührenfrei

S c h i l t a c h - 14. Januar - - 19 42

Schiltach, den
7. Mai 1946.Gemäss dem am 11.
April 1946 rechts-

kräftig gewordenen

Beschuß des Amts-

gerichts Offen-

burg (U.R.III 15/
46) wird die Ein-

tragung dahin be-

richtet:

"Der Familienname

des Verstorbenen

und seiner Eltern

lautet wichtig

"Perzynski".

Der Standesbeamte:

P. Wolber

Der polnische Zivilarbeiter Bernard Podzinski,

katholisch, - - - - -

in Schiltach, Hauptstrasse 32 - - - - -

ist am 14. Januar 1942 - - - - - um 10 Uhr 20 Minuten

in Schiltach - - - - - verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 10. Juni 1914 - - - - -

in Sierakowck (ehemaliges Polen) - - - - -

(Standesamt - - - - - Nr. - - - - -)

Vater: Josef Podzinski, Schneider, wohnhaft in Puotsk

Mutter: Kataßyna geborene Dymzakow, zuletzt wohnhaft

in Puotsk - - - - -

Der Verstorbene war - nicht - verheiratet - - - - -

Eingetragen auf mündliche - ~~schriftliche~~ - Anzeige des Kriminalsekretärs

Julius Rieth, wohnhaft in Offenburg - - - - -

Der Anzeigende ist dem Standesbeamten bekannt. Er erklärt,
er sei von dem Sterbfall aus eigener Wissenschaft unter-
richtet. - - - - -

Vorgelesen, genehmigt und - - - - - unterschrieben

Julius Rieth - - - - -

Der Standesbeamte

Gross

Todesursache: - - - - -

Eheschließung des Verstorbenen am - - - - - in - - - - -

(Standesamt - - - - - Nr. - - - - -).

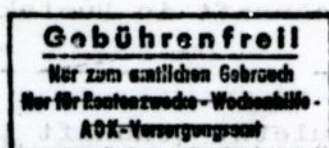
Die Übereinstimmung der umseitigen Abschrift mit den Eintragungen im Sterbepuch wird hiermit beglaubigt.

Schiltach - - - - , den 10. April - - 19 61



Der Standesbeamte

In Vertretung: *[Signature]*



des Standesamts Rohrbach am Gießhübel

Nr. 6

117

Rohrbach, den 10. April 1942

Der polnische Landarbeiter Wladyslaw S z m e h l i k, katholisch
wohnhaft in Rohrbach am Gießhübel - - - - -

ist am 10. April 1942 um 9 Uhr 14 Minuten - - - - -
in Rohrbach Gewann Neuberg verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 10. Mai 1923 in Gerny - Dnajec - - -
(Polen)

Standesamt - - - - - Nr. - - - - -

Vater: Wincynty Szmehlik Maurer in Gerny - Dnajec (Polen) - - - - -

Mutter: Franziska Szmehlik geborene Paluka zuletzt wohnhaft in
Gerny - Dnajec - - - - -

Der Verstorbene war nicht verheiratet - - - - -

Eingetragen auf mündliche Anzeige des Johann Oettinger Kriminal-
obersekretär bei der Geheimen Staatspolizei in Heidelberg - - - - -

Der Anzeigende ist bekannt und erklärt, daß er bei dem Tode des
Verstorbenen selbst zugegen gewesen sei. - - - - -

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Johann Oettinger

Der Standesbeamte

In Vertretung: Fischer

Die Übereinstimmung der Abschrift mit dem Eintrag im Sterbebuch
wird hiermit beglaubigt.

Rohrbach am Gießhübel, den 20. Februar 1961



Der Standesbeamte:

I.V.

127

Beglaubigte Abschrift aus dem Sterbepbuch

des Standesamts Haslach i.K. -----

115 973

Nr. 65 -----

C c

Haslach i.K. -----, den 24. November - 19 42

Der Landarbeiter Jan Giechonowski -----

-----, katholisch -----

wohnhaft in Hofstetten, Spänlehof -----

ist am 24. November 1942 ----- um -- 9 -- Uhr 20 -- Minuten

in Haslach i.K. ----- verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 6. August 1911 -----

in Sendow, Kreis Turek. -----

(Standesamt ----- Nr. -----)

Vater: Stanislaus Giechonowski, Landarbeiter, verstorben und zuletzt wohnhaft in Sendow. -----

Mutter: Juliana Giechonowski geborene Stympinska, wohnhaft in Waskowiecz. -----

Der Verstorbene war ~~nicht~~ verheiratet mit Josefa Giechonowski geborene Janiak, wohnhaft in Sendow. -----

Eingetragen auf mündliche ~~schriftliche~~ Anzeige des Kriminalsekretärs Julius Rieth, wohnhaft in Offenburg. -----

Der Anzeigende ist dem Standesbeamten bekannt. Er erklärte, daß er bei dem Sterbfall zugegen gewesen sei. -----

Vorgelesen, genehmigt und ----- unterschrieben
Julius Rieth. -----

Der Standesbeamte

In Vertretung: Krafft. -----

Todesursache: -----

Eheschließung de ----- Verstorbenen am ----- in -----

(Standesamt ----- Nr. -----)

Die Übereinstimmung der Abschrift mit dem Eintrag im Sterbepbuch wird hiermit beglaubigt.

Haslach i.K. -----, den 10. März 1961. --

Der Standesbeamte



Nr. 2

C 1161103

Heinrichshof, den 8. August 1944

Der Josef Procel, polenischer
Zivilarbeiter, katholisch
wohnhaft zuletzt in Heuberg Gde. Heinrichshof
ist am 8. August 1944 um 8 10 Uhr Minu:
in Heuberg Gde. Heinrichshof verstorben

Der Verstorbene war geboren am 10. Juli 1912
in Strammshausen
(Standesamt Kalisch Nr. _____)

Vater: Michael Procel, Landwirt
in Strammshausen Kr. Kalisch

Mutter: Anna geb. Fendrichshausen
wohnhaft in Kalisch

Der Verstorbene war — nicht verheiratet —

Eingetragen auf mündliche — schriftliche — Anzeige der Gemeinsamen
Nachbarn, Kr. Heuberg

Der Anzeigende hat sich durch Unterschriften
8775 ausgewiesen

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Bernhard Heuberg,
municipalbeamter

Der Standesbeamte:

In Vertretung: [Signature]

Todesursache:

Eheschließung des Verstorbenen am in

(Standesamt

Nr.

Landgericht Karlsruhe
Der Untersuchungsrichter

117 1119
zZt. Bremen, den 9. Mai 1961.

Gegenwärtig:

Landgerichtsrat Walter
als Untersuchungsrichter,
Justizangestellter Freimüller
als Urkundsbeamter.

Voruntersuchung gegen Dr. Heinrich
F a b e r wegen Beihilfe zum
Totschlag.

Auf Ladung erscheint in den Räumen des Amtsgerichts
Bremen der nachbenannte Zeuge. Er wurde gemäss § 55, 57 StPO
belehrt und gab an:

Zur Person:

Bernhard S t e i n h o f f, 48 Jahre alt, verheiratet,
Kaufmann in Bremen, Alten Eichen 3a, mit dem Angeschuldig-
ten nicht verwandt und nicht verschwägert.

Zur Sache:

Etwa im Sommer 1938 kam ich als Kriminalassistentenanwärter
im Vorbereitungsdienst zur Geheimen Staatspolizei - Aussen-
stelle - Konstanz - Grenzpolizeikommissariat. Bis Kriegs-
beginn war ich ausschliesslich im Grenzdienst tätig. Nach
Kriegsausbruch kam ich zur Abteilung II, der politischen
Abteilung der Gestapo- Aussenstelle. Abteilungsleiter war
Kriminalsekretär R i e s s l a n d. Ausser mir arbeiteten
noch auf Abteilung II die Kriminalbeamten Z a c h a r i a s
und L e h m a n n. An andere kann ich mich momentan nicht
erinnern. Während des Krieges war Dienststellenleiter der
Kriminalinspektor H i n z.

Die Abteilung II war nicht besonders unterteilt. Es bear-
beitete jeder die gerade anfallenden Sachen.

In Konstanz verblieb ich bis zum Jahre 1942/43, einen genauen Zeitpunkt kann ich nicht angeben. Ich war dann später einige Monate auf der Gestapo-Leitstelle in Karlsruhe im Referat N tätig, wobei ich mit politischen Dingen nichts mehr zu tun hatte. Anschliessend kam ich dann nach Norwegen.

Aus meiner Tätigkeit bei der Gestapo in Konstanz ist mir bekannt, dass durch einen Erlass des Reichsführers SS den polnischen Zivilarbeiter der Umgang mit deutschen Mädchen und Frauen bei Todesstrafe verboten war. Wenn ein Pole ~~totale~~ gegen dieses Verbot verstieß und es wurde dies bekannt, so erfolgte meist über Gendarmerie, Bürgermeisteramt oder die Partei eine Anzeige an die Geheime Staatspolizei. Ein Kriminalbeamter der Abteilung II bekam den Fall ~~zur Bearbeitung~~ vom Dienststellenleiter zur Bearbeitung zugewiesen, ~~manchmal hatte auch der Abteilungsleiter die Sache einem Beamten zugewiesen~~. Hierauf wurden das Mädchen, ~~und~~ der Pole und etwaige Zeugen vernommen. Bei den Vernehmungen des Polen habe ich ursprünglich lediglich gedolmetscht, weil ich die polnische Sprache beherrsche. Später habe ich dann auch selbst Vernehmungen in polnischer Sprache durchgeführt. Ich kann mich nicht erinnern, dass es hierbei zu Misshandlungen der Beschuldigten gekommen ist. Das Mädchen und der Pole wurden von der Stapo in Schutzhaft genommen und in das zuständige Gefängnis eingeliefert. Wenn aus dem Gefangenenbuch des Gefängnisses Konstanz hervorgeht, dass auch ich einmal 4 Personen, drei Mädchen und ein Pole, eingeliefert habe, so kann dies seine Richtigkeit haben, ich kann mich an den Vorgang heute aber nicht mehr erinnern.

In der ersten Zeit meines Aufenthalts in Konstanz wurde ich verschiedentlich auch zu Dolmetscherdiensten der Leitstelle Karlsruhe angefordert. Hierbei musste ich meist

an Exekutionen von Polen auf dem Lande teilnehmen. So erklärt sich meine Teilnahme an verschiedenen Exekutionen von Polen an Orten ausserhalb des Bereichs der Aussenstelle Konstanz, wie es das Verzeichnis AS. 23 ausweist. Ich kann mich im einzelnen an diese Vorfälle nicht mehr erinnern, auch kann ich nicht sagen, ~~ob und~~ welche Fälle ich in dem Verzeichnis AS. 179 im Bereich Konstanz bearbeitet habe.

Im Allgemeinen kann ich zur Bearbeitung dieser Polensachen sagen, dass nach Abschluss der Vernehmungen und Ermittlungen der Vorgang dem Referatsleiter vorgelegt wurde. Dem Vorgang wurde vom Sachbearbeiter ein "Schlussbericht" beige-fügt. Ich weiss genau, dass dieser Schlussbericht keinen Vorschlag über die Weiterbehandlung des Falles enthielt. Ich meine damit jedenfalls die Fälle, die ich kenne. Der Referatsleiter besprach hierauf die Angelegenheit mit dem Dienststellenleiter. Das Ergebnis der Besprechung teilte der Referatsleiter dem Sachbearbeiter mit, welcher ein entsprechendes Anschreiben nach Karlsruhe zu entwerfen hatte. In diesem Anschreiben kann nun ein "Vorschlag über Sonderbehandlung" des Polen ^{enthalten} gewesen sein. Ob er in jedem Falle ^{gemacht wurde} ~~enthalten war~~, weiss ich nicht. Es kann durchaus möglich sein, dass gleichzeitig auch auf den Erlass des RSHA Bezug genommen wurde. Ich glaube nicht, dass jemals der Vorschlag gemacht wurde, den Polen, statt der Sonderbehandlung zuzuführen, in ein KZ einzuweisen. Der Übersendungsbericht wurde hierauf vom Sachbearbeiter nach der Anweisung des Referatsleiters geschrieben und dem Dienststellenleiter zur Unterschrift vorgelegt. Hierauf gingen die Akten mit dem Anschreiben ~~an~~ ^{an} die Leitstelle nach Karlsruhe. Zunächst wussten wir Sachbearbeiter in Konstanz nicht, was unter "Sonderbehandlung" zu verstehen war. Es ist daher durchaus möglich, dass wir in Unkenntnis der Bedeutung des Wortes "Sonderbehandlung" diese vorgeschlagen haben. Erst als die erste Exekution stattfand, war uns der Sinn dieses Wortes klar.

Über die Bearbeitung des Falles bei der Leitstelle in Karlsruhe kann ich nichts angeben. Ich weiss lediglich, dass Dr. F a b e r Leiter der Abteilung II in Karlsruhe war. Aus verschiedenen Unterhaltungen mit ihm weiss ich, dass er innerlich gegen diese Exekutionen eingestellt war. Wenn der Fall aber klar war, weil Beispielsweise der Pole und das Mädchen einen Geschlechtsverkehr zugegeben haben oder der Pole das Mädchen vergewaltigt hatte, was einigemal vorgekommen ist, so hatte Dr. F a b e r wohl keine andere Wahl, als die Sonderbehandlung des Polen in Berlin vorzuschlagen. Mit Bestimmtheit kann ich aber sagen, dass die Leitstelle in Karlsruhe nicht endgültig über das Schicksal des Polen entschieden hat. Ob der Fall in Karlsruhe nochmals überprüft wurde, kann ich nicht angeben.

Einige Zeit später kam von der Leitstelle in Karlsruhe bei der Aussenstelle ein Schreiben ein, worin die Leitstelle mitteilte, dass der Pole soundso an einem bestimmten Tag auf Befehl des Reichsführers SS aufzuhängen sei und wir die nötigen Vorbereitungen zur Exekution zu treffen hätten. Es wurde uns auch aufgegeben, die örtlichen Behördenleiter zu der Exekution zu beordern, die Gendarmerie aufzufordern, die im Umkreis des Beschäftigungsortes des Polen eingesetzten polnischen Zivilarbeiter zur Exekutionsstätte zu führen. Bei der eigentlichen Exekution waren diese Polen nicht dabei, sie wurden nur nachher zur Abschreckung an dem Erhängten vorbeigeführt. Auch hatten wir den Amtsarzt zu bestellen, welcher den Tod des Erhängten jeweils feststellte.

Dem Delinquenten wurde vor der Hinrichtung durch den Dienststellenleiter von Karlsruhe, Dr. S c h i c k, oder manchmal auch durch seinen Stellvertreter, Dr. F a b e r, der Befehl des Reichsführers SS vorgelesen. Ich kann mich nicht ent -

sinnen, das Original eines solchen Befehles gesehen zu haben. Ich hatte jedenfalls die Aufgabe, nach Verlesung dieses Schreibens durch Dr. S c h i c k oder Dr. Faber den Inhalt eines Zettels, der mir von diesen Herrn übergeben wurde, dem Polen auf polnisch bekanntzugeben. Der Inhalt dieser Mitteilung lautete etwa folgendermassen :

"Sie (es folgte der Name) haben, obwohl Ihnen bekannt war, dass hierauf die Todesstrafe ruht, mit der deutschen (es folgte der Name) geschlechtliche Beziehungen unterhalten.

Sie werden auf Befehl des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei vom (es folgte das Datum) heute hier gehängt. "

Bei den Herren aus Karlsruhe habe ich nie ein Original - schreiben gesehen, ich bin der Meinung, dass diese bereits in Karlsruhe einen Auszug aus dem Vorgang gefertigt haben, welchen ich dann zur Verlesung bringen sollte bzw. verdolmetschen musste. Dem Polen selbst ^{nur} 24 Stunden vor seiner Hinrichtung seine Exekution von mir oder einem anderen Beamten eröffnet. Die Erhängung selbst fand ~~in aller Öffentlichkeit~~ vor den Personen statt, die auf Anweisung der Leitstelle Karlsruhe dorthin befohlen waren. Es ist völlig ausgeschlossen, dass, wie der Zeuge O t t behauptet, jemals Schulkinder oder ausser den aufgeforderten Personen überhaupt andere Leute der Exekution beiwohnen oder beobachten konnten.

Nach der Exekution wurde das Standesamt benachrichtigt. Wenn sich hierbei einmal meiner Unterschrift als die des Anzeigenden befindet, so mag das wohl stimmen.

Bei allen Erhängungen, bei denen ich als Dolmetscher auf Anweisung meiner Vorgesetzten teilnehmen musste, waren entweder Dr. S c h i c k oder Dr. F a b e r anwesend.

Wenn Dr. S c h i c k oder Dr. Faber gegenüber dem Baum Aufstellung genommen hatten, wurde der Pole vor-~~dem~~^{dem Herrn} geführt und vernahm dann aus ~~seinem~~^{dem} Mund auf deutsch, dass er jetzt gehängt werden ~~sollte~~. Dr. Faber oder Dr. Schick haben dann keine weiteren Anweisungen gegeben. Nach der Verlesung durch Dr. Schick oder Dr. Faber trat ich ~~dann~~ vor und übersetzte dem Polen die Worte des Herrn aus Karlsruhe. Daraufhin traten die Polen hinzu, welche die eigentliche Erhängung am Baum vornahmen. Die Polen legten dem Delinquenten ~~auch~~ den Strick um den Hals und stiessen ihn dann vom Wagen, auf dem er stand, sodass er zum Hängen kam. Dies spielte sich alles reibungslos ab, ohne dass Dr. Faber oder Dr. Schick irgendwelche Befehle oder Anweisungen zu geben brauchten. Ich bin der Auffassung, dass Dr. Schick oder Dr. Faber als Vertreter des Reichsführers SS ~~an~~ der Exekution beigewohnt haben, ^{gewinnungsfür} als "Übermittler des Urteils."

Nach der Exekution fanden sich die Anwesenden, wie es offiziell hiess, "zu einem Umtrunk zur Wiederherstellung des seelischen Gleichgewichts" in einem Gasthaus zusammen. Die Kosten dieses Umtrunks wurden von der Leitstelle Karlsruhe getragen.

Bei einem solchen Zusammentreffen sagte mir einmal Dr. F a b e r, er ~~könnte sich nicht vorstellen~~ hätte keine Freude mehr an einem Baum, weil er im Geiste ^{immer} einen Polen dranhängen sähe. Ich folgerte hieraus, dass diese Angelegenheit Dr. Faber ^{immer} sehr stark belastet hat. Ich bin der Überzeugung, dass es keine Exekution gegeben hätte, wenn es in der Hand Dr. Fabers gelegen hätte, den Fall anders zu erledigen.

Selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben.

Heinrich Himmler

Nr. 2

C 173
1135

Minshof —, den 8. August 1944

Der Josef Procel, polnischer
Zwangsarbeiter, katholisch
wohnhaft zuletzt in Homburg Gde. Minshof
ist am 8. August 1944 um 8 40 Uhr Minu
in Homburg Gde. Minshof verstorben

Der Verstorbene war geboren am 10. März 1912
in Hermannshausen
(Standesamt Kalisch Nr.

Vater: Michael Procel, Landwirt
in Hermannshausen Kr. Kalisch

Mutter: Anna geb. Fiedersbach
wohnhaft in Kalisch

Der Verstorbene war — nicht verheiratet —

Eingetragen auf mündliche — schriftliche — Anzeige der Ehefrau
Rachpeltz, Frau. M. Minshof

Der Anzeigende hat sich durch Unterschriften
8775 ausgewiesen

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Friedrich Heunhof
municipalassistent

Der Standesbeamte:

Dr. Heinrich Minshof

Todesursache:

Eheschließung der Verstorbenen am in

(Standesamt Nr.

Der Untersuchungsrichter
beim Landgericht Karlsruhe
VU 5/60

124 1145
z.Zt. Münster, den 24. Mai 1961

Vor:

Landgerichtsrat W a l t e r
als vernehmender Richter

Strafsache gegen Dr. F a b e r
wegen
Beihilfe zum Totschlag

Angestellte Streitbürger
als Protokollführerin.

In obiger Strafsache erschien auf Vorladung
auf der Polizeidirektion in Münster der Angeschuldigte

Dr. Heinrich F a b e r .

Es wurde ihm die Verfügung des Untersuchungs-
richters vom 27. April 1960 (Aktz. 175) bekanntgegeben
und er mit dem bisherigen Ermittlungsergebnis vertraut
gemacht.

Es wurde ihm eröffnet, daß ihm Gelegenheit gegeben sei,
zu der erhobenen Beschuldigung Stellung zu nehmen und es
ihm freigestellt sei, sich hierzu ~~überhaupt~~ zu äußern.

Er erklärte:

Ich will Angaben machen.

Zur Person:

Ich bin am 25. April 1900 zu Bernkastel an der Mosel
als Sohn des Rechnungsrates beim Amtsgericht in Bernkastel
Rudolf Faber und seiner Ehefrau Elisabeth, geb. Efferz,
geboren. Meine Mutter lebt noch in Bernkastel. Meine einzi-
ge Schwester ist gestorben. Ich entstamme einer alten Be-
amtenfamilie. Mein Großvater war Kanzleirat beim Landrats-
amt in Bernkastel, mein Urgroßvater Katasterkontrolleur
in Saarburg und mein Ururgroßvater Notar in Bernkastel.
Ich bemerke dieses deshalb, um darzutun, daß ich nicht von
ungefähr die Beamtenlaufbahn eingeschlagen habe.

Ich besuchte nacheinander die Volksschule in Bernkastel, danach die höhere Knabenschule und schließlich das humanistische Kaiser-Wilhelms-Gymnasium zu Trier, wo ich Sommer 1918 das Abitur abgelegt habe.

Ich studierte hierauf auf der Universität Bonn 9 Semester klassische Sprachen und Geschichte. Am 9.3.1923 promovierte ich an der Universität Bonn zum Doktor der Philosophie.

Anschließend war ich als Mitarbeiter beim Arbeitgeberverband in Trier tätig, hierauf als Direktionssekretär bei der Darmstädter und Nationalbank, Filiale Trier. Im Jahre 1925 trat ich als Volontär in die kommunale Verwaltung ein und war auf dem Bürgermeisteramt Lieser und dem Landratsamt in Bernkastel beschäftigt. 1926 legte ich beim Oberpräsidium in Koblenz das Landbürgermeisterexamen ab. Ich bewarb mich hierauf bei verschiedenen Verwaltungs- und Justizstellen um Übernahme als Anwärter in den mittleren Beamtendienst, da an ein Unterkommen als Landbürgermeister in absehbarer Zeit nicht zu denken war. Ich kam schließlich 1926 durch Vermittlung des Prälaten K a s in Trier und des Ministerialdirigenten K l a u s e n e r, dem Leiter der Katholischen Aktion, zur Staatlichen Polizei und begann als Kriminalkommissaranwärter beim Polizeipräsidium in Dortmund, wo ich 1927, nach dem Besuch der Polizeischule in Eiche bei Berlin zum Kriminalkommissar ernannt wurde. Im Jahre 1928 erfolgte meine Versetzung zum Kriminal- und Grenzkommissariat Groß-Czymochen in Ostpreußen. Ab Ende 1928 war ich Kriminalkommissar bei der Landeskriminalpolizeistelle Gumbinnen mit Dienstsitz in Tilsit. Ich war dort mit der Bearbeitung der politischen Angelegenheiten beauftragt, was doch wohl für meine politische Zuverlässigkeit im Sinne der Weimarer Verfassung sprach. U.a. hatte ich mit der Überwachung der NSDAP und ihrer zeitweise verbotenen Gliederungen, insbesondere der SA, zu tun, was mir auf Seiten der NSDAP keine Sympathien eintrug. Neben der Abteilung I A, politische Polizei, deren Leiter ich war, habe ich noch die Spionageabwehr ~~geleitet~~ ^{geleitet}.

In der Zeit nach 1933 versuchte ich mehrfach von der poli-

tischen Polizei zur Kriminalpolizei zurückversetzt zu werden, da ich mit dem neuen politischen Kurs nicht ~~ganz~~ einverstanden war. Gegen meinen Willen wurde ich jedoch auf 1.2.1938 n i c h t zur Kriminalpolizei, sondern zur Geheimen Staatspolizeileitstelle nach Karlsruhe versetzt. Dieser Versetzung konnte ich nicht widersprechen. In Karlsruhe wurde ich Leiter der politischen Abteilung II. Ich blieb dort bis Herbst 1944, als ein neuer Stapoleiter ~~XX~~. G m e i n e r kam, welchem ich auf Grund meines Werdeganges nicht politisch zuverlässig erschien. Er beantragte meine Versetzung; ich kam zur Außenstelle der Staatspolizei in Osnabrück, wo ich bis Kriegsende verblieb. Ich war Leiter dieser Außenstelle. Die ~~Leit~~^{Haupt}stelle war in Bremen. Nach Kriegsende mußte ich mir eine neue Existenz suchen und fand diese als Hilfsarbeiter, Angestellter, Verkäufer und Vertreter in einer Holzwarenfabrik in Oelde. Heute bin ich selbständiger Handelsvertreter. Mein monatliches Nettoeinkommen beträgt etwa 500.00 DM. Ich wohne in Oelde i. Westf., Warendorferstraße 22.

Am 23. März 1951 wurde ich durch den Hauptausschuß für die Entnazifizierung im Regierungsbezirk Osnabrück (Aktz. VE 23695/51) entnazifiziert und hierbei in die Kategorie IV " als Unterstützer des Nationalsozialismus " eingereiht mit der Maßnahme, daß ich zum Kriminalrat zurückgestuft wurde. Ich war nämlich mittlerweile im Jahre 1940 zum Kriminaldirektor befördert worden.

Gerichtlich und disziplinarisch bin ich nicht vorbestraft.

Während des ersten Weltkrieges war ich Matrose und zuletzt Vize-Seekadett. Nach Wiedereinführung der Wehrmacht machte ich verschiedene Übungen und wurde schließlich Feldwebel und Reserveoffizier-Anwärter. Einen Kriegs- oder Feindeinsatz habe ich nicht gehabt.

Vor 1933 stand ich der Zentrumspartei sehr nahe. 1932 sollte ich in Tilsit Stadtverordneter der Zentrumspartei werden. Mitglied dieser Partei war ich nicht. Der NSDAP bin ich im März 1933 beigetreten. Der allgemeinen SS habe ich nicht angehört. Während des Krieges erhielt ich als

1151
127

Kriminaldirektor den Angleichungsdienstgrad eines SS-Sturmabführers und eine entsprechende Uniform vom Staat gestellt.

Ich gehöre der katholischen Konfession an. Von 1938 bis 1945 war ich unter dem Druck der Verhältnisse nicht Mitglied der Kirche./Am 21.12.1935 verheiratete ich mich in Königsberg mit Friedel Sturmhoefel. Ich ließ mich in Königsberg auch kirchlich in aller Stille trauen. Die Verkündung meines Aufgebotes von der Kanzel entfiel mit bischöflicher Genehmigung. Aus der Ehe ist eine Tochter hervorgegangen, welche heute 19 Jahre alt ist. Sie ist berufstätig und lebt in meinem Haushalt.

Zur Sache:

Wie soeben angegeben, war ich vom 1.2.1938 bis Herbst 1944 Leiter der Abteilung II bei der Staatspolizeileitstelle in Karlsruhe. Zu meinem Aufgabengebiet gehörte ~~in~~ die Bearbeitung staatsfeindlicher Bestrebungen von rechts- und linksradikaler Seite. Es kam der Schutz ausländischer und inländischer Persönlichkeiten sowie die Bekämpfung der Homosexualität hinzu. Meine Abteilung hatte eine umfangreiche Aktenhaltung und eine ~~umfangreiche~~ ^{umfangreiche} Kartei. Es unterstanden mir etwa 15 Kriminalbeamte und 10 weibliche Angestellte. Die Abteilung war in einzelne Kommissariate aufgeteilt, wovon eines im Laufe des Krieges die Überwachung der Fremdarbeiter hinzubekam.

Leiter der Staatspolizei in Karlsruhe war zuerst Regierungsrat Landgraf; während des Krieges war es Regierungsrat Dr.jur. S c h i c k . Dieser kam etwa 1940. Der ständige Vertreter war Regierungsassessor, später Regierungsrat E l c h l e p p . Beide leben nicht mehr. Nach dem Weggang von Echlepp wurde die Stelle des Vertreters des Dienststellenleiters eingespart. Bei Abwesenheit von Dr.Schick ~~machte~~ ^{übernahm} war ich der dienstälteste Beamte. Wenn ich Dr.Schick vertrat, hatte ich nur eilige Sachen oder Angelegenheiten, die ich bereits mit ihm besprochen hatte, zu erledigen und zu unterschreiben. Die Unterschrift ~~übernahm~~ ^{übernahm} ~~das~~ ⁱⁿ alle Schriftsachen mit dem Reichssicherheitshauptamt und den badischen Ministerien hatte sich Dr.Schick vorbehalten, soweit sie von Bedeutung waren.

Durch Erlasse des " Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern ", welche an die Stapoleitstelle nach Karlsruhe kamen und von hier in überzähligen Stücken an die Stapoaußenstellen weitergegeben wurden, war mir bekannt, daß der Umgang polnischer Zivilarbeiter mit deutschen Frauen und Mädchen verboten war. Einzelheiten hierzu dürften aus den grundsätzlichen Erlassen vom 8.3.1940 und vom 10.12.1940 zu entnehmen sein. Da diese beiden Erlasse mir nicht vorgelegt werden können, kann ich hierzu keine Stellung nehmen. Ich werde aber nach Überlassung der Erlasse vom 3.9.40 und 5.7.41 noch eine schriftliche S Äußerung abgeben, welche ich schon jetzt als Gegenstand meiner heutigen Vernehmung zu betrachten bitte.

Diese Erlasse sahen meiner Erinnerung nach vor, daß bei einem intimen Verkehr zwischen einem Polen und einer deutschen Frau der Pole entweder einer " Sonderbehandlung " zugeführt oder ins KZ eingewiesen oder eingedeutscht werden sollte. Wie die einzelnen Maßnahmen im einzelnen zueinander standen, kann ich im Augenblick nicht sagen.

Ich habe diese Erlasse für " rechtens " gehalten, weil sie vom Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern, also letztlich von diesem ausgingen. Es war mir bekannt, daß der Deutsche Reichstag in dem Ermächtigungsgesetz der Reichsregierung gesetzgeberische Funktionen übertragen und diese ihre Vollmacht wiederum den einzelnen Reichsministerien delegiert hatte. Außerdem galt ja der Führer selbst als oberster Gesetzgeber. Sein Wille und seine Befehle waren Gesetz; nachgeordnete Stellen, insbesondere die Reichsministerien, konnten Rechtsvorschriften, die diesem Führerwillen entsprachen, selbständig erlassen.

Ich erlaube mir zu bemerken, daß ich kein Jurist bin und auch als Kriminaldirektor nur Beamter des gehobenen mittleren Dienstes war. Es war um jene Zeit auch völlig unmöglich, Erlasse des Reichsführers der Polizei auf ihre Rechtmäßigkeit nachzuprüfen; man wäre als ein Staatsfeind angesehen und entsprechend behandelt worden.

Die Befehle des Reichsführers SS sah ich daher als bindend an. Da ich als Angehöriger der SS der Militärgerichtsbarkeit unterstand, hätte ich mich eines Verstoßes gegen ⁹²§ 47 des Militärstrafgesetzbuches schuldig gemacht, wenn ich einen Befehl nicht ausgeführt hätte. Es war für mich nicht zu erkennen, daß der Erlaß des Reichsführers der SS über die Behandlung der Polen ein Verbrechen oder ein Vergehen bezweckte. Ich nahm an, daß die Exekution eines Polen, der sich mit einem deutschen Mädchen eingelassen hatte, nicht durch einen einfachen Befehl des Reichsführers, sondern durch das Urteil eines ~~XXXXXXXXXXXXX~~ Gerichts angeordnet wurde. Ich war daher der Meinung, daß die Sache rechtlich in Ordnung sei, da so viele Juristen daran beteiligt waren und auch die ordentlichen Gerichte und Justizbehörden Bescheid wußten. Die Strafgerichte lehnten es, wie ich es selbst mehrfach erlebt habe, grundweg ab, einen polnischen Zivilarbeiter vor ein deutsches Gericht zu stellen, gleich welches Delikt er begangen hatte. Sie beriefen sich dabei auf die Vereinbarung zwischen Himmler und dem Reichsjustizminister Dr. Tirack. Ich hielt die Todesstrafe in diesen Fällen ~~wohl~~ für sehr hart. Man muß aber wohl berücksichtigen, daß während des Krieges die Todesstrafe auf sehr viele Vergehen ausgedehnt worden war und die Polen zuvor über die Verhängung der Todesstrafe mehrfach belehrt worden waren. Die Polen hatten sogar gegen Unterschrift beim Bürgermeisteramt die Kenntnisnahme von diesem Befehl zu bestätigen. Im übrigen betrafen diese Erlasse nicht nur den einfachen Geschlechtsverkehr zwischen Polen und deutschen Frauen, sondern auch die Vergewaltigung und Notzucht, wegen ~~dere~~ auch ~~aure~~ die ordentlichen Gerichte die Todesstrafe verhängten. Ich habe also an der Rechtsgültigkeit dieser Erlasse des Reichsführers SS über die Behandlung der Polen nicht gezweifelt.

Das Verfahren, welches zur "Sonderbehandlung" der Polen führte, war folgendes:

Wenn aus Kreisen der Bevölkerung oder der Partei bei den Gestapo-Außenstellen und Grenzkommissariaten Anzeigen über ~~den~~ angeblichen Verkehr eines Polen mit einer Deutschen einging, so wurden die beiden von der Gestapo festgenommen und verhört. Gestanden sie oder war die Tat durch Zeugen einwandfrei erwiesen, so wurde der Vorgang mit einem Abschlußbericht an die Gestapo-Leitstelle nach Karlsruhe gesandt. Der Abschlußbericht der Außenstelle enthielt bereits einen Vorschlag über die Weiterbehandlung des Falles, wie auch die Zeugen H a a s und G r e t h e bekundet haben. Der Vorschlag konnte dahingehen, den Polen ~~zu hängen~~ ^{einiger} was mit dem Ausdruck "Sonderbehandlung" ~~abgeurteilt~~ ^{abgeurteilt} wurde, oder ihn in ein KZ einzuweisen oder ihn, wie der Ausdruck damals lautete, " einzudeutschen ", falls sich bei ihm ^{germanisch} rassische Merkmale nachweisen ließen. Im letzteren Falle mußten sie lediglich einen entsprechenden Antrag stellen, die erforderlichen Untersuchungen wurden von dem SS-Rasseamt durchgeführt.

Nach Eingang des Vorganges bei der Leitstelle in Karlsruhe wurde er dem Dienststellenleiter Dr. Schick vorgelegt, welcher ihn dann einem von ihm bestimmten Kommissariatsleiter zuschrieb. Ob alle Vorgänge über mich an die Kommissariatsleiter gingen, muß ich heute bezweifeln, denn die Zahl von 38 Erhängungen kommt mir sehr hoch vor. Ich weise darauf hin, daß ich sehr viel von Karlsruhe dienstlich abwesend war und im Jahre 1941 auch eine zeitlang in Berlin war. Genaue Daten vermag ich heute nicht mehr anzugeben. Außerdem umging mich Dr. Schick, wo er nur konnte, da er mich als früheren Zentrumsmann, als der ich aus meinen Personalakten hervorging, nicht recht leiden mochte. Im übrigen bitte ich zu diesen Fragen folgendes zu Protokoll geben zu dürfen:

" Wie in allen Sachgebieten habe ich mich auch im Sachgebiet " ausländische Arbeiter " bemüht, mildernd einzuwirken. Ich habe keineswegs bestehende Erlasse verschärft angewendet, sondern mich bemüht, die Exekution im Lande Baden nicht durchführen zu müssen. Ich darf darauf hinweisen, daß im Falle Heidelberg ich den Polen verschoben ließ, damit die Exekution vermieden werden sollte. Auch im Falle

Gernsbach (Fall 37) der Aufstellung Aktenseite 179), wo ich von dem Kriminalinspektor Haas angegangen wurde, den Polen zu retten, habe ich mein Möglichstes getan, aber ohne Erfolg, da Dr.Schick in meiner Abwesenheit hinter meine Befürwortung kam und diese zunichte machte. Mir waren diese Polensachen mehr als eine seelische Belastung. Ich habe bestimmt ein Mehrfaches abgebogen als ~~gen~~ ~~xxxxxx~~ Erhängungen stattfanden. Genaue Zahlen hierüber anzugeben, bin ich nicht in der Lage. Ich habe mich sogar für reine Verbrecher eingesetzt, wie der Fall in meinem Heidelberger Verfahren zeigt. Ich halte auch Dr.Schick für die treibende Kraft bei diesen Erhängungen, da der Zeuge Haas bekundet, daß er als Leiter der Außenstelle Baden-Baden von Dr.Schick den Vorwurf gemacht erhalten habe, daß seine Außenstelle keine Exekutionen von Polen vorschlagen würde. Ich folgere weiter hieraus, daß also die Außenstellen und nicht wir bei der Leitstelle in Karlsruhe die Vorschläge für eine Sonderbehandlung des Polen gemacht haben, gegebenenfalls nach ~~Personen~~ Rücksprache des Außenstellenleiters mit Dr.Schick.

Ich galt in allem als die Rettungsstelle zum helfen sowohl in den anderen Sachgebieten als auch im Ausländerkommissariat.

Ich kann mich nicht entsinnen, jemals überhaupt eine Polensache nach Berlin weitergegeben zu haben. Es war durchaus möglich, daß die Kommissariatsleiter, denen Dr.Schick die eingegangenen Polensachen zuschrieb, diese auch wieder Dr. Schick unter Umgehung meiner Person vorgelegt haben. Ich wurde in vielen Dingen, nicht nur in Polensachen, überspielt, da ich Dr.Schick als nicht ganz zuverlässig galt. Ich war als ein ruhiger und vorsichtiger Beamter bekannt, der immer nach der Rechtslage fragte und ~~unter~~ versuchte, in menschlicher Hinsicht alles ^{schon} abzubiegen, ^{wenn} ~~was~~ irgendwie ging.

Vom Beginn der Polensachen an ließ ich, was mir nur möglich war und auf welches ich Einfluß hatte, durch örtliche Schutzhaft und durch alle möglichen "Schachzüge" erledigen, um eine Erhängung des Polen zu vermeiden. Dieses war aber nur möglich unter Umgehung von Dr.Schick, der mich ~~für~~ einen weichen Menschen und einen " Schleimer " hielt, wie

er mir gegenüber öfters zum Ausdruck brachte, so daß es mir in Erinnerung blieb. Ich hatte nicht umsonst den Spitznamen " Kriminalrat Bedenken " oder " Hauptmann Bedenken " . Ein Teil der Belegschaft bezeichnete mich als „verkalkten Beamten.“

Wenn eine Sache in meine Hände geriet, so wurde die mildeste Maßnahme angewandt. Ich habe niemals aktiv an einer Verschlechterung & einer geplanten Maßnahme mitgewirkt. Der von der Außenstelle eingegangene Polenvorgang wurde von dem Kommissariatsleiter eingehend geprüft. Hierbei wurde insbesondere untersucht, ob der Pole belehrt war, ob er geständig war oder die Tat sonst-wie einwandfrei erwiesen war. Ergaben sich Beanstandungen, so wurde die Sache zur Ergänzung an die Außenstelle zurückgegeben. —

Wenn sich bei der Überprüfung des Falles bei der Leitstelle keine anderen Gesichtspunkte ergaben, wie diejenigen, die schon der Außenstelle vorlagen, dürfte an deren Vorschlag nicht viel zu ändern gewesen sein. Wenn in dem Erlaß vom 5.7.41 eingangs darauf hingewiesen wurde, daß bei polnischen Zivilarbeitern wegen unerlaubten Geschlechtsverkehrs offenbar unter Mißachtung der bisher gegebenen Erlasse Sonderbehandlung vorgeschlagen war, so trifft dieser Vorwurf bestimmt nicht die Leitstelle in Karlsruhe.

Im ganzen gesehen war also die Gestapo-Leitstelle in Karlsruhe in Polensachen nur eine Durchgangsstelle, welche zwar die vorgelegten Fälle überprüfte, sie aber ohne Änderung weiterleitete, wenn sich keine Beanstandungen ergaben.

Aus dem bei meiner Vernehmung durch den Ersten Staatsanwalt Dr. Simon erwähnten Fall, welcher ~~war~~ in dem Schriftwechsel mit dem damaligen Generalstaatsanwalt in Karlsruhe aufgezeigt wurde, ergibt sich, daß ich tatsächlich zwei Polen, für die von der Außenstelle vermutlich die Sonderbehandlung vorgeschlagen war, durch die Anordnung ihrer Verbringung in ein KZ vor dem Tode bewahrt habe. An Einzelfälle, in denen ich zugunsten der Polen die Vorschläge der Außenstelle abgeändert hätte, kann ich mich heute nicht mehr erinnern. Solche Fälle sind aber bestimmt vorgekommen.

Nach Überprüfung des Falles wurde der Vorgang von uns mit einem ~~A~~nschreiben ans Reichssicherheitshauptamt übersandt. Das Übersendungsschreiben hat m.W. der ^{Sachbearbeiter} ~~Kommissar~~ ~~weiter~~ entworfen. ~~Ich habe es nicht unterschrieben.~~ Ob das Anschreiben den Vorschlag der Außenstelle wiederholt und sich zu eigen gemacht hat, weiß ich nicht, ich glaube es aber auch nicht. Ich meine, es handelte sich um ein einfaches Übersendungsschreiben etwa in dem Sinne, daß anliegend die Akten..... zur weiteren Behandlung überreicht werden. Dieses Anschreiben wurde von Dr. Schick unterschrieben. Ich habe ein solches Schreiben in Polensachen ~~was~~. nicht unterschrieben.

Soweit ich unterrichtet bin, wurde im Reichssicherheitshauptamt ein erneuter Bericht für den Reichsführer der SS angefertigt. An Namen dieser Sachbearbeiter kann ich mich heute nicht mehr erinnern. Der Reichsführer SS entschied hierauf endgültig, was mit dem Polen zu geschehen hatte. Ich weise darauf hin, daß in dem bisherigen ganzen Verfahren immer nur Vorschläge gemacht wurden, an die der Reichsführer der SS in keiner Weise gebunden war. Es kam bestimmt vor, daß der Reichsführer sich nicht an die gemachten Vorschläge hielt, sie teilweise milderte oder verschärfte. An Einzelfälle kann ich mich hierbei wiederum nicht erinnern.

Wenn der Pole zu erhängen war, so kam eines Tages vom Reichssicherheitshauptamt mittels Fernschreiben die ~~A~~inweisung, daß die Exekution auf Befehl des Reichsführers SS vom(Datum) durchzuführen sei. Die Vorbereitung zur Exekution traf dann der Kommissariatsleiter bei uns im Einvernehmen mit der Außenstelle. Die Hinrichtung vollzog sich, wie der Zeuge Steinhoff geschildert hat, Ich entsinne mich nur einer Exekution, der ich beigewohnt habe.

Wenn sich aus den Reisekostenrechnungen eine mehrfache Anwesenheit meiner Person ergibt, so kann ich hierzu heute nichts sagen. Ich habe bei der Erhängung des Polen S c m e h l i k in Rohrbach(Fall 26) teilgenommen. An dieser Exekution mußte ich auf Befehl von Dr. Schick teilnehmen. Näheres bitte ich aus meinem Verfahren vor dem LG in Heidelberg zu entnehmen.

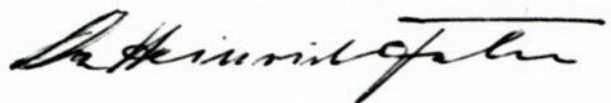
Zusammenfassend möchte ich sagen, daß ich mir keiner strafbaren Handlung bewußt bin. Wenn man mir vorwirft, ich hätte in Polensachen mildere Vorschläge machen können, so verkennt man die damalige Situation. Ich selbst habe niemals irgendwelche Vorschläge gemacht; und die von der Außenstelle gemachten Vorschläge, soweit ich es konnte, zugunsten des Polen abgeändert. Wenn in jedem Falle ~~von der Außenstelle in Karlsruhe~~ Einweisungen ins KZ oder Eindeutschung vorgeschlagen ^{wäre}, so wäre dies einer Nichtbefolgung der grundlegenden Erlasse über Polenbehandlung gleichgekommen. Etwas derartiges konnte man sich nicht leisten, ohne sich selbst der Gefahr auszusetzen, ins KZ zu kommen oder gar erschossen zu werden.

Ich habe mich zwar während des Krieges von der Gestapo nicht gemeldet, aber nur deshalb nicht, weil es völlig zwecklos war. Eine Wegmeldung wurde nach der Auffassung Heyderichs schon als Desertion aufgefaßt. Heydrich meinte einmal, von der Gestapo käme einer nur auf dem Wege über das KZ weg. Eine Verwendung im Fronteinsatz kam für mich nicht infrage, ~~was~~ ich g.v.H. geschrieben war, somit nicht kriegseinsatzfähig gewesen bin.

Die Beurteilung meiner Person bitte ich aus 18 Blatt Leumundszeugnissen zu entnehmen, welche ich zu den Akten übergebe. Nach Abschluß des Verfahrens bitte ich um Rückgabe dieser Unterlagen.

Es ist richtig, daß unmittelbar nach Festnahme des Polen beim RSHA eine Schutzhaftanordnung auf unbestimmte Zeit erwirkt werden mußte, damit der Pole bis zur Entscheidung über sein Schicksal in Verwahrung gehalten werden konnte. Die Leitstelle in Karlsruhe durfte die Schutzhaft nur bis zur Dauer von 21 Tagen verhängen.

Selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben:



LANDESKRIMINALAMT

BADEN-WÜRTTEMBERG

Sonderkommission
-Zentrale Stelle-

Tgb.Nr. SK.ZSt. I/19-14/60

Ludwigsburg, den 30. Mai 1961

~~Stammort, BSK~~

~~Stammort, BSK~~

Telefon ~~52194~~ 28044/45

~~Telefon 52194~~

Wilhelmstrasse 1

135 1215

An das

Landgericht

z.Hd.d.Herrn Untersuchungsrichters

Landgerichtsrat W a l t e r

K a r l s r u h e /Bd.

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen Dr.Heinrich, Rudolf
Maria F a b e r , verh. Vertreter und
früherer Kriminaldirektor, geb.am 25.4.1906 in
Bernkastel, wohnh. in Oelde, Warendorferstr.22,
wegen Beihilfe zum Totschlag

Bezug: Dort. Ersuchen vom 8. und 9.11.1960
- Az.: 22 Js 520/60 und hiesige Ermittlungs-
berichte vom 11.4. und 25.4.1961
- Tgb.Nr. SK.ZSt.I/19-14/60 -

Beil.: Vernehmungsniederschriften mit
je 2 Mehrfertigungen über die Exekutionen der
Polen Andrzej W r z o ß e k und Josef P r o c e l
1 Kostenrechnung der Sonderkommission Ludwigsburg u.
1 Kostenrechnung der Kriminalpolizei Konstanz

Unter Bezugnahme auf unsere Ermittlungsberichte vom 11. und
25.4.1961, Tgb.Nr. SK.ZSt.I/19-14/60, legen wir die beiden
letzten Fälle der noch außenstehenden Polen-Exekutionen
W r z o ß e k und P r o c e l vor.

Aus den Vernehmungsniederschriften geht hervor, daß
W r z o ß e k wegen versuchter Notzucht und P r o c e l
wegen geschlechtvertraulicher Verhältnisse zu deutschen
Frauen exekutiert wurde.

In beiden Fällen konnte nicht mit Sicherheit festgestellt
werden, wer der Anzeiger gewesen ist.

-b.w.-

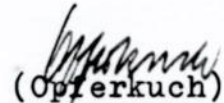
Eine Sterbeurkunde ist den Akten des jeweiligen Falles beigelegt.

Im Verfahren P r o c e l ist außerdem

1. 1 Fotokopie aus dem Gefangenenbuch des Landgerichts Konstanz,
2. 1 Fotokopie aus der Einwohnerkartei Konstanz u.
3. 1 Liste über sämtliche Verfahren in den Jahren 1940 - 1945, die bei der Staatsanwaltschaft Konstanz anhängig waren,

beigefügt.

I.A.


(Opferkuch)

Kriminalobermeister

Önsbach, den 24.4.1961

3. Franz B o s c h e r t,
verh. Gendarmeriemeister i.R.,
geb. 25.10.1890 in Önsbach,
wohnhaft daselbst, Hausnr. 158.

" Man hat mich mit dem Gegenstand meiner Einvernahme vertraut gemacht und ich bin bereit, hierzu Angaben zu machen, soweit mir die damaligen Vorkommnisse noch im Gedächtnis haften.

Vom April 1939 bis zu meiner Pensionierung im Dezember 1950, war ich als Postenführer des Gendarmeriepostens in Oppenau eingesetzt.

Vom Hörensagen weiß ich in vorliegender Sache folgendes:
Der exekutierte Pole soll zunächst als Landarbeiter in Haslach b.Oberkirch, dann aber im Hanauer Land beschäftigt gewesen sein, um- In Haslach selbst hatte er einen befreundeten polnischen Landarbeiter. Diesen besuchte er an einem Sonntag in Haslach. Es muß dies im Spätjahr 1941 gewesen sein, anlässlich dieses Besuches sollen die beiden Polen dem Alkohol zugesprochen haben. Am Abend des gleichen Tages soll der polnische Landarbeiter aus dem Hanauer-Land sich in Haslach an einem dort wohnhaften Mädchen irgendwie unsittlich vergriffen haben. Welcher Art und Schwere das Sittlichkeitsdelikt war, das weiß ich nicht. Soweit ich mich erinnern kann, war davon die Rede, daß er aufgrund dieses Delikts durch die Gendarmerie Oberkirch, möglicherweise durch den Gendarmeriemeister KNEBEL festgenommen und in das Amtsgerichtsgefängnis Oberkirch eingeliefert wurde. Ganz bestimmt aber weiß ich, daß dieser Beamte die Erhebungen durchführte und den Polen verantwortlich einvernommen hat. Durch den Gendarmeriebeamten dürfte Meldung an die Staatsanwaltschaft Offenburg vorgelegt worden sein.

Der straffällig gewordene Pole wurde dann am 18.2.1942 in Haslach zum Tode durch den Strang hingerichtet. Von dem Zeitpunkt an beginnen nun meine eigenen Wahrnehmungen. Ich wurde nämlich einige Tage vor der Exekution beauftragt, mit einigen weiteren Gendarmeriebeamten den Absperrungsdienst vorzunehmen.

Die Exekution hat im Laufe des Vormittags stattgefunden, es kann gegen 9.00 oder 10.00 Uhr gewesen sein, ich weiß nur noch, daß es recht kalt war und dass hoher Schnee lag. In meinem Auftrag war der Exekutionsort näher angegeben. Bei meinem Erscheinen mit ~~mit~~ meinem Kommando am fraglichen Orte mußte ich zunächst im Umkreise von etwa 500 Meter die Absperrung vornehmen. Dies deshalb, weil Zivilpersonen der Zutritt untersagt war. Als bald nach meiner Ankunft kam auch der Adlerwirt FRITSCH aus Renchen (inzwischen verstorben) mit einem Pferdefuhrwerk an. Wie er mir sagte, sei er hierher abkommandiert worden. Er kam sich in seiner SA-Uniform recht wichtig vor. Bei seinem Wagen handelte es sich um ein sogenanntes Bännerwägelchen mit geflochtetem Kastenaufsatz. Darauf standen eine oder mehrere Kisten. Ich wußte zunächst nicht, was dies alles zu bedeuten hatte. Inzwischen waren die ~~in~~ aus Oberkirch und Umgebung sowie die aus dem Hanauer-Land herbeigeholten polnischen Landarbeiter in einem Viereck ~~um-eine~~ aufgestellt worden. Außerdem waren eine Vielzahl von uniformierten SA-Leuten zugegen.

Es postierte sich nun inmitten des Vierecks vor dem dort vorgeführten Polen (es war aber auch noch dessen befreundeter Pole mit vorgeführt worden) ein Zivilist. Ich weiß nicht, ob es sich bei diesem um eine Gerichtsperson oder um einen höheren Gestapobeamten gehandelt hat. Ich ~~höte~~ hörte, wie dieser Zivilist das Todesurteil verlesen hat. Nach dem Verlesen nahm er einen Stab zur Hand, brach diesen entzwei und sprach:

" Ihr Leben ist verwirkt ".

Ich weiß heute nicht mehr, wie der Wortlaut des Todesurteiles formuliert war. Dagegen habe ich gesehen und gehört, wie sich der Pole auf das vorgelesene Todesurteil rechtfertigen wollte. Dies wurde ihm jedoch durch die gen. Zivilperson verweigert. Es wurde nun zur Exekution geschritten. Zu diesem Zwecke waren durch den damaligen Gestapobeamten RIETH von der Gestapo - Dienststelle Offenburg, zwei weitere Polen aus dem Gefängnis Offenburg mitgebracht worden. Diese beiden Polen hatten sich schon Tage zuvor in dem Gefängnis Offenburg auf Veranlassung der Gestapo unter Zusicherung einer besseren Behandlung dazu bereit- erklärt, den Erhängungsakt durchzuführen.

Einer dieser beiden Polen hat sich aber am Ort und Stelle gewei - gert, den Erhängungsakt durchzuführen. Der andere Pole erklärte sich hierzu aber bereit. Das Bännerwägelchen war unter einer Tanne auf - gestellt worden. Um das Wägelchen zu besteigen, war daran eine kleine Leiter aufgestellt. Auf dem Wägelchen selbst standen eine oder zwei Kisten übereinander. Der willige Pole stieg zuerst hinauf. Dann folgte ihm der zum Tode verurteilte. Das Seil war bereits durch den Gestapobeamten RIETH an der Tanne befestigt gewesen. Aufgabe des willigen Polen war es nun, die Schlaufe des Strickes um den Hals des verurteilten Polen zu legen. Dieser hat sich in keiner Weise gewehrt und hat auch nicht geklagt. Der willige Pole hat nun den Kistenstapel übereinander geworfen, so daß dem verurteilten Polen der Boden unter den Füßen entzogen wurde.

Die Leiche wurde dann abgehängt und wurde in einem schwarzem geschlossenem Leichenwagen verwahrt. Dieser Leichenwagen war extra von Freiburg hergekommen, wenigstens sagte man, er wäre von Freiburg. Wohin dann die Leiche gebracht wurde, das weiß ich nicht. Jedenfalls ist sie weder in Haslach, noch in der Umgebung beerdigt. Nach vollzogener Exekution hatte ich den Auftrag, das Gross der polnischen Landarbeiter hinter dem Rathaus oder Schulhaus in Haslach aufzustellen. Diesen Auftrag hatte ich von dem Gestapo - Beamten RIETH erhalten. Diese Polen sollten Ohrenzeugen sein, von den Schmerzensschreien des zweiten Polen, als desjenigen, der mit dem zum Tode verurteilten befreundet gewesen war. Diesem ließ nämlich der Gestapobeamte RIETH im Rathaus oder in der Schule Stockschläge verabfolgen. Man hörte aber keinen Schreie.

Es sei noch erwähnt, daß die Bevölkerung von Haslach und Umge - bung einmütig gegen diese Exekution war und sich offen dagegen geäußert hat, denn sowie man hörte, soll es mit dem fraglichen Sittlichkeitsverbrechen des verurteilten Polen nicht weit her ge - gesen sein; man sagte, es sei viel aufgebauscht worden."

vorgelesen, genehmigt
und unterschrieben:

Frany Janku A

g. w. o.

Moser KK.

Lehnart, KM.

Landgericht Karlsruhe
Der Untersuchungsrichter

190 1299
Karlsruhe, den 8. Juni 1961.

Gegenwärtig:

Voruntersuchung gegen Dr. Faber.

Landgerichtsrat Walter
als Untersuchungsrichter,
Justizangestellter Freimüller
als Urkundsbeamter.

Auf Ladung erscheint der nachbenannte Zeuge und gibt
nach eingehender Belehrung gemäss § 57 StPO an:

Zur Person:

Erich M ä r k e r, Kriminalobermeister bei der Landes -
polizeidirektion Nordbaden, Kriminalaussenstelle, ver-
heiratet, geb. 16.1.1911 in Karlsruhe, mit dem Angeschul-
digten nicht verwandt und nicht verschwägert.

Zur Sache:

Von 1938 bis Kriegsende war ich bei der Staatspolizei in
Karlsruhe. Mein letzter Dienstgrad war Kriminalsekretär.
Ich führte den SS-Dienstangleichungsgrad Hauptscharführer.

In den Jahren 1941 und 1942 war Dienststellenleiter der
Oberregierungsrat Dr. S c h i c k . Die Staatspolizei -
leitstelle in Karlsruhe war in drei Abteilungen eingeteilt:
Abteilung I : Verwaltung, Abteilung II: Innerpolitische
Abteilung, Abteilung III: Abwehr. Leiter der Abteilung II
war Kriminalrat Dr. F a b e r, welcher auch gleichzeitig
Stellvertreter des Dienststellenleiters war. Die Abtei -
lungen waren in Referate eingeteilt. Ich arbeitete auf dem
Referat II E, ~~Referat~~ Referatsleiter waren nacheinander die
Kriminalkommissare Denecke, Reiser und Herberg.

Mitarbeiter von mir waren noch die Kriminalbeamten H orch, ^{Prais} Eisenhauer, Schlagmüller und Braun. Den Aufenthalt von H orch kann ich nicht angeben.

Abteilung II E hatte alle Fremdarbeitersachen und Kriegsgefangenensachen zu bearbeiten. Hierunter fiel auch die Bearbeitung von Strafsachen der Polen, welche der gemeinen Staatspolizei übertragen worden waren. Wir bearbeiteten sämtliche strafbaren Handlungen der Fremdarbeiter sowie von Deutschen, die die Arbeit verweigert hatten und in Schutzhaft genommen wurden. Das eigentliche Schutzhaftreferat war II D unter Kriminalobersekretär Schmitz, von dem ich nichts mehr gehört habe. Die Leitstelle war lediglich zur Verhängung von Schutzhaft bis zu 21 Tagen zuständig, darüber hinaus musste eine Entscheidung des RSHA eingeholt werden.

Die Staatspolizeileitstelle hatte in verschiedenen Städten des damaligen Landes Baden Aussenstellen. Diese bearbeiteten alle in ihrem Bereich anfallenden Strafsachen. Nach Abschluss ihrer Ermittlungen hatte sie den Vorgang der Leitstelle in Karlsruhe vorzulegen. So wurde es auch mit Polensachen gehandhabt. Mir ist bekannt, dass den Polen verboten war, mit deutschen Frauen zu verkehren. Wenn eine Anzeige gegen den Verstoss dieses Verbots einging, so wurde die Sache bei der Aussenstelle bearbeitet, sofern der Fall sich nicht in der Umgebung von oder in Karlsruhe ereignete. Wenn der Vorgang bei der Leitstelle einging, so wurde er von uns aus überprüft, ob die sehr eingehenden Vorschriften des Erlasses des RSHA eingehalten waren. Gegebenenfalls wurden die Akten nochmals zur Nachermittlung zurückgegeben. Der Vorgang enthielt immer einen "Schlussbericht", in welchem der Sachbearbeiter der Aussenstelle den Tatbestand und das Ergebnis der Ermittlungen kurz zusammengefasst hat

Ich kann nicht mehr mit Bestimmtheit sagen, ob jeder dieser Schlussberichte einen Vorschlag über die Weiterbehandlung des Falles enthielt. Wenn ein solcher Vorschlag aber gemacht war, so kann ich mit Bestimmtheit sagen, dass er von unserer Abteilung, insbesondere auch von Dr. Faber, welcher sehr weich veranlagt war, nicht verschäft wurde. An sich stand auf dem verbotenen Umgang mit Frauen für den Polen als Strafe entweder die Erhängung, welche als "Sonderbehandlung" bezeichnet wurde, die Einweisung in ein KZ auf bestimmte oder unbegrenzte Zeit und die sog. "Eindeutschung".

Meine Aufgabe oder die der anderen Sachbearbeiter von II E bestand nach Durchsicht des Vorgangs darin, dass ein erneuter Bericht angefertigt wurde, in welchem nochmals in gedrängter Form der Schlussbericht der Aussenstelle wiedergegeben wurde. Enthielt dieser Schlussbericht ein Vorschlag, so wurde er von uns auch in den neuen Bericht übernommen. Gleichzeitig wurde noch ein Anschreiben entworfen, mit dem der Vorgang über den Abteilungsleiter an den Dienststellenleiter ging. Dieser unterschrieb sowohl den Bericht als auch das Anschreiben und übersandte beides an das RSHA nach Berlin.

Ich glaube mit Bestimmtheit sagen zu können, dass nur in schwerwiegenden Fällen auf eine Sonderbehandlung hingewiesen wurde. Ich glaube mich zu entsinnen, dass den mir vorgelegten 38 Fällen der Erhängung von Polen eine weit grössere Anzahl, welche ich ziffernmässig nicht benennen kann, von Einweisungen ins KZ gegenüberstanden. Es ist also nicht so, dass jeder Fall eines Geschlechtsverkehrs zwischen einem Polen und einer Deutschen zu Erhängung des Polen führte. Von der Möglichkeit einer Eindeutschung ist erst in einem späteren Zeitpunkt häufiger Gebrauch gemacht worden.

Nach sehr langer Zeit kam dann ein Entscheid vom RSHA, was mit dem Polen zu geschehen habe. Das RSHA hat sich nicht an unsere Vorschläge gehalten. Ich entsinne mich, ^{an} manchen Fall, wo wir dachten, dass der Betreffende eingedeutscht werden würde, weil er schlank und blond war und leidlich deutsch sprach oder weil die Frauen mehr oder weniger die Träbfeder des Geschlechtsverkehrs waren, wider erwarten wurde selbst in solchen Fällen entgegen unseres Vorschlags die Erhängung des Polen vom RSHA befohlen. Selbst wenn die Leitstelle Vorschläge dem RSHA gemacht hat, so waren sie für dieses keineswegs verbindlich. Der Reichsführer SS hat nach eigenem Gutdünken entschieden. Ich kann mit Bestimmtheit sagen, dass Dr. Faber auf die Erhängung eines Polen keinen Einfluss hatte. Es bestand für ihn nicht die Möglichkeit, wenn nach den eingehenden Bestimmungen in den Erlassen für den vorliegenden Fall die Erhängung des Polen vorgesehen war, entgegen dieser Vorschriften Einweisung ins KZ oder Eindeutschung vorzuschlagen. Etwas derartiges hätte schon der sehr energische Dienststellenleiter Dr. Schick nicht durchgehen lassen.

In allen Fällen entschied also der Reichsführer SS über das weitere Schicksal des Polen. Ordnete er die Erhängung an, so wurde dies uns von Berlin mitgeteilt. Wir teilten es der Aussenstelle weiter mit, die die Vorbereitung der Exekution in die Wege geleitet hat. Am Vorabend des Exekutionstages fuhr meist der Sachbearbeiter und der Dolmetscher Steinhoff in die Stadt, in welcher der Pole in Haft sass. Steinhoff eröffnete ihm den Befehl in polnischer Sprache und sorgte für die Zubereitung der Henkersmehlzeit.

Am anderen Tag erfolgte dann die Exekution am vorgesehenen Platz. Anwesend waren entweder Dr. Schick oder Dr. Faber oder ein von Dr. Schick beauftragter Stellvertreter, ausserdem waren anwesend der Sachbearbeiter, der Dolmetscher Steinhoff, der Bürgermeister, der Landrat, der Kreisleiter, der Ortsgruppenleiter, der jeweilige Amtsarzt und der Forstrat sowie

die Angehörigen der Staatspolizeiaussenstelle und die zuständigen Gendarmeriebeamten. In dem einzigen Falle, an dem ich teilnehmen musste in Brombach bei Lörrach war Dr. Schick anwesend. Steinhoff gab dem Delinquenten den Befehl des Reichsführers SS nochmals in polnischer Sprache bekannt, worauf ein Pole seinem Landsmann eine Schlinge um den Hals legte und ihn von einem Wagen stiess, auf dem er gestanden hatte. Die Schlinge war an einem Ast befestigt, sodass der Pole damit zum Erhängen kam. Der Arzt stellte hierauf den eingetretenen Tod fest. Noch während er hing, mussten die Polen aus der Umgebung, welche dem Vorgang nicht zusehen durften, an ihrem toten Landsmann vorbeigehen, was aus Abschreckungsgründen in den Erlassen des RSHA angeordnet war. Die Leiche wurde dann der Anatomie übergeben.

Ausser den eben genannten Personen durfte niemand an der Exekution teilnehmen. Es ist niemals vorgekommen, dass Personen aus der Zivilbevölkerung oder gar Schulkinder der Exekution beigewohnt haben.

Nach der Erhängung fand in einem Gasthaus ein Umtrunk statt, welcher von der Leitstelle bezahlt wurde. An ihm nahmen die erwähnten Teilnehmer der Exekution teil.

Dr. F a b e r möchte ich als einen ruhigen, korrekten und sachlichen Beamten bezeichnen, welcher Schärfen gemildert hat, wo es nur irgendwie ging.

Ich war noch ein zweites Mal einer Erhängung zugegen, wo nahezu die ganze Dienststelle aus Karlsruhe teilgenommen hat. Die Erhängung des Polen fand im Rittnertwald bei Karlsruhe-Durlach statt. Sachbearbeiter war Preiss gewesen. Ich weiss dies deshalb noch, weil er sich mit mir unterhielt und sich darüber aufhielt, dass der Pole, welcher ein netter blonder Kerl gewesen war, nicht eingedeutscht worden war. Ob bei die-

ser Hinrichtung auch Dr. Faber dabei gewesen war, kann ich heute mit Bestimmtheit nicht mehr sagen.

Ich glaube mich zu entsinnen, dass ich 2 oder 3 Polenfälle bearbeitet habe. Welche dies gewesen sind, weiss ich heute nicht mehr. Ich kann auch zu den AS. 179 aufgeführten Einzelfällen heute keine näheren Angaben mehr machen. Ob in den angegebenen 2 oder 3 Fällen, bei denen es sich um Geschlechtsverkehr zwischen Polen und Deutschen handelte, von der Aussenstelle oder der Leitstelle ein Vorschlag gemacht wurde, kann ich heute nicht mehr sagen.

Unter "Sonderbehandlung" verstand man ausschliesslich die Erhängung des Polen.

Selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben.

Erich Mäthes

Grenüller

Winn

VU 5 / 61

Voruntersuchung gegen Dr. Heinrich
F a b e r wegen Beihilfe zum Tot -
schlag.

Ver.

1. An den

Herrn Oberstaatsanwalt
beim Landgericht

Tübingen 1 Is 4090/61
Wuppertal 12 Ks 1/61
Paderborn 10 Is 10/59

Betr.: Behandlung von polnischen Zivilarbeitern im
Dritten Reich.

Bezug: Dortiges Strafverfahren AZ:

Aus Ihren Anfragen ist mir bekannt, dass Sie Unter -
legen über die Behandlung polnischer Zivilarbeiter
während des Krieges suchen.

Mir sind zwischenzeitlich verschiedene Materialien
bekanntgeworden, welche ich Ihnen im Nachstehenden
mitteilen möchte:

Kriegssonderstrafrechtsverordnung vom 17.8.1938
(RGBl. 1939/I S. 1455),

Ergänzung hierzu vom 1.11.1939 (RGBl. 1939/I, S. 2131)

Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans vom
18.10.1936 (RGBl. 1936/I S. 887),

zu fgrund vorstehender Ermächtigung am 8.3.1940 er -
lassene Anordnung von Ministerpräsident Göhring

Befehl des OKW vom 10.1.1940 (AZ: 2 f 24 11a AWA/
Kriegsgef. I c) zu erhalten bei der Zentralen Er -
mittlungsstelle in Ludwigsburg,

Erlaß des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 8.1.1940 (AZ : B Nr. IV 98/40 geheim) - erhältlich bei der Zentralen Stelle in Ludwigsburg,

Erlaß des Reichsführers SS vom 8.3.1940 (AZ: -S- IV D 2 382/40) - bis jetzt nicht auffindbar, möglicherweise bei der URSO in Frankfurt erhältlich -,

Erlaß Reichsführer SS vom 28.5.1940 (AZ: S IC Nr. 3383/40) über die Behandlung poln. Kriegsgefangener - noch nicht auffindbar -,

Erlaß Reichsführer SS vom 3.9.1940 (AZ. S - IV D2 3382/40) -erhältlich im Institut für Zeitgeschichte in München -,

Schnellbrief des Reichsführers SS vom 5.7.1941 (AZ: S IV D 2 4883/40 g -196-) über die Behandlung von poln. Zivilarbeitern,

Erlaß des Reichsführers SS vom 6.1.1943 (AZ: S IV D 2 450/42 g -81-: Durchführungsbestimmungen für Exekutionen bei Sonderbehandlungen, - erhältlich beim Institut für Zeitgeschichte -

Erlaß Reichsführer SS vom 10.2.1944 (AZ: S IV D 2 c 235/44 g -11-) betr. Ahndung unerlaubten Geschlechtsverkehrs fremdvölkischer Arbeitskräfte, - erhältlich beim Institut für Zeitgeschichte -,

Erlaß Reichsführer SS vom 7.12.1942 (AZ: S IV D -505/42 g -451 ausl. Arb. über Gefahrenabwehr beim Ausländereinsatz, - erhältlich beim Institut für Zeitgeschichte -,

Schnellbrief des Reichsführers SS vom 10.3.1942 (AZ: IV A 1 c - B Nr. 4883/40 g) erhältlich beim Institut für Zeitgeschichte -,

Erlaß Reichsführer SS vom 10.12.1940 - S IV D 2 a Nr. unbekannt -

Verordnung über die Strafrechtspflege über Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten vom 4.12.1941 (RGBL I S. 759) .Gilt nach Ziffer 14 der VO auch für Polen im Reichsgebiet.

Ausführungsverordnung hierzu vom 5.6.1943 (Deutsche Justiz 1943 S. 320),

hierzu Polenvollzugsverordnung des Reichsinnenministers vom 7.1.42 (AZ: 9170 Ost/2-II a² 35, abgedruckt in Deutsche Justiz 1942 S.35,

Abhandlung von Freissler über das Strafverfahren gegen Polen in Deutsche Justiz 1942 S. 41. Auch nach dieser Darstellung war die Strafrechtspflege gegen Polen grundsätzlich Aufgabeder Justiz (S.46).

Erlass des Reichsführers SS vom 11.3.1942 (AZ. S V-B 1029/42): Bearbeitung von Abtreibungs- und Sittlichkeitsdelikten von Polen (Ministerialblatt des Reichs- und Preuss. Ministerium des Innern 1942 S. 591)

aus dem: " Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof" Band IV S. 335, Band XI S. 275 und 324, Band VII S. 526, Band XIX S.599, Band IV S.66/67, und 304/05, Band XXVI S. 654, XX S.157,

Erlass des RSHA vom 5.11.1942 (AZ: II A 2 Nr. 567/42 - 197 176),abgedruckt in Band XXXVIII S. 316 des Hauptkriegsverbrecherprozesses,

Urteil des BGH vom 7.7.1955 (AZ 4 Str 121/55) gegen Schmook,

Urteil des Schwurgerichts Heilbronn vom 2. 11.1955 (AZ. Ks 8/53 gegen Dr.Günter Venediger),

Urteil des Schwurgerichts Hildesheim vom 30.11.1951 (3 Ks 4/51) gegen Heinrich Huck,

2. ZFA


(Walter)

22 JS 520/60

Ermittlungsverfahren gegen
Dr. Heinrich Faber
wegen Mordes

Vorliegende Akten
wurden heute kurzgefasst und
dem H. R. Richter kurzgefasst.
An das
für Vorlage zu den Akten fernand durchvermessen
eingesendet.
Landgericht -Strafkammer-
Karlsruhe
J. 7. 50.

LANDGERICHT KARLSRUHE
S. 12. APR. 1912

mit dem Antrag, den Angeeschuldigten

Dr. Heinrich F a b e r

außer Verfolgung zu setzen.

G r ü n d e :

Der am 25.4.1900 in Bernkastel/Trier geborene Heinrich F a b e r studierte nach dem ersten Weltkrieg an der Universität Bonn klassische Sprachen und alte Geschichte und promovierte im Jahre 1923 zum Doktor der Philosophie. Im Jahre 1926 ging er zur Kriminalpolizei und wurde dort alsbald bei der politischen Polizei eingesetzt. 1937 kam er zur Gestapo-Leitstelle nach Karlsruhe, wo er die Leitung der Abteilung II - Exekutive - übernahm. In dieser Stellung verblieb er bis zu seiner Versetzung zur Gestapo Osnabrück Ende 1944. Dr. Faber war ab 1940 auch Vertreter des Dienststellenleiters der Stapoleitstelle Karlsruhe, Regierungsrat und SS-Obersturmbannführer Dr. Walter Schick. Dr. Faber bekleidete das Amt eines Krimihaldirektors und SS-Sturmabführers.

Auf Grund der in der Anlage 1 aufgeführten Erlasse des Reichsführers SS und Chef der deutschen Polizei, bzw. des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin wurden im Zuständigkeitsbereich der Staatspolizeileitstelle Karlsruhe, das war das Land Baden, zahlreiche Polen öffentlich gehängt, ohne daß vorher ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren durchgeführt, ein gerichtliches Strafverfahren eingeleitet und ein Gerichtsurteil ergangen

war.

Es wurden im Laufe der Ermittlungen 38 Exekutionen festgestellt (vgl. Anlage 2), die in der Zeit von April 1941 bis November 1942 durchgeführt wurden. Es handelte sich bei diesen Fällen fast ausschließlich um polnische Zivilarbeiter, die trotz des ihnen bekanntgegebenen Verbotes, mit deutschen Frauen geschlechtsvertrauliche Beziehungen unterhalten hatten, bzw. bei denen solche Beziehungen behauptet wurden. Diese Tatsachen gelangten durch Anzeigen aus Kreisen der Bevölkerung, durch Partei- und Gendarmeriedienststellen zur Kenntnis der Staatspolizeistellen, die für die Durchführung der Ermittlungsverfahren für zuständig erklärt worden waren.

Im allgemeinen erfolgte zunächst die Festnahme der Beteiligten durch die zuständige Gestapoaußenstelle. Gegen die beteiligte deutsche Frau wurde ein Verfahren nach § 4 Abs. I der VO zum Schutze der Wehrkraft des deutschen Volkes vom 25.11.1939 eingeleitet. Meist erfolgte dann eine Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe durch ein ordentliches Gericht (vgl. Beiakten 4 KMs 4/40 und 4 KMs 10/41). In anderen Fällen wurde die Frau bzw. das Mädchen ohne gerichtliches Verfahren als Erziehungsmaßnahme in ein KZ eingewiesen.

Gegen den Polen wurde kein gerichtliches Verfahren eingeleitet. Vielmehr übersandte die Stapo-Außenstelle zunächst einen Bericht in seiner Sache an die Stapo-Leitstelle in Karlsruhe, die aufgrund dieses Berichtes vom RSHA in Berlin eine Schutzhaftanordnung besorgte. Nach Abschluß der Erhebungen legte die Stapo Karlsruhe die von der Außenstelle eingereichten Akten dem RSHA - Abt. IV D 2 - mit einem Vorschlag für die weitere Behandlung des Polen vor. Entweder lautete der Vorschlag auf Sonderbehandlung, d.h. auf Hinrichtung durch Erhängung oder auf Einweisung in ein Konzentrationslager. Vom RSHA wurde der Vorgang dem Reichsführer SS unterbreitet, der einen Hinrichtungsbefehl erließ. Dieser gelangte zurück an die Stapo-Leitstelle Karlsruhe, welche die Hinrichtung durchführte. Von 1942 ab wurden immer weniger Polen der sogenannten Sonderbehandlung unterworfen. Man ging nun vielmehr dazu über, die Polen auf "Eindeutschungsfähigkeit" zu überprüfen und bei positivem Ausfall der Untersuchung sie "einzu-deutschen".

Die Hinrichtung ging in der Weise vor sich, daß der Pole aus dem Gefängnis durch Beamte der Stapo-Leitstelle oder einer der Außen-

stellen an den Ort gebracht wurde, an welchem er zur Zeit seiner Tat stationiert war. In Anwesenheit der in der Umgebung stationierten polnischen Zivilarbeiter, von denen einige die Hinrichtung selbst vornehmen mußten, wurde dann der Täter aufgehängt. Bei der Hinrichtung waren außer dem Leiter der Stapo-Leitstelle, seinem Vertreter oder einem anderen Beauftragten meistens die Spitzen der örtlichen Behörden und Parteiorganisationen anwesend.

Die Einzelheiten der Exekutionen ergeben sich aus dem Inhalt der Ermittlungsakten und der Beiakten. Danach entspricht die Durchführung der Exekutionen genau den "Durchführungsbestimmungen für ~~die~~ Exekutionen", die der Reichsführer SS in seinem späteren Erlass vom 6.1.1943 bekanntgegeben hat. (vgl. Doc.Bd. I S.93-103)

Die Tötung polnischer Zivilarbeiter als Strafe wegen Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen oder wegen sonstiger unsittlicher Annäherung an deutsche Frauen war rechtswidrig.

Der Geschlechtsverkehr zwischen polnischen Arbeitern und deutschen Frauen war durch kein Gesetz unter Strafe gestellt. Die Strafandrohung und Bestrafung mit Todesstrafe hat Himmler als Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei in seinen Erlassen angeordnet. Somit entbehrte die Bestrafung schon der Rechtsgrundlage (*nulla poena sine lege*). Sie war aber auch deshalb rechtswidrig, weil die Tötung lediglich auf Anordnung des Reichsführers SS Himmler ohne vorausgegangenes gerichtliches Verfahren und Gerichtsurteil erfolgte.

Die Tatbestände der §§ 211 und 212 sind durch das Gesetz zur Änderung des Reichsstrafgesetzbuches vom 4.9.1941 (RGBl.I, S. 549) mit Wirkung vom 15.9.1941 neu gefasst worden. Da die Tatzeiten zum Teil vor der Neufassung liegen, müssen ^{für} diese Fälle auch die Tatbestandsmerkmale des § 211, bzw. 212 alter Fassung vorliegen.

Nicht ganz zweifelsfrei dürfte es sein, ob mit der Tötung der Tatbestand des § 211 (Mord) alter und neuer Fassung oder der Tatbestand des § 212 (Totschlag) alter und neuer Fassung erfüllt ist. Die Befehlsgeber und Täter der Tötungen sind der ehemalige Reichsführer SS Heinrich Himmler, die früheren Chiefs des RSHA Heydrich und Kaltenbrunner und der Amtschef IV im RSHA, der frühere SS-Obergruppenführer Josef Müller, die alle nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden können. Himmler hat nach

Kriegsende im Jahre 1945 Selbstmord begangen, Heydrich wurde im Juni 1942 in Prag umgebracht, Kaltenbrunner im Jahre 1946 auf Grund eines Urteils des internationalen Gerichtshofes in Nürnberg zum Tode verurteilt und aufgehängt. Müller ist verschollen.

Beihilfe zur Tötung (Mord oder Totschlag) haben diejenigen geleistet, die Vorschläge zur Tötung selbst gemacht, befürwortet oder weitergeleitet haben und diejenigen, die bei der von Himmler angeordneten Exekution mitgewirkt oder die Durchführung veranlaßt haben. Fest steht, daß von der Stapoleitstelle Karlsruhe die Verfahren gegen die polnischen Zivilarbeiter, die später erhängt worden sind, mit einem Entscheidungsvorschlag an das RSHA in Berlin weitergeleitet worden sind. Verantwortlich für die Weiterleitung war in erster Linie der damalige Leiter der Stapoleitstelle Karlsruhe, Regierungsrat und SS-Obersturmbannführer Dr. Walter Schick. Dr. Schick ist am 21.7.1944 an den Folgen eines Verkehrsunfalles verstorben (vgl. Bd. I S. 53, 89, 99).

Fest steht ferner, daß die Bearbeitung der genannten Fälle zunächst den Stapoaußenstellen und sodann dem Referat E in der Abteilung II bei der Stapoleitstelle in Karlsruhe oblag. Vertreter des Leiters der Stapoleitstelle und Leiter der Abteilung II, der das Referat E unterstand, war - wie schon erwähnt - der Angeeschuldigte. Gegen diesen lief bereits ein Ermittlungsverfahren in den Jahren 1950-1956 bei der Staatsanwaltschaft Heidelberg (1 Js 2335/55). In diesem Verfahren wurde durch den Untersuchungsrichter beim Landgericht Heidelberg die gerichtliche Voruntersuchung durchgeführt, weil Faber verdächtig war, "am 10.4.1942 auf der Gemarkung Rohrbach/ am Gieshübel als Kriminaldirektor der Geheimen Stapoleitstelle in Karlsruhe auftragsgemäß die Vollstreckung der wegen Sittlichkeitsverbrechens an einem Kinde vom RSHA verhängten Todesstrafe an dem Polen Wladyslaw Szmehlik geleitet zu haben, ohne daß gegen den Genannten ein gerichtliches Urteil vorgelegen habe" (vgl. Beiakten 1 Js 2335/55 StA. Heidelberg, S. 93). Nach erfolgter Voruntersuchung wurde Dr. Faber auf Antrag der StA. durch Beschluß des Landgerichts Heidelberg -Strafkammer I- vom 23.5.1956 außer Verfolgung gesetzt. (1 Js 2335/55, S. 517). Auf die Begründung dieses Beschlusses wird Bezug genommen.

Soweit vorliegendem Verfahren derselbe Sachverhalt zugrunde liegt, nämlich die Mitwirkung des Angeschuldigten bei der Erhängung des Polen Wladyslaw Szmehlik am 10.4.1942 in Rohrbach bei Eppingen

(vgl. Anlage 2, Ziffer 32 und S. 123; 167; 177c; 869 und 955-961 der Ermittlungsakten) ist die Strafklage daher verbraucht, da bezüglich dieses Vorganges keine erheblichen neuen Tatsachen oder Beweismittel bekannt geworden sind (§ 211 StPO).

Der Angeschuldigte gibt an, daß er sich nicht entsinnen könne, noch an anderen Exekutionen als der am 10.4.1942 erfolgten Erhängung teilgenommen zu haben (S. 1163). Tatsächlich hat er jedoch - wie die Ermittlungen ergaben - zumindest noch bei folgenden Exekutionen mitgewirkt:

1. Exekution des Polen Jan Kobus am 5.4.1941 in Pfullendorf (Anlage 2, Ziff. 10 und S. 117, 1173),
2. Exekution des Polen Stanislaus Wielgo am 26.8.1941 in Grenzach (Anlage 2, Ziff. 33 und S. 119),
3. Exekution des Polen Ladislaus Skrzypacz am 22.4.1941 in Oberschefflenz (Anlage 2, Ziff. 29, und S. 569/570).

Mit größter Wahrscheinlichkeit hat der Angeschuldigte jedoch noch weitere Exekutionen veranlasst und geleitet (vgl. S. 128, 207, 1125/1127).

Dies sind zwar neue Tatsachen. Sie sind aber im Verhältnis zu den Tatsachen, die dem Landgericht Heidelberg beim Erlass ihres Beschlusses am 25.5.1956 bekannt waren, nicht erheblich. Das heißt, daß das Landgericht Heidelberg zu keiner anderen Entscheidung gelangt wäre, wenn ihm bekannt gewesen wäre, daß der Angeschuldigte statt an einer, an mehreren Exekutionen teilgenommen hatte. Das Landgericht Heidelberg hat den Angeschuldigten nämlich wegen Vorliegens eines Befehlsnotstandes (§ 52 StGB) außer Verfolgung gesetzt. Auf diese rechtliche Würdigung kann die neue Tatsache keinen Einfluß haben. Zudem hat der Angeschuldigte in der Voruntersuchung in vorliegender Sache wiederholt, daß er sich bei Nichtbefolgung der Erlasse über die Polenbehandlung der Gefahr des Erschießens oder der Einweisung in ein KZ ausgesetzt hätte (S. 1165).

Neue Tatsachen oder Beweismittel dafür, daß bei dem Angeschuldigten ein Befehlsnotstand i.S. des § 52 StGB nicht vorgelegen hat, sind im vorliegenden Verfahren nicht gefunden worden. Auch wenn man die Auffassung vertreten sollte, daß die Teilnahme des Angeschuldigten an den unter Ziffer 1 - 3 aufgeführten Exekutionen eine oder mehrere neue Straftaten sind, bzw.

die Exekutionen verfahrensmäßig so zu behandeln sind, als wären sie nicht nur Teilakte der von der Staatsanwaltschaft und dem Landgericht Heidelberg untersuchten Beihilfe zum Totschlag, kommt man zu demselben Ergebnis. Die Fälle sind nämlich dem von der Staatsanwaltschaft Heidelberg verfolgten Fall genau gleich. Es wird sich daher der durch das Landgericht Heidelberg im Beschluß vom 23.5.1956 abgegebenen Beurteilung angeschlossen, wonach nach den getroffenen Feststellungen kein hinreichender Tatverdacht vorliegt, der die Eröffnung des Hauptverfahrens rechtfertigen würde, weil dem Angeschuldigten zugebilligt werden muß, im Befehlsnotstand (§ 52 StGB) gehandelt zu haben.

Soweit der Angeschuldigte im Verdacht steht, als Leiter der Abteilung II der Stapoleitstelle Karlsruhe dem RSHA eine nicht ermittelte Anzahl von Polen der Sonderbehandlung, d.h. der Tötung vorgeschlagen zu haben, reicht das Ermittlungsergebnis nicht aus, um einen hinreichenden Tatverdacht zu begründen, der die Eröffnung des Hauptverfahrens rechtfertigte.

Zunächst konnte nicht eindeutig geklärt werden, wer überhaupt die Entscheidungsvorschläge nach Abschluß der Ermittlungen gemacht hat. Es kamen dafür in Frage der Sachbearbeiter der Außenstelle, der Leiter der Außenstelle, der Sachbearbeiter der Stapoleitstelle Karlsruhe in der Abteilung II, der Angeschuldigte als Leiter der Abteilung II und schließlich der Leiter der Stapoleitstelle Karlsruhe.

Der Angeschuldigte bestreitet, selbst Vorschläge auf Sonderbehandlung dem RSHA gemacht zu haben (vgl. S. 1165).

Diese Behauptung kann ihm nicht widerlegt werden, da er weder durch Zeugen noch durch Urkunden dahingehend belastet wird. Der Angeschuldigte bestreitet aber auch darüber hinaus, Vorschläge der Sachbearbeiter oder Außenstellenleiter zur Sonderbehandlung als verantwortlicher Leiter der Abteilung II und Stellvertreter des Dienststellenleiters gebilligt, abgezeichnet und an das RSHA weitergeleitet zu haben (vgl. S. 1163). Er gibt an, daß sich dies Dr. Schick, der Dienststellenleiter, vorbehalten habe. Dies ist nach dem Ergebnis der Ermittlungen sehr unglaublich. Es erscheint im höchsten Maße unwahrscheinlich, daß die Sachbearbeiter einen Polenvorgang bearbeitet haben mit der weitgehenden Befugnis, den Polen zur Tötung vorschlagen zu können und dieser Vorgang über den Chef der Stapoleitstelle unter völliger Umgehung und Ignorierung des verantwortlichen zuständigen Abteilungsleiters, nämlich des Angeschuldigten, zum RSHA eingereicht wurde.

Aber auch hier reicht das Ergebnis der Ermittlungen nicht aus zur Überführung des Angeeschuldigten.

Keiner der zahlreichen Zeugen hat mit Sicherheit bekunden können, daß der Angeeschuldigte Sonderbehandlungsvorschläge an das RSHA weitergeleitet hat. Ebensowenig konnte durch Zeugenaussagen ausgeschlossen werden, daß Dr. Schick die Vorlegung der Polenvorgänge an das RSHA mit dem Antrag auf Sonderbehandlung ausschließlich selbst vorgenommen hat. Desgleichen sind keine Urkunden vorhanden, aus denen eine Mitwirkung des Angeeschuldigten an der Weiterleitung eines Polenvorganges mit Tötungsvorschlag an das RSHA hervorgeht.

[Die somit vorliegenden Tatsachen werden daher für eine Verurteilung des Angeeschuldigten nicht ausreichen.

Da schon ein hinreichender Verdacht bezüglich des Vorliegens eines objektiven strafbaren Tatbestandes nicht bejaht werden kann, erübrigt sich, auf die Problematik des subjektiven Tatbestandes einzugehen, nämlich auf die Kenntnis des Angeeschuldigten bezüglich der Rechtswidrigkeit des Tötungsurteils, bzw. der Tötungsanordnung und auf den bereits durch das Landgericht Heidelberg behandelten Befehlsnotstand.

Müller

(Dr. Müller)
Staatsanwalt

Erlasse des Reichsführers SS und Chef der deutschen Polizei betreffend der Behandlung der im Reich eingesetzten fremdvölkischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen.

1. Erlaß vom 8.3.1940 Reichsführer SS S-IV D 2 - 382/40
2. Erlaß vom 3.9.1940 Reichsführer SS S-IV D 2 - 3382/40
Betr.: Behandlung der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums
Gerichtet an die höheren Verwaltungsbehörden lt. Verteiler.
Unterschrift: i.V. Heydrich
(Documente Band I, S. 21-47)
3. Erlaß vom 3.9.1940 Reichsführer SS S-IV D 2 - 3382/40
Betr.: Behandlung der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums.
Gerichtet an die Stapo - leit - stellen lt. Verteiler
Unterschrift: i.V. Heydrich
(Documente Bd. I, S. 7-19)
4. Erlaß vom 10.12.1940 Reichsführer SS S-IV D 2c- 3382/40
Betr.: Behandlung der im Reichsgebiet eingesetzten polnischen Zivilarbeiter und -arbeiterinnen
(Documente Bd. I, S. 51)
5. Erlaß vom 5.7.1941 Reichsführer SS S-IV D 2c- 4883/40g
Betr.: Sonderbehandlung der im Reich eingesetzten polnischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen
Unterschrift: i.A. Müller
(Documente Bd. I, S. 53-61)
6. Erlaß vom 4.11.1941 Reichsführer SS S-IV D 2c- 4883/40g
7. Erlaß vom 12.12.1941 Reichsführer SS S-IV D 2c- 1474/41
gRs
8. Erlaß vom 20.2.1942 Reichsführer SS S-IV D 208/42
(vgl. Sonderheft StA. Heidelberg VU 1/56; S. 15 und 31)
9. Erlaß vom 14.10.1941 Reichsführer SS S-IV D 2c- 1176/41
(vgl. Akten Documente Bd. I, S. 51)
10. Erlaß vom 10.3.1942 Reichsführer SS IV D 2c - 4883/40 g
IV A 1c
Betr.: Sonderbehandlung der im Reich eingesetzten polnischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeiter
(Documente Bd. I, S. 63-67)

11. Runderlaß vom 27.5.1942 Reichsführer SS S-IV D - 293/42
12. Erlaß vom 29.6.1942 Reichsführer SS 235/42 g - 40 -
13. Erlaß vom 5.11.1942 RSHA II A 2 567/42
Betr.: Strafrechtspflege gegen Polen und Angehörige der Ostvölker.
Unterschrift: i.V. Streckenbach
IMT Bd. XXXVIII S. 316 Doc. 316 - L (vgl. Sonderheft StA. Heidelberg VU 1/56; S. 51/53)
14. Erlaß vom 17.11.1942 Reichsführer SS 552/42g/104.
15. Erlaß vom 6.1.1943 Reichsführer SS S-IV D 2- 450/42 g
Betr.: Durchführungsbestimmungen für Exekutionen
Unterschrift: Himmler
(Documente Bd. I, S. 93-103)
16. Erlaß vom 7.4.1943 Reichsführer SS IV A 1c - 2652/43 g
Betr.: Verkehr sowjetrussischer Kriegsgefangener mit deutschen Frauen
Unterschrift: i.V. Müller
(Documente Bd. I, S. 109-110)
17. Erlaß vom 4.5.1943 Reichsführer SS IV C 2 - Allg.42156
18. Erlaß vom 10.2.1944 Reichsführer SS S-IV D 2c - 235/44g
Betr.: Ahndung schwerwiegender Verstöße und unerlaubten Geschlechtsverkehrs fremdvölkischer Arbeitskräfte aus dem Osten u. Südosten, sowie poln., serb. u. sowjetruss. Kriegsgefangener
Unterschrift: i.V. Kaltenbrunner
(Documente Bd. I, S. 121 - 129)

Zuständigkeitsdaten der im
Bereich der Stapoleitstelle
Karlsruhe erhängten Polen

Anlage 2

1592
158
Exakt
in

| Lfd.
Nr. | N a m e : | Geb.Datum | Geb.Ort | Exekution
am Datum | |
|-------------|---|------------|----------------|----------------------------------|-----------------|
| 1 | <u>Bestry,</u> Josef | | | 9.10.42 | Jestetten |
| | 22 Js 515/60 StA. K'he (StA. Waldshut 1 Js 1640/60) S. 125, 167, 177a; | | | | |
| 2 | <u>Borowski,</u> Theodor | 8.11.1911 | Argenau/P. | 13. 2.42 | Hohenbodman |
| | S. 177a, 469; | | | | |
| 3 | <u>Dawaziak,</u> Stanislaus | 26.4.1911 | Grodzisk/P. | 8. 5.41 | K'he-Durlach |
| | 22 Js 520/60 StA.Karlsruhe, S. 82, 167, 203, 461; | | | | |
| 4 | <u>Gawlowski,</u> Mieczyslaw | | | 25. 7.41 | Ruschweiler |
| | 22 Js 514/60 StA. K'he (StA.Konstanz 2 Js 142/59 K); S. 167, 177a, 203; | | | | |
| 5 | <u>Giechonowski,</u> Jan | 6. 8.1911 | Sendow/P. | 24.11.42 | Haslach |
| | 22 Js 817/60 StA. K'he (StA.Offenburg 2 Js 964/60), S. 177a, 179, 869, 963-973; | | | | |
| 6 | <u>Gudzien,</u> Marian | | | 15. 4.42 | Herrischried |
| | 22 Js 516/60 StA. K'he S. 167, 177a, 729-733; | | | | |
| 7 | <u>Gumulka,</u> Johann | 8. 2.1909 | Wierzbice/P. | 12.2.42 | Gundelfingen |
| | S. 177a, 529; | | | | |
| 8. | <u>Halczynski,</u> Ludwig | | | 29. 5.42 | Salem |
| | 22 Js 512/60 StA. K'he (StA.Konstanz 2 Js 1208/59 K), S.83, 167, 179, 181; | | | | |
| 9 | <u>Janaszek,</u> Stanislaw | 15. 9.1915 | Wies Suckow/P. | 1.7.41 | Gernsbach |
| | S. 83, 167, 179, 181, 863, 911 ff. Generalakten S. 5; | | | | |
| ✓ 10 | <u>Kobus,</u> Jan | 17. 5.1913 | | 5. 4.41 | Pfullendorf |
| | 22 Js 513/60 StA. K'he (2 Js 380/58 StA.Konstanz) S. 1, 117, 167, 177b, 201; | | | | |
| 11 | <u>Koletzki,</u> Franz | 2. 2.1906 | Romen/P. | 17. 3.42 | Bollschweil |
| | S. 177b, 527; | | | | |
| 12 | <u>Kozlowski,</u> Stefan | 25. 5.1921 | Melanek/P. | 15. 1.42 | Hinterzarten |
| | S. 177b; 587-651; | | | | |
| 13 | <u>Krakowski,</u> Josef | | | 15. 4.42 | Herrischried |
| | 22 Js 516/60 StA. K'he, S. 167, 177b; | | | | |
| 14 | <u>Krol,</u> Johann | 22. 5.1899 | Jelnie/P. | 19. 5.42 | Brötzingen |
| | S. 179, 525; | | | | |
| 15 | <u>Lewicki,</u> Marian | 29. 4.1908 | Borstein/P. | 5. 3.42 | Villingen |
| | 22 Js 500/60 StA.K'he (StA.Konstanz 2 Js 1966/59), S. 83, 165, 121, 177b; | | | | |
| 16 | <u>Makuch,</u> Josef | | | 4. 8.42 | Helmsheim/Bruch |
| | S. 177b; | | | | |

1549
159

| Lfd. Nr. | Name : | Geb.Datum | Geb.Ort | Exekution am: | in |
|----------|---|------------|-----------------------|---------------|------------------------|
| 17 | <u>Malczynskin, Ludwig</u>
S. 121, 177b; | | | 27. 5.42 | Mimmenhausen |
| 18 | <u>Mroezek, Jan</u>
S. 177b, 653-667; | 6.11.1912 | Budganow/P. | 17. 7.42 | Freiamt |
| 19 | <u>Ortschinski, Bruno</u>
22 Js 516/60 StA.Karlsruhe, S. 167, 177b; | | | 15. 4.42 | Herrischried |
| 20 | <u>Pagacz, Eugen</u>
22 Js 511/60 StA.Karlsruhe, S. 165, 177b; (StA.Konstanz 2 Js 170/59 K) | | | 2. 9.41 | Salem |
| 21 | <u>Perzynski, Bernhard</u>
22 Js 817/60 StA.K'he (StA.Offenburg 2 Js 964/60), S. 177b, 867, 927-953; | 10. 6.1914 | Sierakowck/P. | 14.1.42 | Schiltach |
| 22 | <u>Piaskowski, Stanislaus</u>
S. 177b, 485; | 14.11.16 | Boleslaw/P. | 9. 3.42 | Hardheim |
| 23 | <u>Ponczek, Josef</u>
22 Js 520/60 StA.K'he, S. 82, 119, 167, 177c, 203, 559 ff.; | 18. 7.1920 | Mogilew | 24. 4.41 | Hüfingen |
| 24 | <u>Procel, Josef</u>
S. 177c, 1103, 1029-1109 + U. 1103 | 10. 7.1912 | Schrammhausen/Kalisch | 8. 8.41 | Homberg/Stockach |
| 25 | <u>Puchelka, Emil</u>
22 Js 499/60 StA. K'he (StA. Waldshut 1 Js 1324/60), S. 83, 121, 165, 177c; | | Pogwisdau/P. | 28.10.41 | Saig/Neustadt |
| 26 | <u>R a k , Peter</u>
S. 177c; 669-677 | 9. 6.1905 | Morziez/P. | 14. 2.42 | Kreenhainstetten |
| 27 | <u>Rebetowski, Wladislaus</u>
S. 36 Generalakten, S. 176, 177c, 409; | 24.1.1924 | Ivkowa/P. | 5. 6.42 | Zinken Unter-schiltach |
| 28 | <u>Salewski, Franz</u>
22 Js 816/60 StA.K'he (StA.Waldshut 1 Js 1373/60), S. 179, 267, 679-707; | | | 15. 4.42 | Lauterburg/Els. |
| ✓29 | <u>Skrzypacz, Ladislaus</u>
22 Js 520/60 StA.K'he, S. 83, 117, 167, 177c, 203, 565-581; | 18.10.1913 | Krawze/P. | 22. 4.41 | Oberschefflenz |
| 30 | <u>Stempniak, Josef</u>
22 Js 517/60 StA.K'he (StA.Waldshut 1 Js 1672/60), S. 125, 167, 177c, 183 | | | 10.10.42 | Weizen/Waldshut |
| 31 | <u>Strojowski, Franz</u>
S. 177c, 857, 873-877. | 9.11.1916 | Pakuly/P. | 13.10.42 | Ichenheim/Lahr |
| 32 | <u>Szmehlik, Wladislaw</u>
S. 123, 167, 177c, 869, 955-961; | 10. 5.1923 | Germy-Dnajek | 10.4.42 | Rohrbach/Epping. |
| 33 | <u>Wielgo, Stanislaus</u>
22 Js 520/60 StA. K'he, S. 83, 167, 177c, 437; | 22. 5.1915 | Borucza/P. | 26.8. 41 | Grenzach |

| Lfd.
Nr. | N a m e | Geburts-
datum | Geburts-
ort | Exekution
am | in |
|-------------|---|-------------------|-----------------|-----------------|------------------|
| 34 | <u>Wojzik, Josef</u>
S. 179, 857, 879; | 16. 6.1916 | Rzasnia/P. | 13.10.42 | Ichenheim/Lahr |
| 35 | <u>Wrzosek, Andrzej</u>
S. 179, + U 1247, 1219-1247; | 17.11.1914 | Warschau | 18. 2.42 | Haslach/Oberk. |
| 36 | <u>Zasada, Stanislaus</u>
S. 83, 121, 127, 167, 179 | | | 16.10.41 | Brombach/Lörrach |
| 37 | <u>Zenszykiewicz, Wacław</u>
S. 12 Generalakten, S. 83, 121, 167, 179; | 2.3.1904 | Warschau | 29.10.41 | Kandern |
| 38 | <u>Szymanski, Ludwig</u>
S. 125, 167, 177c, 535-537, 549;(StA. Karlsruhe 22 Js 520/60) | 25. 8.1917 | Lodz/P. | 8.10.42 | Watterdingen/S. |

Strafkammer III

III AK 3/64

VI KLa 2/62

Strafsache gegen

Dr. Heinrich F a b e r aus Bernkastel

wegen Beihilfe zum Mord

hier: Antrag auf Außerverfolgungssetzung

B e s c h l u ß

Der Angeschuldigte Dr. Heinrich Faber aus Bernkastel wird außer Verfolgung gesetzt.

Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last.

G r ü n d e

Am 25./27.4.1960 beantragte die Staatsanwaltschaft gegen den Angeschuldigten Dr. Heinrich Faber aus Bernkastel die Voruntersuchung wegen Beihilfe zum Totschlag in mehreren Fällen (§§ 212, 49, 74 StGB) zu eröffnen. Sie hielt ihn für verdächtig, in den Jahren 1941 und 1942 als Kriminaldirektor und SS-Sturm-Bandführer im Bezirk der damaligen Gestapo-Leitstelle Karlsruhe bei der vom Reichsführer SS-Angeordneten rechtswidrigen Erhängung von polnischen Zivilarbeitern, denen Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen zur Last gelegt worden war, in einer damals noch nicht bekannten Zahl von Einzelfällen gehilfenschaftlich mitgewirkt zu haben.

Die Voruntersuchung wurde sodann am 27.4.1960 eröffnet und nach ihrer Durchführung am 17.10.1961 geschlossen.

Am 23.3./12.4.1962 beantragte die Staatsanwaltschaft, den Angekschuldigten außer Verfolgung zu setzen. Weil die Strafkammer zunächst Bedenken hatte, dem Antrag zu entsprechen, gab sie durch Verfügung des Vorsitzenden am 14.12.1962 dem Angekschuldigten wie auch der Staatsanwaltschaft Gelegenheit, zu diesen Bedenken Stellung zu nehmen. Die Staatsanwaltschaft ist bei ihrem Begehren geblieben, dem sich auch der Angekschuldigte ausdrücklich angeschlossen hat.

II.

Nach dem Ergebnis der Voruntersuchung ist der Angekschuldigte der ihm hier angesonnenen Strafbaren Handlungen - Beihilfe zur Tötung mehrerer Menschen - im Sinne von § 203 StPO nicht hinreichend verdächtig. Bei der Durchführung der Hauptverhandlung ist seine Verurteilung nicht mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten.

Nach den Ermittlungen wurden im Bezirk der Gestapo-Leitstelle Karlsruhe, deren stellvertretender Leiter und Leiter deren Abteilung II der Angekschuldigte damals war, in der Zeit von April 1941 bis November 1942 nachfolgende 38 polnische Zivilarbeiter öffentlich erhängt, weil sie Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen gehabt hatten:

| Name: | Geb.Datum | Geb.Ort | Exekution Datum | Exekution Ort |
|---------------------------------|------------|------------|-----------------|---------------|
| 1. <u>Bestry, Josef</u> | | | 9.10.42 | Jestetten |
| 2. <u>Borowski, Theodor</u> | 8.11.1911 | Argenau/P. | 13. 2.42 | Hohenbodman |
| 3. <u>Damaziak, Stanislaus</u> | 26. 4.1911 | Grodzisk/R | 8. 5.41 | Khe-Durlach |
| 4. <u>Gawbowski, Mieczyslaw</u> | | | 25. 7.41 | Ruschweiler |

176

| Name: | Geb.Datum | Geb.Ort | Exekution
Datum | Exekution
Ort |
|------------------------------------|------------|----------------------------|--------------------|--------------------|
| 5. <u>Giechonowski</u> , Jan | 6. 8.1911 | Sendow/P. | 24.11.42 | Haslach |
| 6. <u>Gudzien</u> , Marian | | | 15. 4.42 | Herrischried |
| 7. <u>Gumulka</u> , Johann | 8. 2.1909 | Wierzbice/P. | 12. 2.42 | Gundelfingen |
| 8. <u>Halczynski</u> , Ludwig | | | 29. 5.42 | Salem |
| 9. <u>Janaszek</u> , Stanislaw | 15. 9.1915 | Wies Suckow | 1. 7.41 | Gernsbach |
| 10. <u>Kobus</u> , Jan | 17.5. 1913 | | 5. 4.41 | Pfullendorf |
| 11. <u>Koletscki</u> , Franz | 2. 2.1906 | Rommen/P. | 17. 3.42 | Bollschweil |
| 12. <u>Kozlowski</u> , Stefan | 25. 5.1921 | Melanek/P. | 15. 1.42 | Hinterzarten |
| 13. <u>Krakowski</u> , Josef | | | 15. 4.42 | Herrischried |
| 14. <u>Krol</u> , Johann | 22. 5.1899 | Jelnia/P. | 19. 5.42 | Brötzingen |
| 15. <u>Lewicki</u> , Marian | 29. 4.1908 | Borstein/P. | 5. 3.42 | Villingen |
| 16. <u>Makuch</u> , Josef | | | 4. 8.42 | Helmsheim/Bruchsal |
| 17. <u>Malczynskin</u> , Ludwig | | | 27. 5.42 | Mimmenhausen |
| 18. <u>Mroczek</u> , Jan | 6.11.1912 | Budganow/P. | 17. 7.42 | Freiamt |
| 19. <u>Ortschinski</u> , Bruno | | | 15. 4.42 | Herrischried |
| 20. <u>Pagacz</u> , Eugen | | | 2. 9.41 | Salem |
| 21. <u>Perzynski</u> , Bernhard | 10. 6.1914 | Sierakowck/P | 14. 1.42 | Schiltach |
| 22. <u>Plaskowski</u> , Stanislaus | 14.11.1916 | Boleslaw/P. | 9. 3.42 | Hardheim |
| 23. <u>Ponczek</u> , Josef | 18. 7.1920 | Mogilew | 24. 4.41 | Hüfingen |
| 24. <u>Procel</u> , Josef | 10. 7.1912 | Schrammhau-
sen/Kalisch | 8. 8.41 | Homburg/Stockach |

163

| Name: | Geb.Datum | Geb.Ort | Exekution
Datum | Exekution
Ort |
|------------------------------------|------------|--------------|--------------------|-----------------------|
| 25. <u>Puchelka</u> , Emil | | Pogwisdau/P | 28.10.41 | Saig/Neustadt |
| 26. <u>R a k</u> , Peter | 9. 6.1905 | Morziez/P. | 14. 2.42 | Kreenhainstetten |
| 27. <u>Rebetowski</u> , Wladislaus | 24. 1.1924 | Ivkowa/P. | 5. 6.42 | Zinken Unterschiltach |
| 28. <u>Salewski</u> , Franz | | | 15. 4.42 | Lauterburg/Els. |
| 29. <u>Skrzypacz</u> , Ladislaus | 18.10.1913 | Krawze/P. | 22. 4.41 | Oberschefflenz |
| 30. <u>Stempniak</u> , Josef | | | 10.10.42 | Weizen/Waldshut |
| 31. <u>Strojowski</u> , Franz | 9.11.1916 | Pakuly/P. | 13.10.42 | Ichenheim/Lahr |
| 32. <u>Szmehlik</u> , Wladislaw | 10. 5.1923 | Gerny-Dnajek | 10. 4.42 | Rohrbach/Epping. |
| 33. <u>Wielgo</u> , Stanislaus | 22. 5.1915 | Borucza/P. | 26. 8.41 | Grenzach |
| 34. <u>Wojzik</u> , Josef | 16. 6.1916 | Rzasnia/P. | 13.10.42 | Ichenheim/Lahr |
| 35. <u>WrzoSek</u> , Andrzej | 17.11.1914 | Warschau | 18. 2.42 | Haslach/Oberk. |
| 36. <u>Zasada</u> , Stanislaus | | | 16.10.41 | Brombach/Lörrach |
| 37. <u>Zenszykiewicz</u> , Wacław | 2. 3.1904 | Warschau | 29.10.41 | Kandern |
| 38. <u>Szymanski</u> , Ludwig | 25. 8.1917 | Lodz/P. | 8.10.42 | Watterdingen/S. |

144

164

1657

Das Verhalten der damals in Deutschland eingesetzten Polnischen Fremdarbeiter war in einer Reihe von Erlassen und Anordnungen geregelt. So bestimmte ein Erlass des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 8.3.1940 - VP 4948/2 - gerichtet an die Obersten Reichsbehörden - betreffend die Behandlung von Zivilarbeitern Polnischen Volkstumes im Reich (Hülle 305, Blatt 1 und 2, Band III der Beilakte der Staatsanwaltschaft Kassel in Sachen gegen Wiegand u.a. wegen Beihilfe zum Mord, 3 a 1/58. 21/59), daß die einwandfreie Lebensführung der Polen durch Sondervorschriften sicherzustellen seien. Gleichzeitig wurde der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern ermächtigt, erforderliche Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu erlassen. Aus den in der Anlage zu diesem Erlass herausgegebenen Erläuterungen (Hülle Blatt 3 - 6 aa) geht hervor, daß nähere Beziehungen der Fremdarbeiter mit der Deutschen Bevölkerung weitgehendst verhindert werden sollten und daß bei unerträglichem Verhalten der Polen gegenüber Deutschen hierfür geeignete, ggf. auch schärfste staatspolizeiliche Maßnahmen getroffen werden sollten. Im Hinblick auf diese Vorschriften nahm der Reichsführer-SS für sich das Recht in Anspruch, abgesehen von seinen polizeilichen Befugnissen die polnischen Fremdarbeiter auch wegen von ihm normierter strafbarer Handlungen, und zwar ohne gerichtliches Verfahren zur Verantwortung zu ziehen und zu bestrafen. In einem Schnellbrief an die Reichsstatthalter, die Landesregierungen, die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin vom 8.3.1940 - S IV D 2 - 382/40 - (Hülle Blatt 6 - 22 aa, 0.) ordnete er an, daß den Polnischen Fremdarbeitern bei ihrer Registrierung ein Merkblatt vorzulegen oder vorzulesen sei, aus dem ihre Pflichten

ten während ihres Aufenthalts in Deutschland hervor-
gingen. Das Merkblatt betreffend die Pflichten der
Zivilarbeiter Polnischen Volkstums während ihres
Aufenthalts im Reich (Hülle Blatt 37 - 38 aa. 6.),
das auch in polnischer Sprache vorhanden war, be-
drohte unter Ziffer 7 den Geschlechtsverkehr der
Polnischen Fremdarbeiter mit Deutschen mit der Todes-
strafe. Gleichzeitig bestimmte der Reichsführer-SS
in einem weiteren Schnellbrief an alle Staatspolizei-
Leit- und Staatspolizeistellen ebenfalls vom 8.3.
1940 - IV D 2 - 382/40 - (Hülle Blatt 25 - 32 aa. 6.)
betreffend die Behandlung der im Reich eingesetzten
polnischen Zivilarbeiter unter Ziff. 1 (Blatt 28),
daß besonders schwerwiegende Fälle von Pflichtverletzun-
gen dem Chef der Sicherheitspolizei und des Sicher-
heitsdienstes - dem Vorläufer des RSHA - vorzulegen sei-
en, der nach Prüfung die Entscheidung über eine Son-
derbehandlung der betreffenden Arbeiter herbeiführen
werde. Unter Ziff. 2 (Blatt 29) wurde weiter ausge-
führt, daß dieselben Maßnahmen zu ergreifen seien,
sofern polnische Fremdarbeiter mit Deutschen Geschlechts-
verkehr ausgeübt oder sich ihnen gegenüber sonst un-
sittlich verhalten hätten. Die auf diese Grundlage
durch das RSHA ergangene Anordnung der Sonderbehand-
lung war dann durch die örtliche Gestapostelle zu
vollstrecken. Dabei hat der Leiter oder ein höherer
Beamter der Gestapostelle sowie ein Arzt anwesend
zu sein. Außerdem waren die in der Umgebung eingesetzten
Fremdarbeiter zu versammeln. Die Entscheidung des RSHA
war mit einer kurzen Begründung in deutscher und polni-
scher Sprache zu verlesen. Sodann hatte die Hinrich-
tung durch Erhängen zu erfolgen.

War ein Fall des Geschlechtsverkehrs eines polnischen
Fremdarbeiters mit einer Deutschen bekanntgeworden,

so wurden zunächst die Ermittlungen durch die örtlich zuständige Gestapoaußenstelle geführt, die auch die Festnahme der Beteiligten bewirkte. Gegen die beteiligte deutsche Frau wurde in der Regel in einem Verfahren nach § 4 Abs. 1 der VO zum Schutze der Wahrkraft des Deutschen Volkes vom 25.11.1939 durch ein ordentliches Gericht auf eine Freiheitsstrafe erkannt oder ohne gerichtliches Verfahren die Einweisung in ein KZ als Erziehungsmaßnahme angeordnet. Gegen den Polen wurde, wie oben ausgeführt, kein gerichtliches Verfahren eingeleitet. Die Stapoaußenstelle legte nach Abschluß der Ermittlungen die Akte vielmehr der Leitstelle in Karlsruhe vor, wo sie im Referat E (Fremdarbeiterwesen) der Abteilung II, deren Leiter der Angeschuldigte zu jener Zeit war, weiter bearbeitet wurde. Sodann wurde die Sache von dem Angeschuldigten, der sie genau überprüft hatte, mit einem Bericht und einem Vorschlag hinsichtlich der Bestrafung des Polen dem Dienststellenleiter, dem im Jahre 1944 verstorbenen Regierungsrat Dr. Schick, vorgelegt, der sie zum RSHA nach Berlin weiterleitete. Der Entscheidungsvorschlag lautete in der Regel auf Sonderbehandlung, also auf Hinrichtung des Polen. Davon war nach dem Schnellbrief des Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Inneren - S IV D 2 c - 4883/40 g - 196 vom 5.7.1941 (Dokumente I Seite 53 ff.) nur dann abzusehen, wenn zuvor von Rasse- und Siedlungshauptamt die Eindeutschungsfähigkeit anerkannt war; in solchem Falle wurde vom RSHA die Einweisung in ein KZ für kürzere Zeit/^{als} ausreichende Sühne angesehen; von dieser Möglichkeit wurde jedoch erst ab 1942 mehrfach Gebrauch gemacht. Lag die Eindeutschungs-

fähigkeit des Polen nicht vor, wurde vom Reichsführer SS, dem das RSHA die jeweilige Sache unterbreitete, die Sonderbehandlung angeordnet. Diese Anordnung war bindend und endgültig. Mit ihr kam der Vorgang wieder zurück zur Stapoleitstelle, die die Exekution durchzuführen hatte.

III.

1. Die Hinrichtungen der Polen sind aus niedrigen Beweggründen vorgenommene Tötungshandlungen. Niedrige Beweggründe liegen vor, weil durch die Tötungen die Polen als eine ^{hier}nationalsozialistische Auffassung minderwertige Rasse entgegen den Grundsätzen des Naturrechts ^{und der} Auffassung aller billig- und gerechtdenkenden Menschen bekämpft werden sollten. Rechtswidrig waren die Hinrichtungen, weil ihnen auch damals weder sachlich-rechtliche noch verfahrensrechtliche gesetzliche Vorschriften zugrunde lagen.
2. Die Strafklage hinsichtlich etwaiger strafbarer Beteiligungen an diesen Tötungshandlungen ist nicht - worauf zu Unrecht Staatsanwaltschaft und Angeschuldigter zur Begründung der begehrten Außerverfolgungssatzung in erster Linie abheben - dadurch verbruecht, daß der Angeschuldigte wegen seiner ihm vorgeworfenen Mitwirkung an der Erhängung des Polen Wladyslaw Szmalik am 10.4.1941 in Rohrbach bei Eppingen durch Beschluß des Landgerichts Heidelberg vom 25.5.1956 - AR 25/56, VU 1/56 - rechtskräftig außer Verfolgung gesetzt wurde. Die hiergegen-ständlichen Beihilfe-verhandlungen bilden keine Handlungseinheit mit der Gehilfentat aus dem beigezogenen Verfahren. Ein von den Haupttättern durch einen einheitlichen Willensakt ausgelöstes Tatgeschehen ist nur für diese, nicht aber auch für alle anderen daran beteiligten Personen als eine Tat im Sinne einer natürlichen

Handlungseinheit zu werten. Die Frage, ob Tateinheit oder ^{Nichttat} ~~Tatminderheit~~ gegeben ist, stellt sich vielmehr bei jedem Teilnehmer stets selbständig, mag er Mittäter, Anstifter, oder Gehilfe sein (vgl. RGSt 70, 26; 334, 344, 349; BGH bei Dallinger MDR 1957, 266 und BGH 1 StR 540/62, Urteil vom 28.5.1963 in der Strafsache gegen Ehringer u.a.). Deshalb ist die Strafklage - mit Ausnahme der einen Erhöhung vom 10.4.1941 in Rohrbach bei Eppingen, was jedoch keiner Erörterung bedarf - nicht ver-
braucht.

3. Der Angeschuldigte ist der ^{kurzige} ~~tatbestandsmäßigen~~ gehilfenschaftlichen Mitwirkung an den Hinrichtungen auch hinreichend verdächtig. Nach dem Ermittlungsergebnis hat er die im Referat E der von ihm geleiteten Abteilung II bearbeiteten Polenvorgänge mit dem Vorschlag auf Sonderbehandlung verantwortlich an den Dienststellenleiter Dr. Schick mit dem Enzziel RSHA weitergeleitet. Seine Einlassung, daß die Sachbearbeiter von Referat E die Polenvorgänge mit den gewichtigen Sonderbehandlungsvorschlägen unter Umgehung und Ignorierung seiner Person als des verantwortlichen Abteilungsleiters unmittelbar dem Dienststellenleiter vorgelegt hätten, ist in hohem Maße unglaubhaft und wird auch von der Staatsanwaltschaft für in höchstem Maße unwahrscheinlich gehalten. So hat auch der Zeuge Braun, damals Sachbearbeiter im Referat II E, bekundet (AS. 1255), daß der Angeschuldigte sich die einzelnen Vorgänge sehr genau angesehen habe und in den meisten Fällen den Sachbearbeiter habe kommen lassen. Demgegenüber ist die nur eine sehr allgemeine Vermutung wiedergebende Aussage des Zeugen Gerst (AS. 1653), auf den sich der Angeschuldigte beruft, ohne wesentlichen Beweiswert, zumal er, wie er selbst einräumt,

niemals Polensache bearbeitet hat und aus eigener Anschauung dazu gar nichts hat sagen können (AS. 1327).

Die vom Angeschuldigten eingewandte Ortsabwesenheit von Karlsruhe von ca. Mai bis Herbst 1941 zu Heilzwecken in einem Berliner Staatskrankenhaus vermag ihn, daß ^{Se} ihm ohnehin ^{hier} wenig Fälle betreffen würde, nur geringfügig zu entlassen. Überdies erscheint diese Einlassung nicht voll glaubhaft. Es ist nämlich verwunderlich, daß dem Angeschuldigten dies erst auf die Aussage des Zeugen Metzger in Erinnerung gekommen sein will, der die Ortsabwesenheit zudem auf "paar Monate im Frühjahr 1941", und zwar zu Vertretungszwecken im RSHA in Berlin, beschränkt (AS. 1391).

4. Dagegen wird dem Angeklagten ~~Angeschuldigten~~ nicht mit einer für eine Verurteilung ausreichenden Sicherheit nachzuweisen sein, daß er bei der Exekution des Polen Wladyslaw Skrzypacz am 22.4.1941 in Oberschefflenz zugegen war und sie selbst geleitet hat. Wohl hat das der Zeuge Hauk bekundet (AS. 569/71). Der Angeschuldigte ~~hat~~ aber bestreitet, überhaupt am Exekutionsort gewesen zu sein. Andere Beweismittel als die Aussage Hauk legen nicht vor. Im Gegensatz zu den beiden Exekutionen in Pfullendorf am 5.4.1941 und in Grenzach am 25.8.1941 (siehe unten) weist auch keine Reisekostenrechnung eine Dienstfahrt des Angeschuldigten nach Oberschefflenz aus; es ist lediglich eine solche von KOS Nagel dafür vorhanden. Die Aussage Hauk, ^{xx}wenngleich in ihrer Eindeutigkeit und Klarheit ein starkes Belastungsmoment bildet, reicht aber angesichts des ^{vielen} ~~vielen~~ jeglicher weiterer Umstände, die für eine Anwesenheit des Angeschuldigten am Exekutionsort sprechen könnten, nach nahezu 23

Jahren nicht aus, daß Bestreiten des Angeschuldigten mit der notwendigen Sicherheit zu widerlegen. Bei dieser langen Zeitspanne zwischen Tat und Aussage wird nicht mit solcher Sicherheit festgestellt werden können, wessen Angaben die objektiv zutreffen sind. Darum ist ^{es}ansichts dieses Zweifels für den Angeklagten zu entscheiden.

Dagegen bestehen gegen die Anwesenheit des Angeschuldigten bei den Exekutionen am 5.4.1941 in Pfullendorf (Pole Jan Kobus) und am 25.8.1941 in Grenzach (Pole Stanislaus Wielgo) keine Bedenken für einen hinreichenden Tatverdacht insoweit. Hierfür liegen immerhin Reisekostenrechnungen vor (AS. 117/119). Gleichwohl erscheint diese Anwesenheit am Exekutionsort, weil zusätzlich zu der des Dienststellenleiters und wahrscheinlichen Exekutionsleiters Dr. Schick, nicht ausreichen, um ihr eine das Tatgeschehen fördernde Mitwirkung beimessen zu können, sodaß von daher ein hinreichender Tatverdacht ~~entfällt~~.

Im Übrigen käme es aber auf eine fördernde Mitwirkung bei diesen drei Exekutionen auch nicht an, nachdem die Mitwirkung ander Tötung bereits in dem früheren Stadium der Weiterleitung des Sonderbehandlungsvorschlages ~~g~~ festgestellt wurde.

5. Dem Angeschuldigten steht jedoch der Entschuldigungsgrund von § 47 ^{des StGB} ~~des StGB~~ zur Seite.

Der Angeschuldigte hat auf Befehl in Dienstsachen gehandelt. Als Angehöriger der SS unterstand er im Zeitpunkt der Taten dem Militärstrafrecht (§ 1 und 3 ^{des StGB} VO über eine Sondergerichtsbarkeit in Strafsachen der Angehörigen der SS und für die Angehörigen der Polizeiverbände beim besonderen Einsatz vom 17.10.1939 - Reichsgesetzblatt I, 2107 - i.V.m. dem Erlaß des Reichsführers SS und Chef der Deutschen

Polizei vom 9.4.1940). Nach § 47 MStGB ist der befehlende Vorgesetzte allein verantwortlich, wenn durch die Ausführung eines Befehles in Dienstsachen ein Strafgesetz verletzt wird. Nach Abs. 1 Satz 2 Ziff. 2 aaO^o trifft jedoch den gehorchenden Untergebenen die Strafe des Teilnehmers, wenn ihm bekannt war, daß der Befehl eines Vorgesetzten eine Handlung betraf, welche ein allgemeines ~~und~~ oder militärisches Verbrechen oder Vergehen bezweckte.

Kenntnis des Untergebenen im Sinne von § 47 Abs. 1 Satz 2 Ziff. 2 MStGB bedeutet dessen sicheres Wissen um den verbrecherischen Zweck des Befehles. Nur dieses begründet die strafrechtliche Verantwortlichkeit. Ein großer ^{bew.} Zweifel des Untergebenen an der Rechtmäßigkeit des Befehls genügt ebensowenig wie es ausreicht, daß der Untergebene den verbrecherischen Charakter des Befehls hätte erkennen können oder müssen. Zur Kenntnis gehört hier das Wissen des Gehorchenden, daß der Befehlende mit dem Befehl die Begehung eines Verbrechens oder Vergehens beabsichtigt habe. Die allgemeinen Grundsätze über den Verbotsirrtum sind im Rahmen des § 47 MStGB angesichts der ausdrücklichen Regelung wegen der Eigenart der militärischen Befehlsverhältnisse unanwendbar (vgl. BGH StV 5, 244).

Dafür aber, daß der Angeschuldigte diese sichere Kenntnis gehabt hat, ist kein hinreichender Anhalt gegeben. Er bestreitet auch, sie gehabt zu haben. Er habe die Todesstrafe, so läßt er sich ein, wohl für hart gehalten, aber nicht daran gezweifelt, daß sie in den in den ihm bekanntgewesenen ^{klassischen} ~~erinnerten~~ Fällen nach der

damals herrschenden nationalsozialistischen Rechtsauffassung ^{Rechtens} gewesen sei. Den Polen seien die Erlasse mit der Strafandrohung auch bekanntgegeben worden; sie hätten es darum selbst in der Hand gehabt, die Todesstrafe zu vermeiden. Auch daß die Hinrichtungsanordnung jeweils öffentlich verlesen wurde, habe einem Zweifel an ihrer ~~Gesetz~~^{Rechtmäßigkeit} entgegenstanden. Schließlich sei er kein ~~jur~~^{jurist} Jurist und auch lediglich Beamter des gehobenen mittleren Dienstes gewesen und habe deshalb die Rechtswidrigkeit des Verfahrens, das selbst von einer großen ^{Anzahl} von Juristen, darunter seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Dienststellenleiter Dr. jur. Schick, der Volljurist war, gebilligt worden, ^{er} nicht erkennen können. Dem Angeschuldigten kann hiernach nicht widerlegt werden, daß er aus der damaligen Sicht heraus geglaubt hat, rechtmäßig zu handeln. Daß der verbrecherische Charakter des Befehls, Polen aus dem hier dargelegten Gründen hinzurichten, weniger offensichtlich und darum schwerer zu erkennen war als die Rechtswidrigkeit zum Beispiel des Jugendvernichtungsbefehls, der auf die Tötung ausnahmslos aller Juden allein, weil sie Juden waren, gerichtet war, liegt offen. Während die Juden den für ihre Vernichtung damals als ausreichend angesehenen Tatbestand schon durch ihre Geburt und darum schuldlos erfüllt hatten, setzte die Todesstrafe für polnische Fremdarbeiter ein bestimmtes ~~Äußeres~~^{Verhalten}, in den Erlassen und Anordnungen nominiertes Verhalten voraus, auf das ihnen die Todesstrafe angedroht war; sie konnten sich darum verantwortlich für und gegen dieses 2 "todeswürdige" Verhalten entscheiden. Dennoch bleiben Zweifel an der vom Angeschuldigten behaupteten Unkenntnis der Gesetzwidrigkeit der Polenerhängungen übrig. Es liegt die Vermutung nahe,

daß der Angeschuldigte bei seinem Bildungsgrad als Doktor phil. und damals immerhin schon 35-jähriger Mensch erkannt hat, daß durch die Hinrichtungen die Polen als eine nach nationalsozialistischer Auffassung minderwertige Rasse bekämpft werden sollten. Dafür streitet ^{seine} Erklärung, niemals Nationalsozialist gewesen zu sein und die Vorlage zahlreicher Bezeugnisse dafür, daß er in der Kriegszeit gegen den Nationalsozialismus gestanden und sich für zahlreiche Menschen, die unter dem nationalsozialistischen Gewaltsystem zu leiden hatten, eingesetzt habe. Indessen sind diese Zweifel aber nicht ausreichend, den Angeschuldigten zu widerlegen. Der Nachweis der sicheren Kenntnis wird auch in einer Hauptverhandlung nicht geführt werden können. Ob er die Kenntnis hätte haben können oder müssen, kann unter Hinweis auf BGH St. 5, 244 unentschieden bleiben, da die Grundsätze über den Verbotsirrtum hier keine Anwendung finden.

6. Nach alledem bedarf es auch keiner eingehenden Erörterung, ob der Angeschuldigte in einem seine Schuld ausschließenden sogenannten Befehlsnotstand nach § 52 oder 54 StGB gehandelt hat, worauf er wie auch die Staatsanwaltschaft sich unter Bezugnahme auf den erwähnten Außerverfolgungssetzungsbeschuß des Landgerichts Heidelberg vom 25.5.1956 berufen. Nach der Rechtsprechung ist dafür erforderlich, daß der Täter das Bewußtsein ~~nicht~~ dieser Gefahr gehabt und sich mit dem Bestreben, ihr auszuweichen, zu der ihm angesonnenen Handlung entschlossen hat und daß ihm die Handlung durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben abgenötigt (§ 52 StGB), daß also sein Wille durch diese Drohung gebeugt wird (BGH St 3, 271 ff, 275, 276; OGH St 1, 310, 313).

Darauf, daß das Gericht erhebliche Zweifel hat, ob die dazugetroffenen Feststellungen - jedenfalls im Rahmen der Prüfung eines hinreichenden Tatverdachts - ausreichen, um vorliegend eine Notstandssituation für gegeben zu erachten, wurde in der Verfügung des Vorsitzenden vom 14.12.1962 bereits hingewiesen. Wer sich nämlich darauf beruft, durch unwiderstehliche Drohung genötigt worden zu sein, ist nur entschuldigt, wenn er sich nach dem Maß aller seiner Kräfte bemüht hat, der Gefahr auf andere, die Straftat vermeidende Weise zu entgehen. In dieser Richtung muß er alle Möglichkeiten gewissenhaft geprüft haben. Je schwerer die ihm abgenötigte Straftat ist, umso sorgfältiger muß die Prüfung sein (vgl. BGH St 18, 311/312).

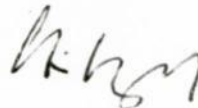
IV.

Der Angeschuldigte war deshalb, wie geschehen, außer Verfolgung zu setzen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 467 Abs. 1, 2 StPO. Die dem Angeschuldigten erwachsenen notwendig Auslagen waren der Staatskasse nicht aufzuerlegen, weil lediglich Beweisschwierigkeiten zur Außerverfolgungssetzung führen, in dessen ein begründeter Verdacht gegen den Angeschuldigten bestehen bleibt (§ 467 Abs. 2 Satz 2 StPO).



Landgerichtsdirektor



Gerichtsassessor



Landgerichtsrat

Der Höhere H- und Polizeiführer
bei den Reichstatthaltern in Württemberg und Baden im Wehrkreis V
und
beim Chef der Zivilverwaltung im Elsaß

16

Stuttgart O, den 5. Januar 1942.
Gänseheidestr. 26
Fernruf: 28041/43
Postanschrift: Der Höhere H- und
Polizeiführer Südwest

Betr.: Stefan K o z l o w s k i, poln. Zivilarbeiter, geb. 25.5.21
in Melonek,
Amanda F r e s s l e, geb. Hermann, geb. 12.9.06 in Breitenau
und Hilda B e u e r l e, geb. 2.11.19 in Saig,
sämtl. ehem. wohnh. in Hinterzarten
wegen verbotenen Geschlechtsverkehrs.

An

L. Wagner
Gauleiter Reichstatthalter
Robert W a g n e r

Strassburg/E.

K

RECEIVED
D. 12
H 3

Der Reichsführer-H und Chef der Deutschen Polizei hat ange-
ordnet, dass der polnische Zivilarbeiter Stefan K o z l o w s k i zu erhängen ist.

Die Exekution ist auf Donnerstag, 15.1.1942 festgesetzt.
Richtplatz ist ein Waldstück bei Hinterzarten-Treffpunkt
09.30 vor dem Rathaus in Hinterzarten.

Kozlowski hat in den Monaten Juni und Juli 1941 mit den oben
bezeichneten deutschblütigen Frauen mehrmals geschlechtlich
verkehrt.

Ich darf um Kenntnisnahme bitten.

Der Höhere H- und Polizeiführer

H. Wagner
H-Gruppenführer
Generalleutnant der Polizei.

14

Q/1407

313

Der Chef der Zivilverwaltung
im Elsaß

Nr. P8/K.3.

Strasbourg, den 7. Januar 1942.

17

I. Auf die Abschrift vorstehender Urschrift ist zu setzen:

Abschriftlich

dem

Herrn Reichsstatthalter in Baden

K a r l s r u h e

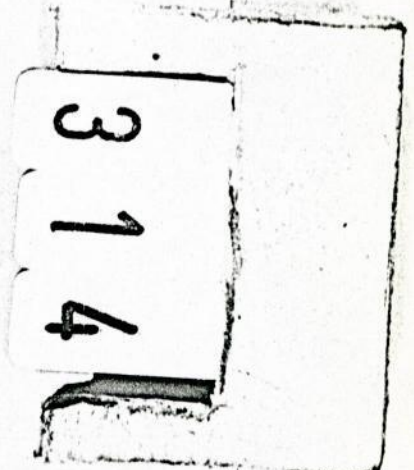
Erbprinzenstraße 15

zur Kenntnisnahme übersandt.

II. Z.d.A.

Im Auftrag

gef: Mr.
ab: 10.1.42



Der Höhere SS- und Polizeiführer
bei den Reichsstatthaltern in Württemberg und Baden im Wehrkreis V
und
beim Chef der Zivilverwaltung im Elsass

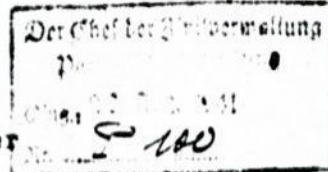
Stuttgart-O, den 28. Aug. 1941.
Gänseblei Nr. 26
Fernruf: 28041/43
Postanschrift: Der Höhere SS- und
Polizeiführer Südwest

10

Betr.: Exekution des polnischen Zivilarbeiters Eugen
P a g a c z , geb. 11.1.11 in Welun.

An den
Herrn Reichsstatthalter und Gauleiter
Robert W a g n e r ,

S t r a ß b u r g / E l s a s s
Brandgasse 11



Auf Befehl des Reichsführers-SS und Chef d. Dt. Pol. i. RMdJ.
wird am Dienstag dem 2.9.41 Vormittag 8 Uhr der obenge-
nannte Pole bei Mimmehausen, Amt Überlingen erhängt.
P a g a c z hat die am 1.8.18 in Beuren geborene, le-
dige Waldarbeiterin Elisabeth E r d e r in der Wohnung
und im Freien geschlechtlich gebraucht.
Ich bitte hiervon Kenntnis zu nehmen.

Ramm
SS-Gruppenführer
und Generalleutnant der Polizei.

3071

Instruktion 17

177a

Der Chef der Zollverwaltung
im Elsass

Strassburg, den 30. August 1941

Nr. PS/ P 100

11

I. ~~XX~~

Auf die Abschrift umstehender Urschrift ist zu setzen:

Abschriftlich

dem
Landesrat in Baden

Karlsruhe

Erbprinzenstrasse 15

zur Kenntnisnahme übersandt.

II. Z.d.A.

Im Auftrag

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]

gef: Z.
ab: 1.9.41

308

42

Der Höhere H- und Polizeiführer
bei den Reichsstatthaltern in Württemberg und Baden im Wehrkreis V
und
beim Chef der Zivilverwaltung im Elsass

Stuttgart O, den 24. Okt. 1941
Gänsestr. 26
Fernruf: 28041/43
Postanschrift: Der Höhere H- und
Polizeiführer Südwest

An
Gauleiter Reichsstatthalter
Robert Wagner
Strassburg/Elsass.
Brandgasse

12

Betr.: Poln. Zivilarbeiter Emil Puchelka,
geb. am 14. 2. 1916 in Pogwisdau.

Der Reichsführer-H und Chef der Deutschen Polizei hat ange-
ordnet, dass der Pole Emil Puchelka zu erhängen ist.
Emil Puchelka hat versucht, die am 23. 5. 1923 in Holzlebruck
geborene ledige Dienstragd Frieda Lickert geschlechtlich
zu gebrauchen.

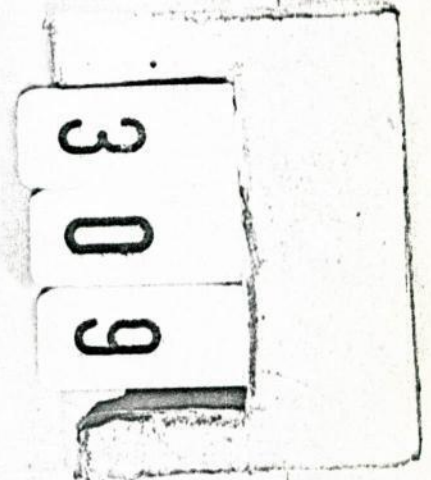
Weiter hat Puchelka an der 11-jährigen und 10-jährigen
Rosemarie Budnik und Erna Flagg unsittliche Hand-
lungen vorgenommen.

Die Exekution fendet am Dienstag den 28. 10. 1941 vormittags
3.00 Uhr auf der Gemarkung Salsg statt.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

6. Abt. H. 11. 11. 41
an
rd. 2. 11. 41

H-Gruppenführer und
Generalleutnant der Polizei.



178a

Der Chef der Zivilverwaltung
im Elsass
Nr. P8 / P 119

Strasbourg, den 28. Oktober 1941

13

I. Auf die Abschrift umstehender Urschrift ist zu setzen:

Abschriftlich
dem

Herrn Reichsstatthalter in Baden

Karlsruhe

Erbprinzenstrasse 15

zur Kenntnisnahme übersandt.

II. Z.d.A.

In Auftrag

Gv

~~Beglaubigt:~~

~~Finanzinspektor~~

gef. B.
ab: 22.10

3101

42

Der Höhere H- und Polizeiführer

bei den Reichstatthaltern in Württemberg und Baden im Wehrkreis V

und
beim Chef der Zivilverwaltung im Elsass

Stuttgart O, den 24. Okt. 1941

Gänseheidstr. 26

Postfach: 28041/48

Postanschrift: Der Höhere H- und
Polizeiführer Südwest

An

Gauleiter Reichstatthalter
Robert ~~Wassner~~

Strasbourg / Elsass.

Brandgasse

14

Betr.: Poln. Zivilarbeiter Waclaw Zenszykiewicz,
geb. 2. 3. 04 in Warschau.

Der Reichsführer-H und Chef der Deutschen Polizei hat ange-
ordnet, dass der Pole Waclaw Zenszykiewicz zu er-
hängen ist.

Waclaw Zenszykiewicz hat die am 2. 9. 1919 in Welmlingen ge-
borene ledige Hausangestellte Marie ~~Wassner~~ geschlecht-
lich gebraucht.

Die Exekution findet am Mittwoch den 29. 10. 41 vormittags 8.00 Uhr im
Steinbruch 1500 m nördlich der Ortsmitte Kandern an der
Strasse Kandern-Sitzenkirch statt.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

W. M. M.
H-Gruppenführer und
Generalleutnant der Polizei.

3111

179a

Der Chef der Zivilverwaltung
im Elsass
Nr. P8/ Z. 57

Strassburg, den 20. Oktober 1911

15

I. Auf die Abschrift vorstehender Urschrift ist zu setzen:

Abschriftlich
dem
Herrn Reichsstatthalter in Baden

Karlsruhe
Erprinzenstrasse 15

zur Kenntnisnahme übersandt.

II. Z.d.A.

Im Auftrag



gef. B.
ab: 22. 10.

312

44

Der Höhere H- und Polizeiführer
bei den Reichsstatthaltern in Württemberg und Baden im Wehrkreis V
und
beim Chef der Zivilverwaltung im Elsass

Stuttgart-O, den 18. April 1941.
Gänseheidstr. 28
Fernruf: 28041/43
Postanschrift: Der Höhere H- und
Polizeiführer Südwest

2

E i l t !

An

Gauleiter Reichsstatthalter
Robert Wagner

Strassburg / Elsass

Betr.: Exekution des polnischen Zivilarbeiters Wladyslaw Skrypacz, geb. 18.11.1913 in Krawez.

Vorg.: Ohne.

Auf Befehl des Reichsführers-H und Chefs der deutschen Polizei wird der polnische Zivilarbeiter Wladyslaw Skrypacz am Dienstag, 22.4.1941 vormittags 8 Uhr auf einer Anhöhe etwa 500 Meter von der Ortschaft Oberschefflenz, Kreis Mosbach entfernt, gehängt.

Skrypacz hat mit der am 11.5.1910 in Robern geborenen Ehefrau Maria Schell, geb. Biehler geschlechtlich verkehrt. Die Schell befindet sich seit 23.11.1940 in Schutzhaft.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Nimm
H-Gruppenführer.

2
9
9

Der Höhere H- und Polizeiführer
bei den Reichsstatthaltern in Württemberg und Baden im Wehrkreis V
und
beim Chef der Zivilverwaltung im Elsaß

18

Stuttgart O, den 5. Jan. 1942.
Gänseheidstr. 26
Fernruf: 28041/43
Postanschrift: Der Höhere H- und
Polizeiführer Südwest

K
Nr. P. 1.

Betr.: Bernhard Podzinski, poln. Zivilarbeiter, geb. 10.6.14
in Soerakowek und
Amalia Fischer, verh. Arbeiterin, geb. 9.10.1910 in
Appenweiler,
wegen verbotenen Geschlechtsverkehrs.

Gauleiter Reichsstatthalter
Robert Wagner
Strassburg/E.

Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei hat ange-
ordnet, dass der Pole Podzinski zu erhängen ist.
Die Exekution ist auf Mittwoch, den 14.1.1942, vormittags
10 Uhr im Steinbruch Zellergrund an der Strasse Schiltach-
Schenkenzell festgesetzt.

Podzinski hat die oben benannte Fischer, ehem. wohnhaft in
Schiltach, Haus Nr. 24 im Juni 1941 mehrmals geschlechtlich
gebraucht. Die letztere wurde auf Anordnung des Reichs-
sicherheitshauptamtes bis auf Weiteres in Schutzhaft genom-
men und in das Konzentrationslager Ravensbrück überführt.
Ich darf um Kenntnissnahme bitten.

Der Höhere H- und Polizeiführer:

Kaill

H-Gruppenführer
Generalleutnant der Polizei.

315

Bd E III

182

Nr. 4

C1

Rütte, den 15. April 1942

Der polnische Zivilarbeiter Bruno O r c z y n s k i ,
römisch katholisch.

wohnhaft in Rütte

ist am 15. April 1942 um 9 Uhr 10 Minuten

in Rütte

verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 22. Oktober 1915

in Warschau

Der Verstorbene war nicht verheiratet.

Eingetragen auf ~~mündliche~~ - schriftliche - Anzeige des Kriminal-Ober-
Sekretärs Oswalt in Waldshut.

~~persönlich bekannt~~ - ausgewiesen durch

Die Übereinstimmung mit dem Erstbuch wird beglaubigt

Rütte

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

den 30. Juli 1965

Der Standesbeamte

Der Standesbeamte

Zumkeller

1. Geburtseintrag de... Verstorbenen:

Standesamt und Nummer

2. Das Familienbuch de... Verstorbenen /
der Eltern Familienname des Mannes Mädchenname der Frau

wird geführt in

3. Eheschließung de... Verstorbenen am in

Standesamt und Nummer

Nr. 3

184
C 1

Rütte, den 15. April 1942

Der polnische Zivilarbeiter Josef Krakowski, —
römisch katholisch

wohnhaft in Rütte

ist am 15. April 1942 um 9 Uhr 10 Minuten

in Rütte

verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 19. Februar 1916

in Bodschanow, Kreis Posen (Warthegau)

Der Verstorbene war nicht verheiratet.

Eingetragen auf ~~mündliche~~ — schriftliche — Anzeige des Kriminal-Ober-
Sekretärs Oswalt in Waldshut.

~~persönlich bekannt~~ ausgewiesen durch

Die Übereinstimmung mit
dem Erstbuch wird beglaubigt

Rütte

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

den 30. Juli 1965

Der Standesbeamte

Der Standesbeamte

Zumkeller

1. Geburtseintrag de... Verstorbenen:

Standesamt und Nummer

2. Das Familienbuch de... Verstorbenen /
der Eltern Familienname des Mannes Mädchenname der Frau

wird geführt in

3. Eheschließung de... Verstorbenen am

in

Standesamt und Nummer

Nr. 2

C1

Rütte, den 15. April 1942

Der polnische Zivilarbeiter Marian Grudzien
katholisch

wohnhaft in Herrischried

ist am 15. April 1942 um 9 Uhr 10 Minuten

in Rütte

verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 31. März 1913

in Czeladz, Verwaltungsbezirk Bendzin O. Schlesien

Der Verstorbene war nicht verheiratet

Eingetragen auf ~~mündliche~~ - schriftliche - Anzeige des Kriminal-Ober-
Sekretärs Oswalt in Waldshut

~~persönlich bekannt~~ - ausgewiesen durch

Die Übereinstimmung mit dem Erstbuch wird beglaubigt

Rütte

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

den 30. Juli 1965

Der Standesbeamte

Der Standesbeamte

Zumkeller

1. Geburtseintrag de... Verstorbenen:

Standesamt und Nummer

2. Das Familienbuch de... Verstorbenen /
der Eltern Familienname des Mannes Mädchenname der Frau

wird geführt in

3. Eheschließung de... Verstorbenen am in

Standesamt und Nummer

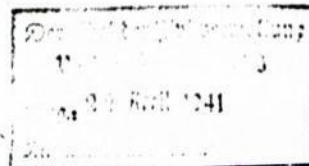
Poncek Josef

112

Der Höhere H- und Polizeiführer
bei den Reichsstatthaltern in Württemberg und Baden im Wehrkreis V
und
beim Chef der Stellverwaltung im Elsass

Stuttgart-O, den 19. April 1941.
Gänselbestr. 26
Fernruf: 28041/43
Postanschrift: Der Höhere H- und
Polizeiführer Südwest

3



An

Gauleiter Reichsstatthalter
Robert Wagner
Strassburg.

Betr.: Exekution des polnischen Zivilarbeiters Josef P o n c e k ,
geb. 18.4.1920 in Mogile bei Krakau.

Vorg.: Ohne.

Der Reichsführer-H und Chef der deutschen Polizei hat beföh-
len, dass der polnische Zivilarbeiter Josef P o n c e k
zu erhängen ist.

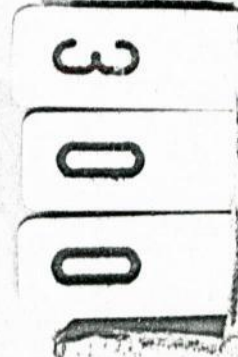
Die Exekution findet am Donnerstag, den 24. April 1941 vorm.
8 Uhr bei Huefingen (Bez. Donaueschingen) statt.

Poncek hat am 12.6.1940 auf seinem Arbeitsplatz in Mauenheim
einen deutschen Vorarbeiter der Organisation Todt tötlich
angegriffen.

Ich darf um Kenntnisnahme bitten.

R. Müller

H-Gruppenführer.



186

224

Der Chef der Personalarbeit
im SA

Straßburg, den 2.5.1941

-Persönliche Abteilung-
Nr. 2492 /

4

Nach Vortrag

1. Auf die Abschrift des Schreibens des Höheren SA- und Polizeiführers vom 19. April 1941 ist zu setzen.

dem Reichsstatthalter in Baden

Karlsruhe
Erbprinzenstraße 15

zur Kenntnisnahme übersandt.

II. Z.d.A.

gef. R
ab: 22.5.41

7

3011

92

ll 3

Straßburg, den 5. Mai 1941

Vom Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des
SD. - SS- Standartenführer Dr. Fischer -
wurde durch SS-Hauptsturmführer Ebert, mit der
Bitte, den Gauleiter sofort zu unterrichten, fernmünd-
lich folgendes durchgegeben:

6

Betr.: Exekution des polnischen Zivil-arbeiters
Stanislaw Damachiarzk, geboren am
26. April 1911 in Grodzhisk.

Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei
hat mit Erlaß vom 24. April 1941 angeordnet, daß der
Pole Stanislaw Damachiarzk zu erhängen ist.

Damachiarzk hat im Sommer 1940 versucht, mit Gewalt
die am 27. März 1921 geborene Therisa Kießer,
wohnhaft in Karlsruhe-Durlach, Steinmetzhof, geschlecht-
lich zu gebrauchen.

Die Exekution findet am Donnerstag, den 8. Mai 1941,
vormittags 8 Uhr, bei Karlsruhe-Durlach statt.

Straßburg, den 8. Mai 1941.

Nach Unterrichtung des Gauleiters zu den Akten.

gef. W.

L.
Zhu
N. 14/5.

Leitungsw. 14

3031

42

188

188

Domciak Stanislaw

12

Abschrift

Der höhere SS- und Polizeiführer
bei den Reichsstatthaltern in
Württemberg und Baden im Wehrkreis V
und
beim Chef der Zivilverwaltung im Elsaß

Stuttgart-O den 3. Mai 1941
Gänseheidestr. 26

7

An
Gauleiter Reichsstatthalter
Robert Wagner

Strasbourg

Betr: Poln. Zivilarbeiter Stanislaus Domciak, geb. 25.4.1911
in Grodzisk

Vorg.: Ohne.

Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei hat angeordnet,
dass der Pole Stanislaw Domciak zu erhängen ist.

Domciak hat im Sommer 1940 einen Mordversuch an der
Theresia Kiefer, geb. 27. 3. 1921, wohnh. Karlsruhe-
Durlach, Steinmetzhof, verübt

Die Exekution findet am Donnerstag, den 8. Mai 1941 vormittags
8 Uhr bei Karlsruhe-Durlach statt.

Ich darf um Kenntnisnahme bitten.

Der höhere SS- und Polizeiführer

gez. Kaul

SS-Gruppenführer und
Generalleutnant der Polizei

304

46

Vand der Division Rechnung
in Gland

Strasbourg, den 19. Mai 1941

Nr. 1204

Fein. zivilrechtlicher Staatsanwalt
Gland, geb. 24.6.1901 in Gland

8

I. Auf den Vorwurf des höheren u- und vollenstehenden
von 3. Mai 1941 ist zu antworten:

II. der Sachverhalt ist nach

Art. 120
Strafgesetzbuch-19

der Art. 120-1-2 Behandlung. Ferner wurde über den
Inhalt des -Schreibens am 1.9.41 noch am 2.9.41
untersucht.

III. Fertigung einer Abschrift des genannten -Schreibens
zu diesem Akten.

III. s.d.d.

in Auftrag

M. d. d.

Go.

44-1959

9

• Der Chef der Zivilverwaltung
in Elend
Min. d. S. II

Strasbourg, den 23. Juli 1941

Exekution des ehem. poln. Häftlings
Krzysztof Gosciniak, geb. 19.1.1905
in Litzmannstadt, s. St. in Gorka
gefangen in Litzmannstadt.

I. Fortführung einer Abschrift des Schreibens des Häftlings Gosciniak
und Polizeiführers bei den Reichsstatthaltern in Elend
und Litzmannstadt in der Reihe I und beim Chef der Zivilverwaltung in
Elend vom 17. Juli 1941.

II. Auf die Abschrift ist zu setzen
abschriftlich
dem Hrn. Reichsstatthalter in Elend
G. H. v. Herrn Regierungsrat Litzmannstadt

III. Auf die Abschrift ist zu setzen
abschriftlich
dem Hrn. Reichsstatthalter in Litzmannstadt
G. H. v. Herrn Regierungsrat Litzmannstadt

IV. Auf die Abschrift ist zu setzen
abschriftlich
dem Hrn. Reichsstatthalter in Litzmannstadt
G. H. v. Herrn Regierungsrat Litzmannstadt

V. Auf die Abschrift ist zu setzen
abschriftlich
dem Hrn. Reichsstatthalter in Litzmannstadt
G. H. v. Herrn Regierungsrat Litzmannstadt

VI. Auf die Abschrift ist zu setzen
abschriftlich
dem Hrn. Reichsstatthalter in Litzmannstadt
G. H. v. Herrn Regierungsrat Litzmannstadt

Vorlage beim Statthalter zurück.
in Auftrag

gef. v.
St. d. S. II

90.

44 1959

Der Höhere H- und Polizeiführerbei den Reichsstatthaltern in Württemberg und Baden im Wehrkreis V
undbeim Chef der Zivilverwaltung im Elsaß
als Beauftragter des Reichskommissars
für die Festigung deutschen Volkstums

Az. 12 b Sch.

Z.d.A.

Stuttgart O, den 1. Juni 1942.

Gänsheidestr. 26

Fernruf: 28041/43

Postanschrift: Der Höhere H- und
Polizeiführer Südwest

-8. 6. 42

Betr.: Sonderbehandlung der im Reich eingesetzten polni-
schen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen;
hier: Arbeitseinsatz wiedereindeutschungsfähiger
Personen nach erfolgtem Strafvollzug.Bezug: Dort. Befehl v. 25.2.42 U-3/4-9.5.40 Fö/We.
Tgb.Nr. 528/41 g.

An den

Reichskommissar für die
Festigung deutschen Volkstums
- Stabshauptamt -

B e r l i n - Halensee

Kurfürstendamm 140.

| | |
|--|----|
| Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums | |
| Stabshauptamt | |
| Eing. - 3. JUN. 1942 | 11 |
| Akt.-Zahl: I-3/4-9.5.40 | |
| I | |

Tgb.Nr. 528/41

Die sonderbehandelten Zivilpolen

Ludwig Szymanski, geb. 25.8.17 in
Litzmannstadt, zuletzt wohnh. u. beschäftigt bei
Landwirt August Preter in Watterdingen/BadenWitold Przewodowski, geb. 14.2.15 in
Sokolow, zuletzt wohnh. u. beschäftigt bei Emil
Maier, Ewatingen Krs. Neustadt/Schwarzwaldwurden durch den Eignungsprüfer der Ergänzungsstelle
Südwest (V) rassisch überprüft und als eindeutschungsfähig
befunden. H.

| | |
|--|----|
| Reichskommissar für die Festigung
deutschen Volkstums | |
| Stabshauptamt | |
| Eing. 6. JUN 1942 | 11 |
| Akt.-Zahl: 150604/42 | |
| I | |

i.V.

H-Oberführer.

6. Juni 1942

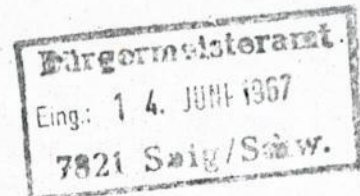
Handwritten signature or mark in black ink, consisting of a stylized, cursive letter 'H' or similar symbol.

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21, den 9.6.1967 192
Turmstraße 91
Fernruf: 35 01 11 App. 1309

1 Js 4/64 (RSA)

An das
Standesamt



7821 S a i g

In dem Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes bitte ich um Übersendung einer beglaubigten Abschrift der Sterbebucheintragung betreffend

Emil P u c h e l k a,
geboren am 14.2.1916 in Pogwisdan,
verstorben am 28.10.1941 in Saig.

Soweit hier bekannt, soll der Tod dort unter der
Reg.Nr. beurkundet sein.

Sofern dort noch weitere Unterlagen über den Tod des Oben-
genannten (Sterbefallanzeigen, Totenschein u.ä.) vorhanden
sind, bitte ich, mir davon je 1 beglaubigte Ablichtung zu
übersenden.

Im Auftrage

W. Stein
Staatsanwältin

Bürgermeisteramt
7821 Saig
Landkreis Hochschwarzwald
Telefon Lenzkirch Nr. 460

7821 Saig, den

14. Juni 1967



| | |
|---|-------------|
| 8 | Anlagen |
| | Abschriften |
| | D-1 Kost M. |

AKap

An den Herrn
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21
Turmstrasse 91

16.6.62

16.6.1967

Betr.: Todesfall Emil Puchelka

In der Anlage übersenden wir Ihnen die beglaubigte Abschrift der Sterbebucheintragung des Todesfalles Emil Puchelka.

Weitere Unterlagen über den Todesfall liegen beim hiesigen Standesamt nicht vor, da diese Unterlagen am 18.3.1960 von der Staatsanwaltschaft Waldshut erhoben wurden.

Anlage
genannt

Der Standesbeamte:

Mintz

194

Nr. 4

Cc

Saig, den 28. Oktober 1941

Der polnische Zivilarbeiter Emil Puchelka-----
-----, katholischer Religion-----,

wohnhaft Saig -----,

ist am 28. Oktober 1941----- um --8-- Uhr --25-- Minuten

in Saig ----- verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 14. Februar 1916-----

in Pogwisdau-----

(Standesamt ----- Nr. -----)

Vater: unbekannt-----

Mutter: -----

Der Verstorbene war — nicht — verheiratet -----

Eingetragen auf mündliche — schriftliche — Anzeige der Ortspolzeibehörde

Saig -----

C 250

D. 11 Anzeigende

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Der Standesbeamte

Steiert

Todesursache: Erhängung

Eheschließung de Verstorbenen am in
(Standesamt Nr.).

Die Übereinstimmung der vorstehenden Abschrift mit den Eintragungen im Sterbebuch wird hiermit beglaubigt.

Saig, den 14. Juni 1967



Der Standesbeamte

[Handwritten signature]

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

196
1 Berlin 21, den 9.6.1967
Turmstraße 91
Fernruf: 35 01 11 App. 1309

1 Js 4/64 (RSHA)



An das
Standesamt

7842 K a n d e r n

In dem Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes bitte ich um Übersendung einer beglaubigten Abschrift der Sterbebucheintragung betreffend

Waclaw Z e n s z y k i e w i c z ,

geboren am 2.3.1904 In Warschau,

verstorben am 29.10.1941 in Kandern.

Soweit hier bekannt, soll der Tod dort unter der
Reg.Nr. beurkundet sein.

Sofern dort noch weitere Unterlagen über den Tod des Oben-
genannten (Sterbefallanzeigen, Totenschein u.ä.) vorhanden
sind, bitte ich, mir davon je 1 beglaubigte Ablichtung zu
übersenden.

Im Auftrage
W. Stein
Staatsanwältin

Standesamt Kandern

197
Kandern, den 20. Juni 1967

U.: An den Herrn

Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht



1 B e r l i n 21

unter Anschluss der beglaubigten Abschrift des Sterbebucheintrags zurück.
Weitere Unterlagen über den Tod von Zenszykiewicz sind hier nicht vorhanden.

Der Standesbeamte:

i.V. *[Signature]*

Gn.

Beglaubigte Abschrift aus dem Sterbebuch

des Standesamts K a n d e r n

Nr. 21 C c
Kandern, den 29. Oktober 19 41

Der polnische Zivilarbeiter Waclaw Zenszykiewicz, - - - -
katholisch - - - - -
wohnhaft in Kandern, Hauptstraße 58 - - - - -
ist am 29. Oktober 1941 - - - - - um 8 Uhr 15 Minuten
in K a n d e r n - - - - - verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 2. März 1904 - - - - -
in Warschau - - - - -

(Standesamt - - - - - Nr. - - - - -)

Vater: Jan Zenszykiewicz, Landwirt, wohnhaft in Warschau - -

Mutter: Franziska Zenszykiewicz geborene Benet, wohnhaft in
Warschau - - - - -

Der Verstorbene war ~~nicht~~ verheiratet mit Maria Zenszykiewicz ge-
borene Zukowzka, wohnhaft in Warschau - - - - -

Eingetragen auf mündliche ~~schriftliche~~ Anzeige des Kriminalsekretär
Theodor Klar in Lörrach - - - - -

Der Anzeigende ist dem Standesbeamten bekannt. Der Anzeigende
erklärte, daß er von dem Sterbfall aus eigener Wissenschaft
unterrichtet sei - - - - -

Vorgelesen, genehmigt und - - - - - unterschrieben
- - - - Theodor Klar - - - - -

Der Standesbeamte

In Vertretung: Probst

Todesursache: - - - - -

Eheschließung de Verstorbene(n) am - - - - - in - - - - -

(Standesamt - - - - - Nr. - - - - -)

Die Übereinstimmung der Abschrift mit dem Eintrag im Sterbebuch wird hiermit beglaubigt.

Kandern, den 20. Juni 1967

Der Standesbeamte

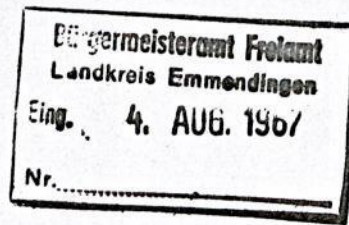
i.V. *[Signature]*



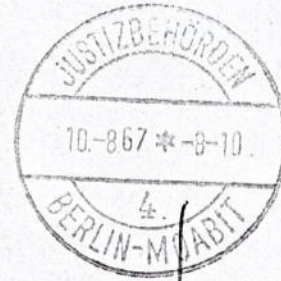
Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

199
2.8.1967
1 Berlin 21, den
Turmstraße 91
Fernruf: 35 01 11 App. 1309

1 Js 4/64 (RSHA)



An das
Standesamt

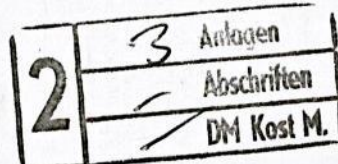


7831 Freiamt

In dem Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes bitte ich um Übersendung einer beglaubigten Abschrift der Sterbebucheintragung betreffend Jan M r o e z e k oder M r o c z e k, geboren am 6.11.1912 in Bugdanow, verstorben am 17.7.1942 in Freiamt.

Soweit hier bekannt, soll der Tod dort unter der Reg.Nr. 18/42 beurkundet sein.

Sofern dort noch weitere Unterlagen über den Tod des Oben- genannten (Sterbefallanzeigen, Totenschein u.ä.) vorhanden sind, bitte ich, mir davon je 1 beglaubigte Ablichtung zu übersenden.



Unschriftlich

unter Anschluß d. gewünschten
Urkunde(n) - Auszugs - zurück.

Freiamt, den.....

Der Standesbeamte:



M. Meier

Im Auftrage

B. B. B.
Staatsanwältin

Sch

C

Freiburg, den 17. Juli 1942

Der folgende Privatbesitzer Frau
Kronzack, römisch-katholisch,
wohnhaft in Büggolz
ist am 17. Juli 1942 um 8 Uhr 15 Minuten
in Freiburg verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 6. November 1912
in Büggolz.

(Standesamt _____ Nr. _____)
Vater: Adam Kronzack, Arbeiter

Mutter: Marianna geb. Winkler.
Ehefrau in Wiesloch.

Der Verstorbene war — nicht — verheiratet mit Stefanie
geb. Winkler.

Eingetragen auf mündliche — schriftliche — Anzeige der Frau
Staatspolizei, Büggolz, Freiburg im Breisgau
Anzeigende _____

~~Vorgelesen, genehmigt und~~ _____ unterschrieben

Der Standesbeamte

[Signature]

Todesursache: _____

Einschließung des Verstorbenen am _____ in _____

(Standesamt _____ Nr. _____)

Die Übereinstimmung umseitiger Foto-
kopie (Blatt) mit dem Eintrag im
Personenstandsbuch des Standesamts
Freiamt wird hiermit beglaubigt.
Freiamt, den 8. Aug. 1967

Der Standesbeamte:



M. Müller

202
S 78/1942

Freiburg, den 17. Juli 1942.

Nr. 147/42.



An das
Bürgermeisteramt -Standesamt-
in Freiamt.

Betrifft: Den verh. polnischen Zivilarbeiter Jean M r o e s e k
geboren am 6. 11. 1912 in Budzanow, Verwaltungsbezirk
Ploek, röm.kath., zuletzt wohnhaft in Buchholz.

Vorgang: Ohne.

Anlagen: Ohne.

Der polnische Zivilarbeiter Jean M r o e s e k ist
am 17. Juli 1942, vormittags 8¹⁵ Uhr, auf Gemarkung Freiamt ver-
storben.

Hiervon gebe ich Nachricht mit der Bitte um sofortige
Übersendung einer Sterbeurkunde in doppelter Fertigung.

Nach.

Die Übereinstimmung dieser ~~Abschrift~~/Fotokopie
mit der ~~vorgelegten~~ - hier verwahrten -
Urschrift - ~~Anfertigung~~ - Abschrift - ~~Auszug~~ -
Fotokopie - wird hiermit ~~bestätigt~~ - beglaubigt.
Freiamt, den 8. Aug. 1967



Heuerich

Hinrichtung:

~~Verordnung des Landrats~~



Freitag den 17.7.1942 vormittags 8 Uhr

Hinrichtungsplatz: wie verabredet.

Hinrichtungsplatz: Galgen muß um 7 Uhr fertig sein.

An Hinrichtungsplatz muß vorhanden sein eine

Leiter, Hammer und einige Nägel. Der Zimmermann

muß beim Galgen bleiben damit nichts passieren kann

Die Polen von Freiant, Ottoschwanden, Sexau und

Maleck müssen um 6 Uhr 45 am Rathaus in Freiant

sein. Die Polen von Freiant müssen von Herrn

Bürgermeister auf diese Zeit an das Rathaus bestellt werden.

Von 6 Uhr 30 ab muß auf dem Rathaus jemand anwesend sein. Gegen 6 Uhr 45 trifft ein Kriminalbeamter von Freiburg mit 2 Polen am Rathaus in Freiant ein. Wenn möglich für diese beiden Polen etwas Schnaps. Die einbestellten Polen marschieren kurz nach 7 Uhr unter Begleitung von 2 Gendarmeriebeamten an den verabredeten Platz.

Zwischen 8 und 8 Uhr 30 trifft am Rathaus der Leichenwagen der Anatomie ein. Dieser muß von Ratsdiener an den Hinrichtungsplatz geführt werden. Die Gendarmeriebeamten treffen 6 Uhr 45 am Rathaus ein.

Um 7 Uhr 30 treffen am Rathaus ein: Der Landrat, Kreisleiter und der Medizinalrat. Stimmungsbereich bis spätestens Montag.

Sterbeurkunde doppelt ausstellen kath.
M r o c z e k Jean poln. Zivilarbeiter geb. am 6.11.1912
in Budzanow Verwaltungsbezirk Ploek - Polen, zuletzt wohn-
haft in Buchholz, verheiratet mit Stefania geborene Wiene-
kowska
Vater: Adam Mroczek, Arbeiter, wohnhaft in Wies - Motkowo
Mutter: Marianna geborene Miechalek

Die Ubereinstimmung dieser ~~Abschrift~~/Fotokopie
mit der ~~vorgelegten~~ - hier verwahrten -
Urschrift - ~~Ausfertigung~~ - Abschrift - ~~Auszug~~ -
~~Fotokopie~~ - wird hiermit ~~bestätigt~~ - beglaubigt.
Freiamt, den 8. Aug. 1967



M. Meier



Standesamt der Stadt Gernsbach

Telefon Nr. 547 • Postfachkonto: Karlsruhe 11074

Banken: Bezirksparkasse Gernsbach • Deutsche Bank Gernsbach • Volksbank Gernsbach

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21
Turmstraße 91



7562 Gernsbach, den
Nördlicher Schwarzwald
Postfach Nr. 140

23. Aug. 1967

Geschäftszeichen:
(in der Antwort bitte wiederholen)

Ste/Gr

Ihre Zeichen

1 Je 4/64 (RS
HA)

Ihre Schreiben vom

17.8.1967

Betr.: Sterbebucheintrag des polnischen Staatsangehörigen Stanislaw Janaszek, geb. am 15.9.1915 in Wies Sukow, verstorben am 1.7.1941 in Gernsbach -

Als Anlage übersenden wir Ihnen

1. beglaubigte Abschrift aus dem Sterbebuch Nr. 38/1941;
2. beglaubigte Fotokopie der Todesanzeige vom 1.7.1941;
3. beglaubigte Fotokopie des Personalbogens.

Weitere Unterlagen sind hier nicht vorhanden.

Anlagen: - 3 -

Der Standesbeamte

i.V. 

Beglaubigte Abschrift aus dem Sterbebuch

des Standesamts G e r n s b a c h

Nr. 38

C c

_____ Gernsbach _____, den 1. Juli _____ 19 41
der polnische Zivilarbeiter Stanislaw Janaszek _____
_____, römischkatholisch _____
wohnhaft 'in Gernsbach, Klingelstraße 17 _____
ist am 1. Juli 1941 _____ um 8 Uhr 05 Minuten
in Gernsbach _____ verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 15. September 1915 _____
in Wies Suków _____

(Standesamt _____ Nr. _____)

Vater: Jan Janaszek, Landwirt wohnhaft in Bileza, Post
Morawice, Kreis Kielce _____

Mutter: Stefanie Janaszek geborene Robak, verstorben
in Suków _____

Der Verstorbene war — nicht — verheiratet mit Juliane Janaszek
geborene Nosek wohnhaft in Bileza, Post Morawice, Kreis
Kielce. _____

Eingetragen auf mündliche — schriftliche — Anzeige der Polizeiverwaltung
Gernsbach vom 1. Juli 1941. _____

D _____ Anzeigende _____

Vorgelesen, genehmigt und _____ unterschrieben.

Der Standesbeamte
In Vertretung
Karl Bippes

Todesursache: Herztod

Eheschließung de _____ Verstorbenen am _____ in _____

(Standesamt _____

Nr. _____)

Die Übereinstimmung der Abschrift mit dem Eintrag im Sterbebuch wird hiermit beglaubigt.



Gernsbach _____, den 23. August 1967

Der Standesbeamte
In Vertretung

Wohnort 387/1041

Regl. ...

207

Gernsbach, den 1. Juli

1941.

Im

das Standesamt Gernsbach

Todesanzeige

gemäß §§ 34 u. 35 des Personenstandsgesetzes vom 3. 11. 1937.

| | | | |
|---|---|--|--|
| Todesstag, -Stunde und -Ort (Straße) | | 1. Juli 1941 vorm. 8 Uhr | |
| Todesursache (Bei gewaltsamem Tod Art und Weise und Ursache, bei Unfällen auch, ob Berufs- oder Betriebsunfall: a) Grundleiden? b) Begleitkrankheiten? c) Nachfolgende Krankheiten? d) Welches der genannten Leiden hat den Tod unmittelbar herbeigeführt?) | | | |
| sämtliche Vornamen (Rufnamen unterstreichen) und Familienname (bei Frauen auch Geburtsname) | | Stanislaw Janaszek | |
| Des Verstorbenen
(bei Eingetragenen des Eltern) | Beruf | | |
| | Art des Betriebs | | |
| | Geburtsstag und -Ort (Kreis) | 15.9.1915 W i e s (S u k o w) | |
| | Geburtsstandesamt und Nr. des Geburtsseintrags | | |
| | Religion | hat in einem früheren Zeitpunkt der üblichen Religionsgemeinschaft nicht angehört | |
| Staatangehörigkeit | | röm.kath. | |
| Wohnort und Wohnung | | Muttersprache (b. Kindern, die noch nicht sprechen, des Vaters bzw. der Mutter) | |
| Familienstand | | Polen | |
| Heiratsstandesamt und Nr. des Heiratsseintrags | | Gernsbach, Klingelstr. 17. | |
| | | ledig, verheiratet seit <u>verheiratet</u> , verwitwet, geschieden | |
| Des Ehegatten | sämtliche Vornamen (Rufnamen unterstreichen) und Familienname (bei Frauen auch Geburtsname); Beruf; bei überleb. Ehegatten: Geburtsstag | | |
| | Wohnort und Wohnung | | |
| Vor- und Familiennamen der Eltern des Verstorbenen sowie ihr Wohnort (wenn verstorben, letzter Wohnort) | | Juliane Janaszek, geb. Nosek, <u>geb.</u> | |
| Heiratsstandesamt und Nr. des Heiratsseintrags der Eltern bzw. Geburtsstandesamt und Nr. des Geburtsseintrags der unehel. Mutter | | Bileza, Kreis Kielce. | |
| Kinder (Zahl) des Verstorbenen: | | Jan J a n a s z e k u. Stefanie Janaszek geb. Robak verst. in Sukow | |
| Wer hinterbleibt, falls Ehegatte oder Kinder nicht mehr am Leben oder nicht mehr vorhanden? (Anschrift dieser Person) | | a) lebende <u>Keine</u> | |
| Ist ein Testament vorhanden und wo befindet es sich? | | vollj. minderj. R.; darunter <u> </u> ehel., <u> </u> unehel., <u> </u> adopt. R. | |
| Wer ist Testamentvollstrecker? | | b) gestorben sind <u> </u> Kinder Zahl der Kinder aus der letzten Ehe: <u> </u> | |
| Namen der Hinterlassenschaft | | Nein - Ja - Amtsgericht <u> </u> Wohnung <u> </u> | |
| Namen der Verstorbenen - der Ehegatten - der Väter, Mutter, Großeltern und anderer Verwandten? | | | |

Ich bestätige hiermit mit der Veröffentlichung des Sterbefalles - nicht - einverstanden.

...her der Anstalt - der Verwaltung - Die Polizeiverwaltung

Handwritten signature: H. J. ...

Nur vom Standesbeamten auszufüllen.

Vfg.

July 1. VII. 1941

1. Beurkundung ist erfolgt.
2. ~~Mitteilung an die Polizei (Einwohner-Meldeamt) (§§ 156, 300 D.M.) (Bordr. C 208, C 208a).~~
3. ~~Hinweis fertigen (§ 202 D.M.) (Bordr. C 253, C 254).~~
4. Statistik fertigen (§ 563 ff. D.M.).
5. In das alphabetische Namenverzeichnis eintragen (§ 84 ff. D.M.) (Bordr. C 214, D 315).
6. Mitteilung an das Vormundschaftsgericht evtl. Jugendamt (§§ 298, 299 D.M.) (Bordr. C 203, C 204).
7. ~~Mitteilung an die Gemeindebehörde des auswärtigen Wohnsitzes (§ 301 D.M.) (Bordr. C 211).~~
8. Urkunde für das Versorgungsamt fertigen (§ 149 D.M.).
9. Sterbefallanzeige (§ 295 D.M.) (Bordr. C 223) ~~wegen des Testaments an das Amtsgericht~~
an den Notar
10. ~~Sterbefallanzeige (§ 296 D.M.) (Bordr. C 224) wegen des Testaments an das Amtsgericht Berlin.~~
11. ~~Mitteilung an das Arbeitsamt (§ 306 D.M.) (Bordr. C 208 b).~~
12. Mitteilung an Gesundheitsamt, Kreisleiter der NSDAP. usw. (§ 155 D.M.) (Bordr. C 261, D 361). *Vollzug des M.*
13. In die Totenliste für das Erbschaftssteueramt eintragen (§ 302 D.M.) (Bordr. C 213). *Vollg. d. J. 1. Juli*

Zu den Akten.

Frankfurt, den 1. Juli 1941.

Der Standesbeamte.

Frage



Die Übereinstimmung dieser ...
mit der vorgelegten und wieder zurückgegebenen
Urschrift bestätigt: 23. Aug. 1967

Der Standesbeamte

Personalbogen

Personalien des politisch — (spionagepolizeilich*) — in Erscheinung getretenen:

a) Familienname: (bei Frauen auch Geburtsname) J a n a s z e k

b) Vornamen: (Rufname unterstreichen) Stanislaw

Wohnung: (genaue Angabe) Gernsbach, Klingelstr. 17 bei Landwirt
Rudolf Langenbach

a) Deckname:

b) Deckadresse:

Beruf: poln. Zivilarbeiter

Geburtsdag, -jahr 15.9.1915 Geburtsort: Wies Suków

Glaubensbekenntnis und Abstammung: röm. kath.

Staatsangehörigkeit: Polen

Familienstand (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden)*) verh.

a) Nationale und Wohnung der Ehefrau: Juliane J. geb. Nosek

Wohnt. in Bileza, Post Morawice, Kr. Kielce

b) Nationale und Wohnung des Vaters: Jan Janaszek, Landwirt in
Bileza, Kr. Kielce

c) Nationale und Wohnung der Mutter: Stefanie J. geb. Robak,
verst. 1925 in Suków

d) Nationale und Wohnung weiterer Auskunftspersonen:

Arbeitsdiensterhältnis:

Musterung: (Ort) am 19

Ergebnis

angehöriger des Reichsarbeitsdienstes von: 19 bis: 19

Abteilung Standort:

Militärverhältnis (Wehrpflicht, Dienstpflicht, früheres Militärverhältnis)*)

Musterung: (Ort) am 19

Ergebnis

als freiwilliger eingetreten?

weitere Bestimmungen (Dienstverhältnis*)

von: 19 bis: 19

11. Politische Einstellung bzw. Funktionen:

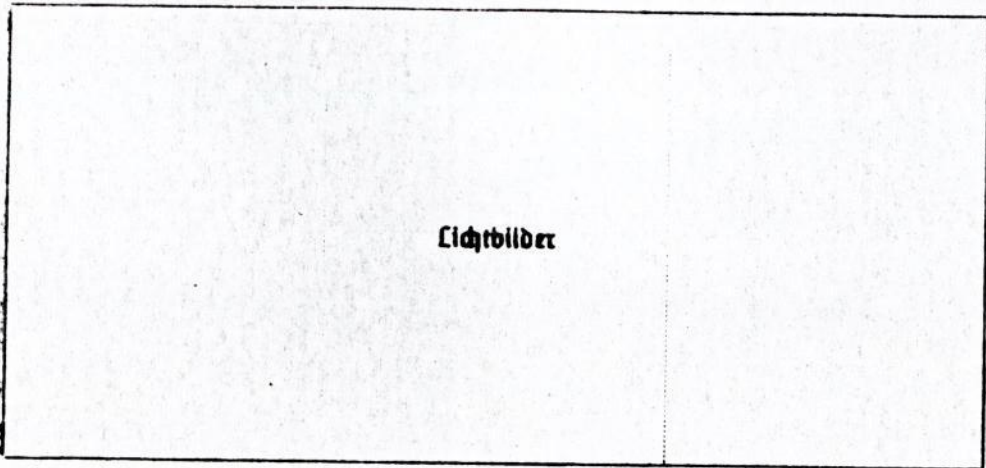
210

Personenbeschreibung:

12. Größe: Nach Maß oder Schätzung *) (ohne Fußbekleidung): 168 cm
13. Gestalt (stark, unterseht, schlank, schwächlich) *):
14. Haltung (nach vorn geneigt, auffallend straff, nach rechts, nach links geneigter Kopf) *
15. Gang (schleppend, lebhaft, schwankend, leicht, grazios, ruhig und gemächlich, hinkend, auffällig, große oder kleine Schritte, streifbeinig) *)
16. Gesichtsform und -farbe (z. B. rund, oval, eckig, gesund, blaß) *)
17. Kopfhaut (hell-, mittel-, dunkelblond, braun, schwarz, rot, weiß, grau, graugemischt) *)
(Färbung und Tracht):
18. Bart: (z. B. Farbe, Form): /
19. Augen (blau, grau, hell, dunkel, schwarz-braun) *)
(Besonderheiten):
20. Stirn (zurückweichend, senkrecht, vorspringend, sehr hoch, sehr niedrig, sehr breit, sehr (am)mal) *)
21. Nase (eingebogen, geradlinig, nach außen gebogen, winklig gebogen, wellig, groß, klein, breit, dick) *)
22. Ohren (rund, oval, dreieckig, viereckig, groß, klein, absteehend, anliegend) *)
23. Mund (groß, klein, dünne, dicke, wulstige Lippen) *) normal
(Besonderheiten)
24. Zähne (z. B. vollständig, lückenhaft, Goldzähne) *):
25. Sprache (z. B. Mundart, fremde Sprachen, hohe oder tiefe Stimme, Stottern, Anstoßen mit der Zunge) *):
26. Besonders ins Auge fallende sichtbare Kennzeichen (Tätowierungen, Narben, Male, X- oder (Beine, Verkrüppelungen usw., besonders ins Auge fallende Eigenheiten, z. B. hinkender Gang)
keine
27. Kleidung (z. B. elegant, salopp, einfach) *):
28. Fingerabdruck ist — nicht — genommen.

*) Zutreffendes unterstreichen.

211



Lichtbilder

Aufgenommen am:

durch

Name:

Amtebezeichnung:

Stichwortartige Darstellung des politischen Lebenslaufes:
(Der Raum darf nicht zur Abfertigung von Verfügungen verwendet werden).

J. kam am 20.9.1939 in der Gegend von Warschau in deutsche Gefangenschaft. Er wurde am 20.7.40 von der Gefangenschaft entlassen und als landwirtschaftl. Zivilarbeiter bei dem Landwirt Rudolf Langenbach in Gernsbach eingesetzt.

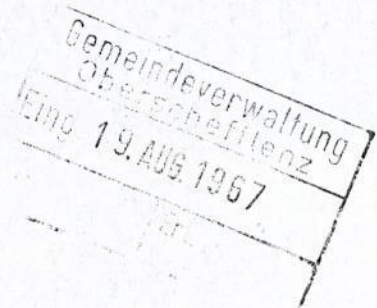


20. Aug. 1967
Der Ständesbeamte
[Signature]

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

212
1 Berlin 21, den 17.8.1967
Turmstraße 91
Fernruf: 35 01 11 App. 1309

1 Js 4/64 (RSHA)



An das
Standesamt

6951 Oberschefflenz

In dem Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes bitte ich um Übersendung einer beglaubigten Abschrift der Sterbebucheintragung betreffend Wladyslaw S k r z y p a c z, geboren am 18.10.1913 in Krawze, verstorben am 22.4.1941 in Oberschefflenz.

Soweit hier bekannt, soll der Tod dort unter der Reg.Nr. 4/41 beurkundet sein.

Sofern dort noch weitere Unterlagen über den Tod des Oben genannten (Sterbefallanzeigen, Totenschein u.ä.) vorhanden sind, bitte ich, mir davon je 1 beglaubigte Ablichtung zu übersenden.

Im Auftrage

W. B. Klein
Staatsanwältin

Standesamt
Oberschefflenz



Oberschefflenz, den 21. August 1967

213

Ur.

unter Anschluß einer begl. Fotokopie des Sterbebucheintrages zurück.

Eine begl. Fotokopie des Todesanzeige durch die GESTAPO ist ebenfalls angeschlossen. Weitere Unterlagen sind hier nicht vorhanden.

Die Sterbefallanzeige müßte sich beim Notariat II in Mosbach befinden. Ein Sterbeschein evtl. beim Staatlichen Gesundheitsamt in Mosbach.

| | | |
|---|---|--------------|
| 7 | 2 | Anlagen |
| | | darüber |
| | | Di. 10. 1967 |

RSHA

Der Standesbeamte:

Obwopfflung, den 22. April 1941.

Der polnische Zivilbeamte *Wladyslaw Skrzypacz*, *mündlich - kuffolisch*,
wohnhaft in *Jasnowojam Landstrich Mähren*,
ist am 22. April 1941 um 8 Uhr 10 Minuten
in *Obwopfflung* verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 18. Oktober 1913
in *Krawze, Polen*.

(Standesamt _____ Nr. _____)

Vater: *Jean Skrzypacz* in *Sebica, ga.*
mündl. Polen.

Mutter: *Ewa geb. Rychlak* in *Sebica*
ga. mündl. Polen.

Der Verstorbene war ~~mit~~ verheiratet mit *Pola ga.*
geb. Irod in *Krawze, Polen*.

Eingetragen auf ~~mündliche~~ schriftliche Anzeige *der Ortsgemeinde*

beim Obwopfflung.

~~Der~~ Anzeigende

~~Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben~~

Der Standesbeamte

L. Horkening: Kreller

Todesursache:

Eheschließung der Verstorbenen am _____ in _____

(Standesamt _____

Nr. _____

).

Die Übereinstimmung umstehender Fotokopie mit der Urschrift
des Sterbeprotokolleintrages wird hiermit beglaubigt.

Oberschefflenz, den 21. August 1967



Der Standesbeamte:

[Handwritten signature]

Mosbach, den 22. April 1941. ✓

J.Nr. 4141/40.

An die
Ortspolizeibehörde

~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~

O b e r s c h e f f l e n z.

Betrifft : Tod des poln. Zivilarbeiters Wladyslaw
S k r z y p a c z, geb. am 18.10.1913
in Krawcz, Polen.

Der polnische Zivilarbeiter

Wladyslaw S k r z y p a c z,
wohnhaft in Hassmersheim Landkreis Mosbach
r.katholisch, geb. am 18.10.1913 in Krawcz, Polen, verheiratet
mit der Sofie geb. D r o z d in Krawcz, Polen, Sohn des Jean
Skrzypacz und dessen Ehefrau Eva geb. Rychlak in Debica, ehem.
Polen, ist am 22. April 1941, 8,10 Uhr in Oberschefflenz, Land-
kreis Mosbach, verstorben.

Ich gebe hiervon Kenntnis.

-Horsch-



Müller

---, Krim. Sekr.

Oberschefflenz, den 22. April 1941.

Beschluss.

Urschriftl. an das Standesamt

Oberschefflenz

mit dem Ersuchen vorstehenden Todesfall in das Sterberegister
Oberschefflenz einzutragen.

Die Ortspolizeibehörde:

Primat

Die Übereinstimmung umsetzender Fotokopie mit der Urschrift
wird hiermit beglaubigt.

Oberschefflenz, den 21. August 1967



Der Standesbeamte:

Standesamt
Bürgermeisteramt

7635 Ichenheim

Kreis Lahr (Baden)

Fernruf: Altenheim 2 68

Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 12671

Bez.-Sparkasse Lahr Konto 51 35

Spar- und Darlehnskasse Ichenheim Nr. 42



Ichenheim, den 21. August 1967

Herrn

Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht -Arbeitsgruppe-

1 B e r l i n 21
Turmstraße 91

1 Js 4/64 (RSA)

Bezüglich Ihren Schreiben vom 15. August 1967 übergeben wir Ihnen je eine Ablichtung der Sterbebucheinträge Nr. 24 und 25/1942 von:

1. Franz Strojowski geb. am 9.11.1916 + am 13.10.1942,
 2. Josef Wojezik, " " 16. 6.1916 + am 13.10.1942
- beide in Ichenheim.

Weitere Unterlagen über den Tod der Obengenannten, wie; Sterbefallsanzeigen, Totenscheine u.ä., wurden in den Beilagen nicht gefunden.

Der Standesbeamte
i.V. *Wernke*

_____ Jfenheim _____, den 13. Oktober 1942

Der gelehrte Landwirt Josef Mojziz _____

wohnhaft in Jfenheim, Hirschstraße 14. _____

ist am 13. Oktober 1942 _____ um 8 _____ Uhr 15 _____ Minuten

in Jfenheim _____ verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 16. Juni 1916 _____

in Regensburg Kreis Miesbach _____

(Standesamt Regensburg _____ Nr. _____).

Vater: Michael Mojziz, Landwirt _____

wohnhaft in Regensburg _____

Mutter: Luise Emma geborne Huber, Landwirtin _____

wohnhaft in Regensburg _____

Der Verstorbene war - nicht - verheiratet _____

Eingetragen auf mündliche - ~~schriebliche~~ - Anzeige des Herrn. Lehel. _____

- Julius Rieth, Gasthaus Offenbach _____

Der Anzeigende hat sich hier bekanntlich mitgewissen und ist dem Standesbeamten persönlich bekannt. _____

Vorgelesen, genehmigt und _____ unterschrieben

Julius Rieth _____

Der Standesbeamte

Der Vertretung Hans Borge _____

Todesursache: _____

Eheschließung der Verstorbenen am _____ in _____

(Standesamt _____

Nr. _____

Die Übereinstimmung dieser ~~Ausdruck~~/Fotokopie
mit der ~~vorgeliegenden~~ gegebenen
Urschrift - ~~Verfertigung~~ - Abschrift - ~~Auszug~~ -
~~Protokoll~~ - wird hiermit beglaubigt.

Ichtenheim, den 21. August 1967

Der Standesbeamte
i.V. *Ullrich*



_____ Jfenheim _____ am 13. Oktober 1942 _____

Der verlebte Leibesbesitzer Franz Bergmeister _____

wohnhaft in Jfenheim Hilfsalmstraße 11. _____

ist am 13. Oktober 1942 _____ um 8 Uhr _____ Minuten

in Jfenheim _____

Der Verstorbene war geboren am 9. November 1916 _____

in Pöchlitz Kreis Linz _____

(Standesamt Pöchlitz _____ Nr. _____).

Vater: Melchior Bergmeister Leibesbesitzer _____

wohnhaft in Pöchlitz _____

Mutter: Marianna geborene Bauer Leibesbesitzerin _____

wohnhaft in Pöchlitz _____

Der Verstorbene war - nicht - verheiratet _____

Eingetragen auf mündliche - schriftliche - Anzeige des Stins. Verst.

Julius Rieth, Gossner Offenbürg _____

Der Anzeigende hat sich durch Stins. Verst. mitgeteilt _____
und ist dem Stins. Verst. persönlich bekannt _____

Vorgelesen, genehmigt und _____ unterschrieben

Julius Rieth _____

Der Standesbeamte

zu Vertretung Kinkopf _____

Todesursache:

Geschließung des Verstorbenen am _____ in _____

(Standesamt _____

Nr. _____

).

Die Übereinstimmung dieser ~~xxxxxx~~/Fotokopie
mit der ~~xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx~~
Urschrift - ~~xxxxxxxxxxxx~~ - Abschrift - ~~xxxxxx~~ -
~~xxxxxx~~ - wird hiermit beglaubigt.

Ichenheim, den 21. August 1967

Der Standesbeamte

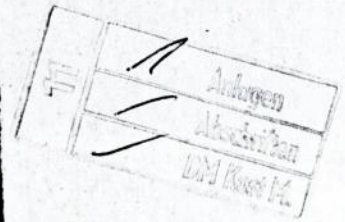
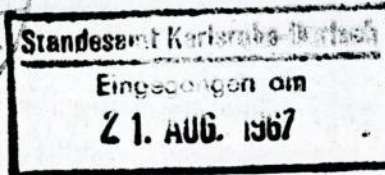
i.V. *Wernke*



Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

222
1 Berlin 21, den 17.8.1967
Turmstraße 91
Fernruf: 35 01 11 App. 1309

1 Js 4/64 (RSA)



An das
Standesamt

75 Karlsruhe-Durlach

In dem Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes bitte ich um Übersendung einer beglaubigten Abschrift der Sterbebucheintragung betreffend Stanislaw D a m a z i a k, geboren am 26.4.1911 in Grodzisk, verstorben am 8.5.1941 in Karlsruhe-Durlach.

Soweit hier bekannt, soll der Tod dort unter der Reg.Nr. 58/41 beurkundet sein.

Sofern dort noch weitere Unterlagen über den Tod des Oben genannten (Sterbefallanzeigen, Totenschein u.ä.) vorhanden sind, bitte ich, mir davon je 1 beglaubigte Ablichtung zu übersenden.

Im Auftrage

W. Klein
Staatsanwältin

S t a n d e s a m t
Karlsruhe - Durlach

Karlsruhe, den 23. Aug. 1967

Urschriftlich zurück.

Angeschlossen übersenden wir die gewünschte Abschrift von dem Sterbepbucheintrag des Stanislaus Damaziak. Als Todesursache ist unter dem Sterbeeintrag eine Bleistiftnotiz "gerichtlich erhängt". Weitere Unterlagen sind nicht vorhanden.

Baumh.

Karlsruhe-Durlach, den 8. Mai 1941

Der polnische Zivilgefangene Stanislaus
Damaziak, Schreiner, katholisch,
wohnhaft in Karlsruhe-Durlach, Eisenhafengrund 2
ist am 8. Mai 1941 um 8 Uhr 05 Minuten
in Karlsruhe-Durlach im Rittnertwald verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 26. April 1911
in Grodzisk, Polen

(Standesamt Nr.)

Vater: Josef Damaziak, zuletzt wohnhaft in Grodzisk,
Polen

Mutter: Paulina Damaziak geborene Jasinska, wohnhaft in
Grodzisk, Polen.

Der Verstorbene war — nicht — verheiratet

Eingetragen auf mündliche — schriftliche — Anzeige des Kriminalober-
sekretärs Friedrich Nagel, Karlsruhe, Kaiserallee 50.

Der Anzeigende ist dem Standesbeamten bekannt, er erklärte
daß er beim Sterbefall zugegen gewesen sei.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Friedrich Nagel

Der Standesbeamte

Blum

Todesurfache:

Eheschließung des Verstorbenen am in

(Standesamt Nr.)

Die Abereinstimmung der umseitigen Abschrift mit den Eintragungen im Sterbebuch wird
hiermit beglaubigt.

Karlsruhe, den 21. August 1967

Der Standesbeamte



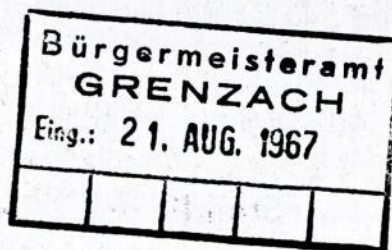
Baust

kl./mm

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21, den 17.8.1967
Turmstraße 91
Fernruf: 35 01 11 App. 1309

1 Js 4/64 (RSHA)



An das
Standesamt

7887 Grenzach

In dem Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes bitte ich um Übersendung einer beglaubigten Abschrift der Sterbepubeintragung betreffend
Wladislaw W i e l g o,
geboren am 22.6.1915 in Borucza,
verstorben am 26.8.1941 in Grenzach.

Soweit hier bekannt, soll der Tod dort unter der
Reg.Nr. 12/41 beurkundet sein.

Sofern dort noch weitere Unterlagen über den Tod des Oben-
genannten (Sterbefallanzeigen, Totenschein u.ä.) vorhanden
sind, bitte ich, mir davon je 1 beglaubigte Ablichtung zu
übersenden.

Im Auftrage

W. Klein
Staatsanwältin

Grenzach, 24. August 1967

Urschr. zurück.

Die beglaubigte Abschrift aus dem Sterbebuch
des Wladislaw Wielgo.



| | | |
|----|---|-------------|
| 13 | 1 | Anlagen |
| | / | Abschriften |
| | / | DNI Kost M. |

Arbeitsg.

Standesamt Grenzach

[Handwritten signature]

[Handwritten mark]

Beglaubigte Abschrift aus dem Sterbebuch

des Standesamts Grenzach - - - - -

Nr. 12/1941

C c

- - - - Grenzach, den 26. August 1941

Der polnische Landarbeiter Wladislaw Wielgo,
ledig, katholisch - - - - -

wohnhaft in Grenzach, Rheinstraße - - - - -

ist am 26. August 1941 um 8 Uhr 14 Minuten

in Grenzach - - - - - verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 22. Juni 1915 - - - - -

in Borucza bei Warschau - - - - -

(Standesamt - - - - - Nr. - - - - -)

Vater: Jan Wielgo, Landwirt, wohnhaft in Borucza bei
Warschau - - - - -

Mutter: Felizia Wielgo, geborene Föres - - - - -
zuletzt wohnhaft in Borucza bei Warschau - - - - -

Der Verstorbene war — nicht — verheiratet - - - - -

Eingetragen auf mündliche — ~~schriftliche~~ — Anzeige des Kriminalsekretärs
Johann Mai in Lörrach - - - - -

Der Anzeigende ist dem Standesbeamten bekannt. Er er-
klärte, aus eigener Wissenschaft vom Sterbfall unter-
richtet zu sein.

Vorgelesen, genehmigt und - - - - - unterschrieben

- - - - - Johann Mai - - - - -

Der Standesbeamte

- F. Philipp -

Todesursache: G e h ä n g t, weil mit der Hure Liesenfeld
geschlechtlich verkehrte. - - - - -

Eheschließung de Verstorbene(n) am - - - - - in - - - - -

(Standesamt - - - - - Nr. - - - - -)

Die Übereinstimmung der Abschrift mit dem Eintrag im Sterbebuch wird hiermit beglaubigt.



- - - - Grenzach, den 24. August 1967

Der Standesbeamte

Bernh

| | | | |
|---|---|-------------|-------------------------|
| 6 | 1 | Anlage | Der Generalstaatsanwalt |
| | / | Abschriften | bei dem Kammergericht |
| | / | DM Kost N. | Arbeitsgruppe - |

1 Berlin 21, den 22.8.1967
Turmstraße 91
Fernruf: 35 01 11 App. 1309

1 Js 4/64 (RSHA)

An das
Standesamt



7791 Kreenheinstetten

In dem Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes bitte ich um Übersendung einer beglaubigten Abschrift der Sterbepbucheintragung betreffend

Peter R a k,
geboren am 9.6.1905 in Morzicz,
verstorben am 14.2.1942 in Kreenheinstetten.

Soweit hier bekannt, soll der Tod dort unter der
Reg.Nr. 6/42 beurkundet sein.

Sofern dort noch weitere Unterlagen über den Tod des Oben-
genannten (Sterbefallanzeigen, Totenschein u.ä.) vorhanden
sind, bitte ich, mir davon je 1 beglaubigte Ablichtung zu
übersenden.

Ursch. zurück mit der gewünschten Urkunde, weitere Papiere sind nicht
vorhanden.

De r Standesbeamte:

Heinrich

Im Auftrage

W. Klein
Staatsanwältin

G

STERBEURKUNDE

(Standesamt Kreenheinstetten - - - - - Nr. 6 /1942)
Peter Rak Zivilarbeiter - - - - -
- - - - - katholisch - - - - -
wohnhaft in Schwandorferhof Gemeinde Salom - - - - -
- - - - -
ist am 14. Februar 1942 - - - - - um 9 Uhr 10 Minuten
in Kreenheinstetten Kreis Stockach - - - - -
verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 9. Juni 1905 - - - - -
in Morzicz Kreis Kempen - - - - -
Der Verstorbene war verheiratet mit Maria geborene
Kacinska , wohnhaft in Kempen - - - - -
- - - - -

Kreenheinstetten , den 25. August 1967..



Der Standesbeamte

Gheidle

231

STANDESAMT

7824 **Hinterzarten**

Landkreis Hochschwarzwald
Fernruf 335

Hinterzarten, den 24. August 1967
-W-

Betr. Stefan Kozlowski;
Bezug: Ihr Schreiben vom 17.8.1967 A.Z. 1 Js



| | | |
|---|---|-------------|
| 7 | 2 | Anlagen |
| | | abschreiben |
| | | DM Kost M. |

Herrn
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 B e r l i n 21

Turmstraße 91

Beigefügt übermitteln wir Ihnen die gewünschte begl. Abschrift
des Sterbebucheintrages Nr. 1/1942 sowie eine Fotokopie des Ein-
tragungersuches der Geheimen Staatspolizei.

Der Standesbeamte:

(Ruch)

Beglaubigte Abschrift aus dem Sterbebuch

des Standesamts Hinterzarten

Nr. 1

C c

Hinterzarten - - - , den 15. Januar 1942
 D er polnische Zivilarbeiter Stefan K o z l o w s k i
 - - - - - , römisch katholisch - - - ,
 wohnhaft zuletzt in Hinterzarten - - - - -
 ist am 15. Januar 1942 - - - - - um 10 Uhr 5 Minuten
 in Hinterzarten - - - - - verstorben.

D er Verstorbene war geboren am 25. Mai 1921 - - - - -
 in Melanek/Polen - - - - -
 (Standesamt - - - - - Nr. - - - - -)

Vater: Tomas Kozlowski, Landwirt - - - - -
 - - - - - wohnhaft in Melanek/Polen - - - - -

Mutter: Marianne Kozlowski geborene Wladarzyk - - - - -
 wohnhaft in Melanek/Polen - - - - -

D er Verstorbene war - nicht - verheiratet . - - - - -
 - - - - -
 - - - - -

Eingetragen auf ~~mündliche~~ - schriftliche - Anzeige der Geheimen Staats=
polizei - Staatspolizeileitstelle Karlsruhe - Außen=
Ø////Anzeigende dienststelle Freiburg/Br. vom 15. Janu=
ar 1942. - - - - -
 - - - - -

Vorgelesen, genehmigt und - - - - - unterschrieben

Der Standesbeamte

In Vertretung: Zähringer

Todesursache: Hingerichtet durch Strang - - - - -

Eheschließung de Verstorbenen am - - - - - in - - - - -

(Standesamt - - - - - Nr. - - - - -)

Die Übereinstimmung der Abschrift mit dem Eintrag im Sterbebuch wird hiermit beglaubigt.



Hinterzarten - , den 24. August 1967

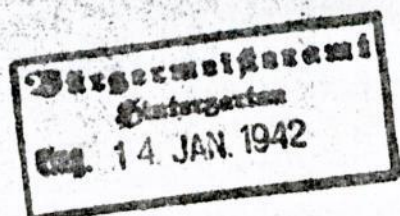
Der Standesbeamte

I. V. Wursthorn (Wursthorn)

233
-Geheime Staatspolizei-
Stadtpolizeistelle Karlsruhe
Außendienststelle Freiburg/Br.

Freiburg, den 15. Januar 1942.

Nr. 2322/41.



An die
Ortspolizeibehörde
in H i n t e r z a r t e n.

Betrifft: Polnischen Zivilarbeiter Stefan K o s l o w s k i,
ledig, r.kath. geboren am 25.5.1921 in Melonek/Polen,
zuletzt wohnhaft in Hinterzarten.

Vorgang: Ohne.

Anlegen: Ohne.

Der polnische Zivilarbeiter Stefan K o s l o w s k i,
ledig, r.kath. geboren am 25.5.1921 in Melonek/Polen, Sohn des
Landwirts Tomas Koslewski und der Marianne geb. Wlodarczyk, wohn-
haft in Melonek, ist am 15. Januar 1942 vormittags 10⁰⁵ Uhr auf
der Gemarkung Hinterzarten verstorben.

Hiervon gebe ich Nachricht mit der Bitte um sofortige
Übersendung von zwei Sterbeurkunden.

J.V.

Such
Krim. Sekr.

234

**Bürgermeisteramt
Hohenbodman**

Landkreis Überlingen
Telefon Herdwangen Nr. 255

7771
X ~~7731~~ Hohenbodman, den 25. August 1967

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
B e r l i n



| | | |
|---|-------------------------------------|-------------|
| 9 | <input checked="" type="checkbox"/> | Anlagen |
| | <input type="checkbox"/> | Abschriften |
| | <input type="checkbox"/> | DM Kost M. |

Anbei übersenden wir Ihnen die angeforderte Sterbeurkunde des Theodor Borowski geb. am 8.11.1911 in Argenau, weitere Unterlagen sind hier keine vorhanden.

Bürgermeisteramt:

235

G

STERBEURKUNDE

Hohenbodman, den 13. Februar 1942

(Standesamt Hohenbodman ----- Nr. 2 (1942)

Der Polnische Zivilarbeiter Theodor Borowski, katholisch

wohnhaft in Konstanz -----

ist am 13. Februar 1942 ----- um 9 Uhr 10 Minuten

in Hohenbodman -----

verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 8. November 1911 -----
in Argenau Kreis Hohensalza polnischer Staatsangehöriger.

Der Verstorbene war nicht verheiratet.

Eingetragen auf schriftliche Anzeige der Geheimen Staats-
polizei Karlsruhe - Greko Konstanz.

Hohenbodman , den 25. August 1967

Der Standesbeamte



[Handwritten signature]



BÜRGERMEISTERAMT HARDHEIM

Bürgermeisteramt 6969 Hardheim Postfach 7



An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1) B e r l i n 21
-.-.-.-.-
Turmstr. 91

Kreis Buchen

Fernruf 06283 - 455 und 456

Postscheckkonto 11554 Karlsruhe

Sparkasse Hardheim Girokonto 17

Volksbank Hardheim Konto 124

- Standesamt -

Tag 28. August 1967

| | | |
|---|---|--------|
| 9 | 7 | Anlage |
| | — | Absch. |
| | — | DM K |

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 22. August 1967 - 1 Js 4/64 (RSA) -
übersenden wir Ihnen die angeforderte Abschrift aus dem Sterbuch des
Jahres 1942 von Stanislaus Piaskowski.

Weitere Unterlagen sind nicht vorhanden.

Schmider
Schmider
Bürgermeister

Anlage: 1



B Ü R G E R M E I S T E R A M T H A R D H E I M

Bürgermeisteramt 6969 Hardheim Postfach 7

An den
Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1) B e r l i n 21
-
Turmstr. 91



Kreis Buchen

Fernruf 0 6283 - 455 und 45

Postscheckkonto 11554 Karlsruhe

Sparkasse Hardheim Girokonto 17

Volksbank Hardheim Konto 124

- Abt. III / Me -

Tag 12. September 1967

In der Anlage übersenden wir Ihnen die mit Schreiben vom 22.8.1967 - 1 Js 4/64 (RSHA) - angeforderte Abschrift des Sterbeeintrags des Jahres 1942 von Stanilaus Piaskowski. Diese Abschrift wurde bereits mit Begleitschreiben vom 28.8.67 von uns an Sie übersandt, jedoch wurde uns von der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Tiergarten die Abschrift wieder zurückgegeben mit der Begründung ohne Anschreiben eingegangen zu sein. Wir hoffen nun, daß die Abschrift an die richtige Stelle gelangt. Unterzeichnet wurde die Anforderung von der Staatsanwältin Bilstein.

Im Auftrag:

Anlage: 1

Beglaubigte Abschrift aus dem Sterbebuch

des Standesamts Hardheim

Nr. 10

C c

Hardheim, den 9. März 1942

Der landwirtschaftliche Arbeiter Stanislaus Piaskowski,
katholisch - - - - -
wohnhaft auf dem Genslacher Hof, Gemeinde Allfeld - - - - -
ist am 9. März 1942 - - - - - um 9 Uhr 14 Minuten
in Hardheim im Gewann Trieb - - - - - verstorben.

Der Verstorbene war geboren am 14. November 1916 - - - - -
in Boleslaw Kreis Olknss (Polen) - - - - -
(Standesamt - - - - - Nr. - - - - -)

Vater: Lehrer Johann Piaskowski, wohnhaft in Imbramowice,
Kreis Michow. - - - - -

Mutter: Eleonora Piaskowski geborene Widerak, wohnhaft in
Imbramowice. - - - - -

Der Verstorbene war — nicht — verheiratet - - - - -
- - - - -
- - - - -

Eingetragen auf mündliche — ~~schriftliche~~ — Anzeige des Kriminal-Obersekre-
tärs Johann Oettinger, wohnhaft in Heidelberg, Helmholtzstraße

Den ~~Anzeigende~~ 18. Er ist bekannt und erklärte, bei dem Tode
zugegen gewesen zu sein. - - - - -
- - - - -

Vorgelesen, genehmigt und - - - - - unterschrieben

Johann Oettinger

Der Standesbeamte

In Vertretung: Redel

Todesursache: Plötzlicher Herztod. - - - - -
- - - - -

Eheschließung des - - - - - Verstorbenen am - - - - - in - - - - -

(Standesamt - - - - - Nr. - - - - -)

Die Übereinstimmung der Abschrift mit dem Eintrag im Sterbebuch wird hiermit beglaubigt.



Hardheim, den 28. August 1967

Der Standesbeamte

[Handwritten signature]